

Abonnements-Bedingungen:
Männliche Preis pränumerando:
Stückpreis 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jeile über deren Raum 10 Pf., für
politische und gemeinliche Vereins-
und Berichtsblätter 30 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Donnerstag, den 11. März 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Winterschlacht in der Champagne.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers
Amlich. Großes Hauptquartier, den
10. März 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsfähigkeit war durch Schnee und
starken Frost eingeschränkt, in den Vogesen so-
gar fast behindert.

Nur in der Champagne wurde weiter ge-
kämpft. Bei Souain blieben bayerische Truppen
nach langandauerndem Handgemenge siegreich.

Nordöstlich von Le Mesnil drang der Feind
an einzelnen Stellen vorübergehend in unsere
Linie ein; in erbittertem Nahkampf, bei dem zur
Unterstützung heraneilende französische Reserven
durch unseren Gegenstoß am Eingreifen ver-
hindert wurden, warfen wir den Feind endgültig
aus unserer Stellung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ein erneuter Versuch der Russen, auf
Augustow durchzustoßen, mißlang.

Der Kampf nordwestlich von Ostrolenka
dauert noch an. Die Gefechte nordwestlich und
westlich von Prasznyz nehmen weiter einen für
uns günstigen Verlauf.

Ein Angriff von uns nordwestlich von
Nowe Miasto macht Fortschritte.

Mit den heute und an den letzten Tagen gemeldeten Kämpfen
ist die „Winterschlacht in der Champagne“ so weit zu
einem Abschluß gebracht, daß kein Wiederauflauern mehr an dem
Endergebnis etwas zu ändern vermag. Die Schlacht entstand, wie
hier schon am 17. Februar mitgeteilt wurde, aus der Absicht der
französischen Heeresleitung, den in Masuren arg bedrängten Russen
in einem ohne jede Rücksicht auf Opfer angelegten Durchbruchver-
such, als dessen nächstes Ziel die Stadt Vouziers bezeichnet war,
Entlastung zu bringen. Der bekannte Ausgang der Masuren-
schlacht zeigt, daß die Absicht in keiner Weise erreicht worden ist.
Aber auch der Durchbruchversuch selbst darf heute als völlig und
kläglich gescheitert bezeichnet werden. Entgegen allen Angaben in
den offiziellen französischen Veröffentlichungen ist es dem Feinde
an keiner Stelle gelungen, auch nur den geringsten nennenswerten
Vorteil zu gewinnen. Wir verdanken dies der heldenhaften Hal-
tung unserer dortigen Truppen, der Umsicht und Beharrlichkeit
ihrer Führer, in erster Linie dem Generaloberst v. Einem, sowie
den kommandierenden Generalen Niemann und Fied. In Tag
und Nacht ununterbrochenen Kämpfen hat der Gegner seit dem
16. Februar nacheinander mehr als sechs voll aufgestellte Arme-

korps und ungeheuerliche Massen schwerer Artilleriemunition
eigener und amerikanischer Fertigung - oft mehr als 100 000
Schuß in 24 Stunden - gegen die von zwei schwachen rheinischen
Divisionen verteidigte Front von acht Kilometern Breite geworfen.
Unerschütterlich haben die Rheinländer und die zu ihrer Unter-
stützung herangezogenen Bataillone der Garde und anderer Ver-
bände dem Ansturm sechsstündiger Ueberlegenheit nicht nur stand-
gehalten, sondern sind ihm oft genug mit kräftigen Gegenstößen
zuvorgekommen. So erklärte sich, daß, trotzdem es sich hier um
reine Verteidigungskämpfe handelt, doch mehr als 2450 unver-
wundete Gefangene, darunter 35 Offiziere, in unseren
Händen blieben. Freilich sind unsere Verluste einem tapferen
Gegner gegenüber schwer; sie übertreffen sogar diejenigen, die die
gesamten, an der der Masuren Schlacht beteiligten deutschen Kräfte
erlitten. Aber sie sind nicht umsonst gebracht. Die Einbuße des
Feindes ist auf mindestens das Dreifache der unsrigen, das heißt
auf mehr als 45 000 Mann, zu schätzen. Unsere Front in der Cham-
pagne steht fester als je. Die französischen Anstrengungen haben
keinerlei Einfluß auf den Verlauf der Dinge im Osten auszuüben
vermocht. Ein neues Ruhmesblatt hat deutsche Tapferkeit und
deutsche Zähigkeit erworben, das sich demjenigen, das fast zu ver-
selben Zeit in Masuren erkämpft wurde, gleichwertig anreicht.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. März. (W. L. B.) Amlich wird verlaut-
bart: 10. März 1915.

An der Front in Russisch-Polen herrscht auch
weiter lebhafteste Gefechtsfähigkeit.

In Westgalizien wurde das von unseren Truppen
südlich Gorlice eroberte Gebiet noch erweitert. Ein an-
schliegender Schützengraben des Feindes wurde erstürmt, über
200 Mann zu Gefangenen gemacht.

Bei günstigeren Sichtverhältnissen hatte gestern in
einigen Abschnitten der Karpatenfront unsere Artillerie
durch gute Wirkung sichtlichen Erfolg. Eine nahe vor der
eigenen Stellung liegende Vergrüdenlinie, die von feindlicher
Infanterie besetzt war, wurde infolge des flankierenden
Feuers unserer Artillerie fluchtartig geräumt, und der Feind
erlitt hierbei in wirksamster Schrapnellfeuer schwere Ver-
luste. Bei Eroberung einer Stellung an dieser Front wurden
300 Mann gefangen, viel Kriegsmaterial erbeutet.

Vor unseren Stellungen in Südbosgalizien herrscht
im allgemeinen Ruhe. Nördlich Radworna wurde ein Vorstoß
schwächerer feindlicher Kräfte abgewiesen, gleichzeitig an
anderer Stelle mehrere feindliche Bataillone, die gegen die
eigene Front vorgegangen waren, zurückgeworfen, in der Ver-
folgung 190 Mann gefangen.

In der Bukowina hat sich in der letzten Zeit nichts er-
eignet. Am nördlichen Pruthufer bei Czernowitz fanden nur
unbedeutende Plänkelen statt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Die Kriegsaufgaben des Reichstages.

Die Tatsache, daß der Krieg jetzt bereits 8 Monate lang
dauert, prägte deutlich der gestern begonnenen dritten
Kriegstagung des Reichstages ihren Charakter
auf. Die Verhandlungen waren gestern durch einen etwas
anderen Ton und Inhalt ausgezeichnet, als bei Kriegsbeginn
und im Anfang Dezember. Die große Zahl der Opfer an
Menschen, die ungeheuren Kosten des Kriegeringens und
nicht zuletzt gewisse innerpolitische Wirkungen erzeugen not-
wendigerweise eine andere Stimmung, als sie in den ersten
Kriegsmonaten vorhanden war und vorhanden sein mußte.
Nachdem sich in den bisherigen Kriegsmonaten gezeigt hat,
daß das deutsche Volk nicht niederzuringen ist, wie viele un-
serer Gegner gehofft, vielleicht einzelne Jagdhafe in unserem
Lande gefürchtet hatten, muß sich das Interesse der Kämpfenden
und Zurückgebliebenen mehr den bisherigen und zukünftigen
Kriegswirkungen zuwenden. Nichts ist geeigneter,
derartige Gedanken anzuregen, als die Beratung des Etats,
die gestern nach allgemeinen Ausführungen des Präsidenten
von dem neuen Reichschatzsekretär Dr. Helfferich
eingeleitet wurde. Dr. Helfferich erschien gestern als
ein Neuling auf der Bundesratsballustrade und Redner-
tribüne des Reichstages. Gewisse Unebenheiten in der Form
seines Vortrages mögen dem zuschreiben sein. Aber im
ganzen zeigte doch seine Rede deutlich, welche Persönlichkeit
die schwierige Aufgabe zur Durchführung der Finanzierung
des Krieges und der mit dem Kriege verbundenen weiteren
Kosten übernommen hat. Dr. Helfferich stammt bekanntlich
aus den Kreisen der Hochfinanz (er war zuletzt Direktor der
Deutschen Bank), und die dort praktisch erworbenen Kennt-
nisse verteilte er gestern in seiner ausführlichen Darstellung
der wirtschaftlichen Lage Deutschlands vor und während des
Krieges. Dr. Helfferich benutzte erklärlicherweise diese Dar-
stellung in erster Linie, um den Nachweis zu führen, daß
Deutschland auch wirtschaftlich nicht niederzuringen sei. Aber
seine Rede war für den aufmerksamen Hörer zugleich ein
Hinweis darauf, welche gewaltigen Werte in allen modernen
kapitalistischen Staaten in diesem Kriege auf dem Spiele
stehen. Dr. Helfferich machte weiter sehr charakteristische
Zahlenangaben über die Kosten des gegenwärtigen
Krieges. In einem Monat werden allein von Deutschland
Summen in der Höhe des gesamten Wehrbeitrages verbraucht
und sämtliche kriegführenden Großstaaten geben wöchentlich
1 1/2 Milliarden für die Fortsetzung des Krieges aus. Für
die gegenwärtige Aufbringung der von Deutschland erforder-
lichen Mittel forderte Dr. Helfferich zunächst weitere
10 Milliarden Kredit, die etwa bis zum Oktober reichen
würden. Hinter dieser Summe, durch die der diesjährige
Etat viermal so hoch als in normalen Jahren beziffert werden
muß, verschwinden die gewöhnlichen Ausgabenposten. Der
neue Schatzsekretär beschäftigte sich daher auch recht wenig
mit den Einzelsforderungen des Etats, die ja so wie so nur
auf roher Schätzung beruhen. Wenn der Reichschatzsekretär
die Aufmerksamkeit des Hauses darauf richtete, daß nur durch
den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands in
den letzten Jahrzehnten die Durchhaltung des Krieges für
Deutschland möglich geworden sei, und er dabei die Verdienste
der Landwirtschaft und der Industrie besonders hervorhob,
so schien er uns dabei die Tatsache zu vernachlässigen, daß
die deutsche Arbeiterschaft auch einen der wichtigsten Faktoren
dieser Entwicklung bildet.

Der Vertreter der Arbeiterschaft, der nach Helfferich
zum Wort kam, ging auf die Ausführungen Helfferichs nicht
ein, sondern machte nur in programmatischen Sätzen die
Forderungen geltend, auf die die Arbeiterschaft durch ihre
Leistungen vor und während des Krieges Anspruch hat. Ge-
nosse H a s e wehrte sich von vornherein gegen den möglichen
Einwand, daß die sozialdemokratische Fraktion als eine Art
Belohnung für ihr Wohlverhalten Forderungen erhebe. Viel-
mehr seien auch die jetzigen Forderungen nichts als die
Wiederaufnahme der alten Wünsche, des alten
Grundsatzes, daß gleichen Pflichten gleiche Rechte gegenüber-
stehen müßten. Und dieser Krieg zeigt zur Genüge, daß die
Arbeiterschaft mindestens die gleichen Kriegslasten zu tragen
habe wie die übrigen Volkskreise. Die Regierung habe aller-
dings bisher keine Anstalten getroffen, die Gleichberechtigung
der Arbeiterschaft wirklich in die Tat umzusetzen. Deshalb
sehe sich die sozialdemokratische Fraktion gezwungen, ent-
sprechende Anträge selbst zu stellen. Ja, darüber hinaus sehe
sich die Fraktion leider genötigt, Einspruch zu erheben gegen
gewisse neue Geminnisse, die die politische Bewegungsfreiheit

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. März. (W. L. B.) Amlicher Bericht
von Dienstag abend. In Belgien östlich Steen-
straete wiesen wir einen Angriff zurück. Nördlich Arras in
Notre Dame de Lorette kämpfte man den ganzen Tag, ohne
daß die Stellungen des Gegners sich veränderten. In der
Champagne fanden sehr heftige Kämpfe statt, welche für
uns günstig waren. Zwischen Souain und Perthes im Gehölz,
wo wir vor drei Tagen Fuß faßten, warfen wir zwei Gegen-
angriffe zurück und erzielten neue Fortschritte. Ebenfalls
neue Fortschritte wurden im Gehölz östlich des vorgenannten
Gehölzes in unmittelbarer Nachbarschaft von Perthes ge-
macht. Nördlich desselben Dorfes griff der Feind an. Auf
der Skuppe nordöstlich Le Mesnil wurde er zurückgeworfen.
Unser geistiger Gewinn, welcher 450 Meter betrug, erhöhte
sich um 200 Meter. Wir eroberten ein deutsches Schanzwerk,
erbeuteten eine Revolverkanone und drei Maschinengewehre
und machten Gefangene. Die feindliche äußerst starke Organi-
sation umfaßte gepanzerte Unterstände mit Revolverkanonen
und sehr tiefe unterirdische Kammern. Nördlich Le Mesnil
endlich nahmen wir einige Meter Schützengraben wieder ein,
welche wir am Sonntag erobert und am Montag verloren
hatten. In den Argonnen zwischen Four de Paris und
Volant unternahmen wir einen Angriff, welcher uns zu
Serren der ersten deutschen Linie auf 200 Meter Länge
machte.

Explosion in Antwerpen.

Brüssel, 9. März. (W. L. B.) In Antwerpen ereignete
sich gestern nachmittags in der Feuerwerkerschule eine Ex-
plosion, wobei drei Mann getötet und sieben ver-
wundet wurden. Das Unglück erfolgte in einem Schuppen, in
welchem Soldaten unter Aufsicht eines Oberfeuerwerkers Räu-
mungsarbeiten vornahmen.

Die Behandlung der deutschen Kriegs-
gefangenen in Marokko.

Genf, 10. März. (Z. U.) Ueber die deutschen Kriegsgefangenen
in Marokko berichtet man dem „Genfer Journal“, daß ihre Zahl
mehr als 4000 beträgt. Es befinden sich etwa 2000 in Rabat,
1500 in Fez, 500 in Meknes, 400 in Chaonia und Doufala. Keine
Kranken und Schwächlichen, die in Lazaretten oder französischen
Lagern sich befinden, wurden nach Marokko geföhrt. Der Gesund-
heitszustand ist gut. Einige Typhusfälle, die bald nach dem Ein-
treffen auftraten, sind durch Impfungen erstickt worden. Die
Nahrung ist die gleiche wie die der französischen Soldaten, mit Aus-
nahme von Wein und Dessert. Die Intendantur in Marokko
funktioniert regelmäßig. Die Beschäftigung besteht in Wege-
und Eisenbahnarbeiten; die Arbeitszeit beträgt sechs bis acht Stunden,
je nach der Entfernung von der Arbeitsstätte. Die Arbeitslöhne
sind die gleichen wie bei den französischen Truppen, ausgenommen
Taschengelder. Die Disziplin ist vorzüglich, bis jetzt sind nur wenig
Strafen erfolgt, darunter eine Verurteilung wegen Gehorsams-
verweigerung.



noch während des Krieges erfahren hat. Die sozialdemokratische Presse verleugnet dadurch nicht den Burgfrieden, unter dem vernünftigerweise nur verstanden werden könne, daß man Gehässigkeiten in den Auseinandersetzungen mit anderen Parteien und der Regierung vermeide. Der vom Reichskanzler vertretene Satz, daß dem freien Volke die freie Rede gestattet sei, schließt es aus, daß das Aussprechen von grundsätzlichen Auffassungen überhaupt verhindert wird. Genosse Haase knüpfte daran aus der Fülle des ihm zur Verfügung stehenden Materials nur ein paar Beispiele dafür an, wie durch Belagerungszustand und Pressezensur die freie Rede und Gedankenausschüttung gehemmt wird. Gerade jetzt, wo es sich um Schicksalsfragen des ganzen Volkes handelt, wie bei dem Friedensschluß, müsse das Volk rechtzeitig selbst zu Wort kommen.

Ebenso begründet waren die Beschwerden, die Genosse Haase zur Frage der Lebensmittelversorgung vorbrachte.

Als Vertreter der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Polen, glaubte der Zentrumabgeordnete Spahn dem Genossen Haase entgegen zu müssen. Er beschränkte sich dabei auf einen Gedanken des sozialdemokratischen Redners. Genosse Haase hatte ausgeführt, daß die Friedenssehnsucht bei allen kriegsführenden Völkern gleich groß sei und daß Deutschland, dessen militärische Situation am günstigsten sei, am ehesten den Wunsch nach Frieden äußern könne. Diese Sätze hielt Abg. Spahn für mißverständlich — weshalb wissen wir allerdings nicht —, und er sprach seinerseits den Wunsch nach Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Niederwerfung der Gegner aus.

Nach einer kurzen Erklärung des polnischen Abgeordneten Seyda, der an die frühere Behandlung der Polen erinnerte und sich die Stellungnahme zum Etat noch vorbehalten, erwiderte der Vertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Delbrück, auf die Ausführungen des Genossen Haase. Er bestritt zunächst, daß irgendwelche Ausnahmemaße gegen irgendeinen Volksteil beständen. Soweit man der Verwaltungspraxis hätte Vorwürfe machen können, sei auch das hinfällig, weil alle in Frage kommenden Zustände sich jetzt einer möglichst gleichen Behandlung aller Parteien befleißigen. Was die Zeit nach dem Kriege angehe, so wolle er ebenso wie der Reichskanzler das Versprechen wiederholen, daß die Frage der Neuorientierung der inneren Politik wohlwollend geprüft werden solle. Bindende Versprechungen für die Zukunft oder gar eine Zusage der Erfüllung bestimmter Wünsche gab Staatssekretär Delbrück leider nicht.

Aus seinen Ausführungen verdient ein Postum hervorgehoben zu werden, wonach der Reichskanzler und die Verbündeten Regierungen zwar die Verantwortung für die Tatsache des Belagerungszustandes übernehmen, für die Praxis und Anwendung des Kriegszustandes aber abblehnen müßten. Die Reichsregierung bemühe sich, bei Beschwerden vermittelnd einzugreifen, aber einen direkten Einfluß auf die Ausführung des Belagerungszustandes allein berechtigten Militärbehörden habe sie nicht. Diese grundsätzlichen Bemerkungen beleuchten am besten die gegenwärtige innerpolitische Situation und die Beschwerden, die Genosse Haase vorbrachte.

Die weitere Arbeit des Reichstages soll bis zur zweiten Lesung vorläufig in die verstärkte Budgetkommission verlegt werden. Goffen wir, daß die dort vorgebrachten dringenden Wünsche des Volkes von der Regierung so ernsthaft geprüft werden, daß auch sie sich von der Notwendigkeit ihrer Realisierung überzeugen. Wird die Regierung dann vor Beginn der zweiten Lesung eine Zusage geben, wie sie vom Genossen Haase gefordert wurde, dann wird auch die zweite Lesung des Etats an einem Tage beendet sein können.

## Französische Granatsplitter auf schweizerischem Boden.

Bern, 10. März. (W. T. V.) Die Schweizerische Depesch-Agentur meldet aus Bern: In den letzten Tagen plahnten französische Schrapnells auf deutschem Boden so nahe an der schweizerischen Grenze, daß die Sprengstücke auf Schweizer Gebiet flogen. Kurz darauf erschien ein französischer Offizier, um sich wegen des Vorfalls zu entschuldigen. Inzwischen ist die Schießrichtung geändert worden.

## Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

### Schwere Beschuldigungen gegen die russische Kriegsführung.

Wien, 9. März. (W. T. V.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Heute nachmittag erschien vor der besetzten Stellung unserer Truppen nördlich Radworna ein russischer Parlamentär, der mitteilte, auf Befehl des russischen Kommandanten würden morgen vormittag ungefähr fünfhundert Judenfamilien, welche heute bei Kamiona und Tschmientzanz verammelt worden seien, über die russische Linie hinaus zu den österreichisch-ungarischen Truppen abgeschoben werden. Da die Judenfamilien befürchteten, von den Österreichern angeschossen zu werden, sei der Parlamentär erschienen, um dies mitzuteilen — Durch dieses unerhörte brutale Vorgehen bezweckt der Feind zweifelslos, Tausende von Unbeteiligten, die er brotlos und ohnmächtig gemacht hat, gleich einer Viehherde vor sich herzutreiben, um sich ungefährdet unseren Stellungen nähern zu können. Die Verwirklichung dieses schrecklichen Vorhabens, das als eine Schande des Jahrhunderts bezeichnet werden muß, kann bei dem tiefsten Mitleid für die armen Opfer der barbarischen Willkür aus militärischen Gründen nicht gebildet werden. Der Raum vor den besetzten Stellungen muß nämlich, da ein Waffenstillstand für das Abschieben der Judenfamilien vom Feinde weder angeboten noch unersucht wegen des Heranziehens feindlicher Verstärkungen annehmbar ist, bei jeder Annäherung von der Seite des Feindes unbedingt unter Feuer genommen werden. Dem russischen Kommandanten wurde daher durch einen Parlamentär nachstehende schriftliche Antwort übersandt: Das Ueberschreiten der eigenen Linie von Feindeseite kann unter keinen Umständen für irgend jemand gestattet werden; daher wird der Raum vor der eigenen Front unter Feuer gehalten werden. Ich ersuche, die Judenfamilien in Kamiona und Tschmientzanz hieran in Kenntnis zu setzen. Ich füge hinzu, daß die ungeheure Verantwortung für die beabsichtigte unmenschliche Handlung, Tausende unschuldiger

Landbewohner gegen unsere Stellungen zu treiben, ausschließlich dem russischen Kommandanten zufällt, der diesen barbarischen und jedem Kriegsgesetz hochspröchenden Befehl erteilt hat, dies um so mehr, als seine Gewäße dafür befehlt, daß diese Unschuldigen nicht bloß als Schild für die Annäherung der russischen Truppen dienen werden. Es wird dafür gesorgt, daß dieses Verhalten vor aller Welt gebrandmarkt werde.

## Der Seekrieg. Drei englische Dampfer am Dienstag torpediert.

London, 10. März. (W. T. V.) Die Admiralität meldet: Der britische Dampfer „Tawaitan“ wurde bei Scarborough torpediert; von der Besatzung von 38 Mann wurde ein Mann getötet. Ferner wurden die Dampfer „Blackwood“ mit einer Besatzung von 17 Mann bei Hastings und „Princess Victoria“ mit einer Besatzung von 34 Mann bei Liverpool torpediert; die Besatzungen der beiden letztgenannten Dampfer wurden gerettet. Die Torpedierung sämtlicher Dampfer erfolgte am Dienstagmorgen.

London, 10. März. (W. T. V.) Das Reutersche Bureau meldet: Der englische Dampfer „Princess Victoria“ wurde 18 Meilen von Jersey torpediert. Es wurde scharf Ausguck nach Unterseebooten gehalten, aber trotz klarem Wetter wurde kein feindliches Fahrzeug wahrgenommen, bis der Steuermann um 9 Uhr 30 Minuten vormittags ein Torpedo gerade auf das Schiff zukommen sah. Es erfolgte eine starke Explosion, worauf das Schiff begann, sich überzuneigen. Zwei Boote wurden niedergelassen und die Besatzung ruderte nach Jersey, wo ein kleiner Schlepper sie ins Schlepptau nahm. Das Schiff sank in 15 Minuten. Die Besatzung der „Blackwood“ wurde durch ein Fischerboot in Newhaven gelandet. Die „Blackwood“ wurde morgens 8 Uhr torpediert. Es war zurzeit schlechtes Wetter bei ziemlich starkem Schneefall. Alle Boote waren an Bord bereit für den Fall, daß ein Tauchboot angriffe. Die Besatzung fuhr 2 1/2 Stunden in Booten, bis sie aufgespürt wurde. Das Unterseeboot erschien an der Oberfläche, aber es ließ keinen Widerstand. — Die „Tawaitan“ wurde 12 Uhr 30 Minuten früh torpediert. Die Boote sollten gerade herabgelassen werden, als das Schiff plötzlich mit den Booten und der Besatzung versank. Ein Matrose, der gerettet wurde, hatte sich an eine Riste geklammert und blieb 2 1/2 Stunden darauf, bis er von einem Boot aufgenommen wurde. Eine Anzahl indischer Matrosen hielt sich an einer Planke und blieb eine Zeitlang über Wasser. Die Leute konnten aber nicht anhalten. — Auf der Höhe von Jersey versenkte gestern ein Unterseeboot den Dampfer „Clanmacrae“, der jedoch entkam.

## Englische Repressalien gegen die Mannschaften deutscher U-Boote.

London, 9. März. (W. T. V.) Die Admiralität gibt bekannt, daß sie es nicht für gerechtfertigt halte, daß den 29 Offizieren und Mannschaften des Unterseebootes U 8 die bisher üblich gewesene ehrenvolle Behandlung der Kriegsgefangenen erwiesen werde, da dieses Schiff in den letzten Wochen in der Straße von Dover und im Kanal tätig gewesen sei und die große Wahrscheinlichkeit bestehe, daß es unbewaffnete Handelschiffe angegriffen und versenkt habe oder Torpedos auf Schiffe abgefeuert habe, die Neutrale, Frauen und Nichtkämpfer an Bord hatten. Namentlich werde das Schiff „Diola“ vermisst. Es liegt erster Grund vor, zu fürchten, daß es anfangs Februar mit seiner ganzen Besatzung von 20 Mann versenkt worden sei. Es sei natürlich sehr schwierig, ein einzelnes deutsches Unterseeboot für bestimmte Verbrechen verantwortlich zu machen, und vielleicht würde das notwendige Beweismaterial zur Freisprechung von Schuld erst nach Friedensschluß beigebracht werden können. Einstweilen aber müssen Leute, gegen die solche Anklagen schweben, besonderen Einschränkungen unterworfen werden. Die Unterscheidungen des Ranges und die Erlaubnis, mit anderen Kriegsgefangenen zusammenzukommen, könnten ihnen nicht zuerkannt werden.

## Die Verluste der englischen Handelsmarine.

Vom 1. August 1914 bis 1. März 1915 sind nach privaten Aufstellungen von der englischen Handelsmarine zusammen 111 Dampfer mit einem Gesamttonnagegehalt von über 400 000, vier Hilfskreuzer von 32 554 Tonnen, ein Segler von 1785 Tonnen, ein Schooner von 107 Tonnen, acht Minensucher, von denen vier zusammen 948 Tonnen haben, und ein Truppentransportschiff von unbekannter Größe vernichtet worden. Alles in allem ergibt dies einen Tonnagegehalt von 437 870. Die in deutschen und österreichischen Häfen festgehaltenen englischen Handelsschiffe sind in dieser Liste nicht enthalten. Von diesen Schiffen wurden vernichtet: durch den deutschen Kreuzer „Emden“ 10, durch „Karlsruhe“ 17, durch „Dresden“ 4, durch „Leipzig“ 3, durch „Königsberg“ 1, durch Unterseeboote 10, durch Hilfskreuzer 11, durch Minen 9 und auf unbekanntem Art 48.

In diesem Monat, besonders in den letzten Tagen hat die englische Handelsmarine wiederum bedeutende Verluste erlitten. So meldet die englische Admiralität, daß am Dienstag morgen drei Dampfer vernichtet wurden. (Vgl. die obige Depesche.) Zwei von diesen haben einen Tonnagegehalt von zusammen 2400; das Höhenverhältnis des dritten Dampfers ist noch unbekannt. Weiter wurde nach einer Privatmeldung der Dampfer „Veethoven“ mit 3752 Tonnen vernichtet.

## Ueberräuberische englische Schiffe.

Hamburg, 10. März. (W. T. V.) Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus Rotterdam: In der Woche vom 1. bis zum 6. März sind auf der Fahrt England-Holland und England-Standinavien neun englische Dampfer überfällig. Die Londoner Reedereien schränken weiterhin die Annahme von Frachtläden nach Holland und Skandinavien ein.

## Die holländische Schifffahrt und der Handelskrieg.

Amsterdam, 10. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der holländische Ueberseeschiffahrt-Trust verhandelt weiter mit den Verbündeten und gibt auch weiter Beglaubigungsscheine aus, so daß die Schifffahrt nicht unterbrochen ist.

Die Regierung wies die Reeder an, einen Teil des Laderaums zur Getreideverschiffung gegen den festgesetzten Tarif bereitzuhalten.

## Will das italienische Volk den Krieg?

Rom, den 5. März. (Eigen. Bericht.)

Will das italienische Volk den Krieg? Wenn man den Zeitungen die Antwort entnehmen will, so muß man die Frage bejahen. Den demokratischen wie den konterrevolutionären Blättern zufolge, den Organen der Regierung wie denen der Opposition ist das Volk von der Sehnsucht verzehrt, am Kriege teilzunehmen. Als das Ministerium unlängst alle Versammlungen verbot, schrieb der bürgerlich-radikale „Messaggero“, daß heute als Versammlungsort nur noch der Schützengraben in Betracht käme. Von ähnlichen Bemerkungen wimmeln die Zeitungen.

Trotzdem kann keiner der Herren, die diese Blätter mit täglichem Enthusiasmus freisen, mit der Hand aufs Herz die Antwort geben, daß in Italien das Volk den Krieg will. Wer von ihnen redlich ist und klar sieht, also sich und andere nicht vormacht, sondern in bestem Glauben für Italiens Teilnahme am Kriege eintritt, der gibt eine anders lautende Antwort: das Volk soll den Krieg wollen, weil er im Interesse Italiens liegt. In der Tat ist die heutige Haltung der Presse nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung, sondern ein Versuch, dieser öffentlichen Meinung eine gegebene Richtung zu weisen.

Es wäre töricht und unbillig, wollte man in allen Verkehrern des italienischen Eingreifens einfach Söldlinge Frankreichs und Englands sehen oder Anwälte der Armeeleitenden. Viele Leute glauben ehrlich, daß die Zukunft ihres Vaterlandes verspielt wird, wenn in dieser Stunde, die die Geschichte des neuen Europas schmiedet, Italien latentlos seitwärts steht. Daß es sich bei dieser Auffassung nicht um ein spezialisiertes Ziel, um eine gegebene Forderung handelt, von der Italien sein Eingreifen abhängig machen soll, das geht allein aus der Tatsache hervor, daß der angebliche „zwingende Kriegsgrund“ in den letzten Monaten dreimal gewechselt hat. Zuerst war es die Ausdehnung der italienischen Grenzen auf alle italienisch sprechenden Provinzen, dann war es die Frage des Übergewichts an der Adria, jetzt ist es die Schließung der Dardanellen, die mögliche Eroberung Konstantinopels durch die Ententemächte und die sich daran anschließende Gleichgewichtsverschiebung im Mittelmeer und Aufteilung der Türkei. Es sind also allgemeine Gründe; namentlich die zuletzt in den Vordergrund tretenden sind von dem Gedanken eingegeben, daß Italien, wenn es jetzt nicht eingreift, einen weltgeschichtlichen Anschluß unwiederbringlich verliert. Um es mit einem Wort zu sagen, die Vertreter des italienischen Eingreifens glauben, daß Italien sowohl durch den Sieg Deutschlands und Oesterreichs als durch den der Ententemächte in seiner politischen Bedeutung geschädigt, schwer geschädigt werden würde; sie wollen daher den Sieg Deutschlands und Oesterreichs verhindern und den der Ententemächte mit erringen helfen, um dem Vordringen Russlands an der Adria als Bundesgenosse Grenzen ziehen zu können. Im Grunde fürchtet man die Mäßigkeit, daß Russland und England ohne Italien siegreich seien, weit mehr als einen deutsch-österreichischen Sieg. Man fürchtet die Machtverschiebung als solche, soweit sie ohne italienische Mitwirkung zustande kommt.

Es leuchtet ein, daß diese Gründe viel zu weit abliegen, um eine Volksstimmung zugunsten des Krieges auszulösen. Man kann es unmöglich dem schlichten Manne mundgerecht machen, daß Italien aus Besorgnis vor einem russischen Siege an Russlands Seite kämpfen soll. Daher hat die Kriegspropaganda eine etwas kindlich-pädagogische Färbung. Man würzt sie mit Erzählungen von deutschen Grausamkeiten und mit der Pflicht, die deutsche Oberhoheit und Militarisation Europas zu verhindern.

Trotzdem ist der Krieg nicht populär. In Arbeiterkreisen hat man einen direkten Abscheu vor dem Gedanken des Krieges; auch in der Bourgeoisie trifft man sehr selten einen Menschen, der ihn für wünschenswert hält. Viele aber halten ihn für unvermeidlich, weil sie glauben, daß die Faktoren, die ihn bestimmen, sich ganz der Beeinflussung durch die öffentliche Meinung entziehen.

Diese Drohung des Krieges, diese nerbenzerfasernde Ungewißheit lastet nun schon sieben Monate auf dem Lande. Alle Geschäfte liegen danieder unter dem Druck dieses möglichen Krieges. In jeden Kontrakt sucht man die Klausel einzufügen, daß er im Kriegsfall aufgelöst werden kann. Wer Bauten oder ähnliche Arbeiten beabsichtigt oder begonnen hatte, gibt sie auf und will erst eine Klärung der Lage abwarten. Sucht ein Bureauangestellter Stellung, so fragt man ihn zuerst, ob er militärpflichtig ist; bejaht er die Frage, so nimmt man ihn nicht; wer soll im Bureau bleiben, falls der Chef eingezogen wird? Seit einer Woche erwartet man die Mobilisierungsbefehle von einem Tage zum andern. Diese Sachlage muß schließlich als absolut unerträglich empfunden werden. Und sie drängt geradezu auf den Krieg; besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende, sagt man sich.

Die Kriegspropaganda der Zeitungen hat keine Kriegsfreudigkeit ausgelöst, sie hat aber vielfach das Gefühl der Unvermeidlichkeit des Krieges erzeugt und dadurch die ohnehin gespannte Erwartung ins Unerträgliche gesteigert. Und angesichts dieser Unerträglichkeit hört man es von allen Seiten: besser der Krieg als diese enternende Ungewißheit; besser eine furchtbare Gewißheit als eine ewige Drohung. Besser alles als dieser Zustand! Das ist nicht Kriegsfreudigkeit, sondern Ueberreizung oder Erschlaffung der Nerven. Man will den Krieg nicht, aber man würde ihn schließlich als irgendeine Lösung der heutigen Ungewißheit vorziehen.

Ob die Regierung den Krieg will, kann der Außenstehende nicht entscheiden. Wenn sie ihn nicht will und ihn nur als möglich bereit hält, um diplomatische Vorteile zu erringen, so spielt sie ein sehr gefährliches Spiel. Was die Diplomatie geben kann und geben will, soll sie bald geben; es könnte sonst leicht zu spät sein. Man möchte mit Engländern reden können, um allen, denen die Erhaltung des Friedens am Herzen liegt, die Ueberzeugung beizubringen, daß eine Fortdauer des heutigen Zustandes auf den Krieg drängt, ganz automatisch, selbst ohne Hebe. Ein großes Land kann nicht auf Monate den Atem seines wirtschaftlichen Lebens anhalten, kann nicht der latenten Ungewißheit über den morgenden Tag ausgeliefert bleiben. Dann ist wirklich die wagende und handelnde Ungewißheit noch weniger unerträglich.

Und mit Engländern möchte man reden können, um der deutschen und österreichischen Diplomatie, der deutschen und österreichischen Presse zu sagen: gebt keine Ratsschlüge; sie nützen nichts und können nur Schaden. Die Beziehungen der Staaten zueinander sind heute vom Mißtrauen vergiftet. Wenn sich das Schreckliche noch abwenden läßt, so durch Squ-



den, nicht durch Worte. Wer Zugeständnisse machen kann und will, der mache sie heute. Es sind nicht Zeiten, in denen kluges Abwarten am Plage wäre; heute ist weiteres Warten Wahnsinn.

Die Maßnahmen der Regierung, die die Strafen für Spionage, für verbotene Ausfuhr und für strategische Mitteilungen der Presse bedeutend erhöhen, werden wohl mit Unrecht als der Auftakt zur Kriegserklärung gedeutet. Im Falle der Kriegserklärung werden diese Verbote ja durch den Belagerungszustand gegenstandslos. Nicht in diesen Maßnahmen liegt die Drohung, sie liegt in dem spukhaft umgehenden Gerücht der baldigen Kriegserklärung. „Wenn der Schnee schmilzt, geht es los“, sagt man in den Kasernen. Will einer reisen, so heißt es: „Reisen Sie gleich, in vierzehn Tagen wird kein Zivilist mehr reisen“. In diesem Ton spielt sich alles ab. Auch die materiellen Vorbereitungen sind nicht so verdeckt, daß man ihrer nicht gewahr würde. Im römischen Volke heißt es, daß am 13. März der Krieg beginnen werde: am 13. Januar war das Erdbeben, am 13. Februar die Ueberschwemmung, als dritter im Bunde würde sich würdig der Krieg anreihen. Ungefähr ebenso „wissenschaftlich“ und „rationell“ sind alle Vorhersagen, aber das haben die, die den Krieg gewollt haben, doch erreicht: daß viele ihn für unabwendbar halten und daß, unter dem Druck dieser Voraussetzungen, die heutige Lage unerträglich ist, unerträglich im wahren Sinne des Wortes.

Man sage nicht, daß das italienische Volk den Krieg will. Das Unheil, mit dem die jetzige Lage schwanger geht, wäre ja weniger entsetzlich, wenn dem so wäre. Das Volk will den Krieg nicht, ihm graut davor, ein großer Teil der Bourgeoisie will ihn auch nicht. Er kommt, weil alle glauben, daß er kommen muß. Gegen diesen Glauben an ein Fatum, das wir durch diesen Glauben erst schaffen, muß die sozialistische Partei ihren letzten Kampf kämpfen. Es ist zwecklos, ja, es ist gewissenlos, sich und andere über den blutigen Ernst der Lage zu täuschen. Wir können nur Kunde geben von der drohenden Lage; wer die Möglichkeit hat, ihr zu steuern, der tue es bald. Was heute unterbleibt, könnte leicht morgen zu spät kommen.

### Das neue griechische Kabinett.

Athen, 9. März. (B. L. V.) Die Agence d'Athènes meldet: Sunaris hat heute nachmittag um 4 Uhr dem König die Liste des neuen Kabinetts vorgelegt. Die Besetzung der Posten ist folgende: Vorsitz und Krieg: Sunaris, Außenwärtiges: G. Jugraphos, Befehl: Baltadjis, Kultus und öffentlicher Unterricht: Sozifis, Finanzen: Protosapadakis, Inneres: Triantafylakos, Volkswirtschaft: Antafios, Justiz: Pselbaris, Marine: Stratos. Der König hat die Liste genehmigt. Das neue Kabinett wird morgen früh den Eid leisten.

### Der türkische Krieg.

#### Zur Beschießung der Dardanellen.

London, 10. März. (B. L. V.) Nach einer amtlichen Meldung betragen die britischen Verluste bei den Operationen in den Dardanellen am 4. März 25 Tote, 28 Verwundete und 3 Vermisste.

#### Unstimmigkeiten wegen der Dardanellen.

Petersburg, 9. März. (B. L. V.) Der „Njeitsch“ vom 3. März polemisiert gegen Äußerungen französischer Blätter, die zwar den Besitz Konstantinopels Rußland einräumen, den Bosphorus und die Dardanellen aber neutralisieren wollen. Der Besitz Konstantinopels sei für Rußland nur von Wert, falls auch die Meerengen russischer Besitz würden. Konstantinopel sei in der Tat nur die natürliche Zugabe zum Besitze der Meerengen. Die freie Durchfahrt für die Neutralen und die Balkanstaaten ist natürlich wichtig, die Entscheidung über die Durchfahrt könne aber ebenso gut in Petersburg ohne Mitwirkung der Alliierten, wie in Paris oder London getroffen werden. Die Eröffnung der Meerengen in der Frage der Meerengen von der Frage des Besizes Konstantinopels bewirke nur, daß die alliierte Presse das Lebensinteresse Rußlands nicht versteht. Wünschenswert sei, daß die alliierte Presse sich diese zweifelhafte Wahrheit fest einpräge.

Im „Njeitsch“ vom 4. März wird auch gegen die griechische Presse polemisiert, welche die Einnahme Konstantinopels durch die griechische Armee wünscht. Es sei nicht notwendig, gegen diese griechischen Wünsche zu protestieren, da deren Erfüllung viel weiter liege als die in der russischen Duma gedürfteten Wünsche. Wichtig sei unter diesen Umständen die Erwägung der Frage, ob griechische Truppen überhaupt zur Eroberung Konstantinopels hinzugezogen werden dürften.

### Das Bombardement Smyrna. — Gesechte in Mesopotamien.

Konstantinopel, 10. März. (B. L. V.) Wie die „Agence Mill“ erzählt, haben die türkischen Truppen nach der gestern vom Hauptquartier gemeldeten Schlacht in Mesopotamien die Städte Ahwas und Itag besetzt. Der Feind, der vollständig in die Flucht geschlagen wurde, hat sich in der Umgebung von Schuabie verschanzt.

Nach Meldungen aus sicherer privater Quelle hat der russische Kreuzer „Skold“ gestern Buria südwestlich von Smyrna bombardiert. — Während des vorgestrigen und des gestrigen Tages hat die feindliche Flotte gegen die Forts von Smyrna 239 Schüsse abgegeben.

### Die Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 10. März. (B. L. V.) Der Generalstab der kaukasusarmee teilt mit: Im Laufe des 8. März wurden die Kämpfe in der Gegend jenseits des Tschorof fortgesetzt. Aus den übrigen Gegenden ist nichts zu melden.

### Kämpfe in Tripolis.

Benghasi, 10. März. (B. L. V.) Meldung der Agencia Stefani: Um die Rebellenlager am Wadi Samra zu zerstören, die sich ständig mehreten, ging am 8. März eine aus italienischen, ertrüben und libyschen Truppen zusammengesetzte Abteilung unter dem Kommando des Generals Rocagatta von Benina ab. Rocagatta erreichte Omen Seilans ohne Widerstand und marschierte am 9. März auf Ohefat. Eine Stunde von diesem Orte entfernt fand er eine etwa fünfzehnhundert Mann starke Gruppe von Aufständischen vor. Die Rebellen wurden angegriffen und zu schleuniger Flucht genötigt. Heftige Gegenangriffe anderer Gruppen wurden glänzend zurückgewiesen. Wirkungsvolles Artilleriefeuer ver-

vollständigte den Sieg. Ohefat wurde dann ohne weiteren Zwischenfall erreicht. Der Feind ließ 100 Tote und sehr zahlreiche Verwundete auf dem Felde zurück. Auf italienischer Seite ein Offizier tot, zwei verwundet. Italienische Soldaten drei tot, vier leicht verwundet, farbige Soldaten 20 tot, 60 verwundet. Die Haltung von Offizieren und Mannschaften war über jedes Lob erhaben.

### Diskussion der Friedensbedingungen in Frankreich.

Basel, 9. März. (B. L. V.) Der Pariser Mitarbeiter der „Vasler Nachrichten“ bespricht die in Frankreich schon einsetzende Diskussion der Friedensbedingungen. Barrés Ideen muteten fast wie die Theorien an, die man bei den Alldeutschen tabelte. Die sozialistische Presse lauziert ihn auch gehörig ab, indessen begegnet man recht häufig der Ansicht, daß mindestens die alte Grenze Lothringens durch neutralisiertes Gebiet gedeckt werden müsse. Der „Temps“ schreibt, den Regierungskreisen sei die ganze Diskussion nicht eben angenehm. Man müsse es den Soldaten überlassen, Frieden zu machen. Bei aller Verschiedenheit der Meinungen ist es aber bemerkenswert, daß der Streit über den Siegespreis schon beginnt, wo alle Entscheidungen noch bevorstehen und wo der Gegner einen wichtigen Teil Frankreichs noch besetzt hält. Dies hat seine Ursache in der unbedingten Siegesgewißheit aller Franzosen ohne Ausnahme. Diese ist angesichts des äußeren Bildes der militärischen Lage sicher eines der merkwürdigsten Phänomene dieses Krieges.

### Die „Humanité“ über Wolfgang Heine.

Paris, 10. März. (B. L. V.) „Humanité“ schreibt aus Anlaß der Stuttgarter Rede Wolfgang Heines: Deutschland ist in der jetzigen Stunde in allen seinen Elementen mit dem Kaiser und der Regierung völlig einig. Der deutsche Sozialismus hat nichts mehr mit dem internationalen Sozialismus gemein. Die Auffassung, welche Heine vertrat, mache aus dem Proletariat Deutschlands eine für immer von der Regierung abhängige Klasse und eine ewige Drohung für die Arbeiterlosen aller Nachbarländer. Das Proletariat der neutralen Länder könne jetzt die Tiefe des Abgrundes ermessen, in den ein deutscher Sieg es führen würde.

Kum. der Red. Gegen diese Auslassungen der „Humanité“ ließe sich mancherlei sagen. Vor allen Dingen aber sollte die „Humanité“ ihren Lesern nicht vorzutauschen wagen, daß Heines Auffassungen die der ganzen deutschen Sozialdemokratie sind.

### Die Schulpflicht im okkupierten Belgien.

Brüssel, 10. März. (B. L. V.) Der Generalgouverneur hat bestimmt durch Verordnung, daß das Schulgesetz, das den Grundsat der Schulpflicht einführt und das im September in Kraft treten sollte, jetzt durchgeführt werden muß.

### Nochmals die belgischen Dokumente.

Amtlich. Berlin, 10. März. (B. L. V.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Nochmals die belgischen Dokumente. Die belgischen Staatsmänner in Havre haben jetzt, drei Monate, nachdem hier die bekannten Brüsseler Dokumente über den belgischen Neutralitätsbruch veröffentlicht worden sind, in französischen Zeitungen eine Gegenerklärung abgegeben, die sich weniger durch die Güte ihrer Gründe als durch den schimpfenden Ton auszeichnet, in dem sie gehalten ist. Die „zum Schlimmen erhobene Lage“ der Deutschen Regierung wird in dieser Erklärung mit dem besannten französischen Phrasenschaal mehrfach hervorgehoben und der unerschütterlichen Ehrenhaftigkeit der belgischen Regierung gegenübergestellt.

Man kann es verstehen, daß die belgischen Staatsmänner zu lärmenden Worten ihre Zuflucht nehmen, wo ihnen die Argumente fehlen, denn ihre Enttäuschung muß in der Tat groß gewesen sein, als diese für sie so peinlichen und unangenehmen Dokumente in einer jeden Zweifel an ihrer Echtheit ausschließenden Art der Öffentlichkeit übergeben worden sind.

Es ist aber kaum ernst zu nehmen, wenn die belgische Regierung jetzt glaubt, den Gesamtwert der Dokumente durch Modestische gegen den Heberseher herabzusetzen zu können. So wird der Vorwurf erhoben, daß an einer Stelle der veröffentlichten Texte das Wort „conversation“ mit „Abkommen“ übersetzt worden sei, und daraus wird natürlich eine Absicht zu täuschen gefolgert. Wie jetzt festgestellt worden ist, ist in der Tat insolge sehr undeutlicher Schreibweise des Originaltextes des Verdicts des Generals Ducarme einmal das Wort „conversation“ für „convention“ gelesen und dementsprechend übersetzt worden. Die Unklarheit des Textes, aus einem bedeutungslosen Heberseherfehler eine absichtliche Täuschung zu konstruieren, ergibt sich schon aus der gleichzeitigen Veröffentlichung des Facsimiles der Urkunden, aus dem jedermann den tatsächlichen Wortlaut hat entnehmen können. Welche handrechtliche Bedeutung belgischerseits den Dokumenten beigegeben worden ist, geht in einer jeden Zweifel ausschließender Weise aus dem facsimilierten Umschlag des Schriftstücks hervor, der sehr klar und deutlich die Aufschrift „Conventions anglo-belges“ trägt.

Der zweite Vorwurf, den die belgische Erklärung gegenüber der Heberseherung erhebt, ist ebenso idiotisch wie der erste. Es wird behauptet, daß wir den Satz des Ducarmeschen Verdicts, nach dem der Einmarsch der englischen Truppen erst nach der Verkündung der belgischen Neutralität stattfinden sollte, unterdrückt hätten. In unserer Heberseherung ist aber, wie hiermit festgestellt wird, ausdrücklich gesagt: „Aus dem Schriftstück findet sich noch der folgende Randvermerk: L'entree des Anglais en Belgique ne se ferait qu'après la violation de notre neutralité par l'Allemagne“. Von einer Unterdrückung des Satzes kann also keine Rede sein. Wenn jetzt die belgische Regierung das Bestehen der kompromittierenden Dokumente überhaupt durch eine „sur l'honneur“ abgegebene Erklärung aus der Welt schaffen will, in der sie ableugnet, daß jemals von irgendeiner beteiligten Regierung ein Abkommen geschlossen worden sei, oder auch nur Besprechungen oder Verhandlungen stattgefunden haben, so ist diese auf Ehre abgegebene Erklärung doch zu nat., als daß sich irgend jemand Hindernisse daran glauben würde.

### Der Austausch der Kriegsuntauglichen zwischen Deutschland und Rußland.

Berlin, 10. März. (B. L. V.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet über den Austausch von Dienstuntauglichen zwischen Deutschland und Rußland: Die durch Vermittelung einer neutralen Macht mit der russischen Regierung gepflogenen Verhandlungen wegen des Austausches der zum Kampfdienst untauglichen Militärpersonen sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Es dürfen jetzt auch alle im Alter zwischen 17 und 45 Jahren stehenden männlichen deutschen Staatsangehörigen

Rußland verlassen, wenn sie militärdienstuntauglich, krank oder verkrüppelt sind. Kerkler und Geistliche, die nicht dem Militär angehören, sind ebenfalls zur Abreise aus Rußland berechtigt. Die Abreisenden dürfen ihr ganzes Gepäck, ihr Geld und ihre Wertgegenstände mit Ausnahme von Goldgeld und Banknoten mitnehmen. Während mit Frankreich und England schon vor einiger Zeit eine Verständigung wegen des Austausch der dienstuntauglichen Kriegsgefangenen zustande gekommen war, stockten die Verhandlungen mit der russischen Regierung, weil diese auf den schon Ende Dezember vorigen Jahres gemachten deutschen Vorschlag immer noch keine Antwort erteilte.

Wenn daher in einem Artikel der Petersburger Zeitung „Sirschaewija Bjesdomosti“ kürzlich die Sache so dargestellt wurde, als ob die Verzögerung auf dem Verhalten der Deutschen Regierung zurückzuführen sei, die immer noch Schwierigkeiten mache und die „Antwort an Rußland“ hinauschiebe, so heißt dies die Wahrheit direkt auf den Kopf stellen. Die Anregung einer Verständigung war von Deutschland ausgegangen. Mit der Antwort ist die russische Regierung an der Reihe.

### Hungerrevolte in Lissabon.

Lissabon, 10. März. (B. L. V.) (Meldung der Agence Sabas.) Infolge der Brotteuerung kam es zu einem Konflikt zwischen den Arbeitern des Marinearsenals und der Polizei. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen und machte von der Schußwaffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden verletzt. Nach Arbeitsluß fanden neue Zusammenstöße statt. Die Menge wurde mit Säbeln hieben auseinandergetrieben. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

### Kritische Lage in Mexiko.

London, 10. März. (B. L. V.) Nach einer Meldung des Reuterischen Bureaus aus Washington haben der Panzerkreuzer „Washington“ und das Schlachtschiff „Georgia“ Befehl erhalten, sich nach Veracruz zu begeben. Der amerikanische Konsul in Veracruz meldet, daß man gestern mit der Räumung der Hauptstadt Mexiko begonnen habe.

Rotterdam, 10. März. (B. L. V.) Aus Mexiko wird gemeldet: Die Lage in der Hauptstadt Mexiko hat durch Verhinderung der Zufuhr von Lebensmitteln, Beschlagnahme der vorhandenen Vorräte und Abschneiden der Wasserleitung durch Carranza einen äußerst bedrohlichen Charakter angenommen. Das diplomatische Korps, das vor einigen Tagen einstimmig beschlossen hatte, die Hauptstadt zu verlassen, hat diese Absicht — anscheinend auf Anregung der Washingtoner Regierung — zunächst aufgegeben. Inzwischen ist auch die Eisenbahnverbindung mit Mexiko-Stadt unterbrochen, so daß ein Verlassen der Hauptstadt für die Diplomaten und die zahlreichen Ausländer unmöglich geworden ist. Die Diplomaten haben telegraphisch ihre Regierungen um Vorstellungen in Washington ersucht, damit seitens der amerikanischen Regierung Maßnahmen zum Schutz der Ausländer ergriffen werden. (Die deutsche Regierung hat ihrem Vertreter in Washington entsprechende Vorstellungen aufgetragen. Inzwischen hat die amerikanische Regierung den geschützten Kreuzer „Tacoma“, den Panzerkreuzer „Washington“ und das Schlachtschiff „Georgia“ bereits nach Veracruz entsandt.)

### Chinesische Bahnkonzession an Japan.

London, 10. März. (B. L. V.) „Daily Telegraph“ meldet aus Peking: China hat Japan eine neue Konzession auf 99 Jahre für die Bahn Mukden — Antung gewährt. Heute wird darüber beraten werden, ob es Fremden gestattet werden soll, in der ganzen Mandchurien sich niederzulassen und dort Grundbesitz zu erwerben.

### Letzte Nachrichten.

#### Ein deutsches Unterseeboot gerammt.

Amtlich. Berlin, 10. März. (B. L. V.) Einer Bekanntmachung der britischen Admiralität zufolge ist das deutsche Unterseeboot „U 20“ heute durch den englischen Zerstörer „Ariel“ gerammt und zum Sinken gebracht worden. Die Besatzung ist gerettet.

Der stellvertretende Chef des Admiralsstabes, gez. V. Ch. n. d. e.

#### Die holländische Schifffahrt und der Handelskrieg.

Amsterdam, 10. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das „Handelsblad“ meldet aus Rotterdam: Die Verbündeten stimmten dem Antrage zu, daß alle Schiffe, die bei Verkündung der Repressal-Maßregeln mit deutschen Gütern schon beladen waren oder solche zur Ladung angenommen hatten, nicht angehalten werden. Alle in dieser Woche abfahrenden Schiffe nahmen noch deutsche Güter an.

Das „Handelsblad“ teilt ein Schreiben des deutschen Botschafters an die Interessenten des torpedierten englischen Schiffes „Durward“ mit, in dem aufgefordert wird, die Interessen durch Reklamation geltend zu machen. Das „Handelsblad“ folgert daraus, daß die neutralen Eigentümer der Ladung schadlos gehalten werden sollen.

#### Eine Militärbefreiungsaffäre in Frankreich.

Lyon, 10. März. (B. L. V.) „Lyon Republicain“ meldet aus Paris: Die Polizei verhaftete die Mitglieder einer Agentur, welche den an der Front befindlichen Soldaten Mittel zukommen ließ, um sich vom Militärdienst befreien zu lassen. Diese Mittel befanden in den meisten Fällen aus einem Pulver, welches starkes Herzklappen verursacht.

#### Mieterleichterungen in Frankreich.

Lyon, 10. März. (B. L. V.) „Progres de Lyon“ meldet aus Paris: Das Handelsministerium hat ein neues Dekret ausgearbeitet, nach dem die durch frühere Dekrete gewährten Mieterleichterungen bezüglich der Zahlung des Mietzinses auf weitere drei Monate, d. h. vom 1. April bis 30. Juni, verlängert werden.



Deutsches Theater

Direktion: Max Reinhardt. 7 1/2 Uhr: Rappelkopf (Alpenkönig und Menschenfeind). Freitag: Der Kaufmann von Venedig.

Kammerspiele

8 Uhr: Die deutschen Kleinstädter. Freitag: Gawân.

Theater für Donnerstag, 11. März:

Berliner Theater 8 Uhr: Extrablätter!

Deutsches Künstler-Theater

7 1/2 Uhr: Egmont.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.

7 Uhr: Siegfried.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

3 Uhr: Gasparone. 8 Uhr: Die Fledermaus.

Gebr. Herrnfeld-Theater

8 Uhr: Familie Plinsek. Helbring contra Helbring.

Kleines Theater

8 Uhr: Jettchen Geberl.

Komische Oper

8.10 Uhr: Gold gab ich für Eisen.

Komödienhaus

8 Uhr: Bunter Abend.

Lessing-Theater

8 Uhr: Im weißen Röss'l.

Lustspielhaus

8 1/2 Uhr: Die Orientreise.

Metropol-Theater

8 Uhr: Woran wir denken!

Montis Operetten-Theater

8 Uhr: Der liebe Papi.

Residenz-Theater

8 Uhr: Die Schöne vom Strand.

Rose-Theater

8 Uhr: Berlin im Felde.

Schiller-Theater O.

8 Uhr: Krieg im Frieden.

Schiller-Th. Charlottenbg.

8 Uhr: Die Neuerwählten. Amphitryon.

Thalia-Theater

8 Uhr: Kam'rad Männe.

Theater am Nollendorfpf.

8 1/2 Uhr: Immer feste drauß! Sonnt. 9 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Theater des Westens

8 Uhr: Polenblut.

Theater in der Königgrätzer Straße

8 Uhr: Rausch.

Trionon-Theater

8 1/2 Uhr: Akrobaten.

Volksbühne-Theater am Bülowplatz

8 1/2 Uhr: Sönke Erichsen

Walhalla-Theater

8 Uhr: 1914. Alfr. Schmasow als Gast.

URANIA

Taubenstraße 48/49. 4 Uhr (Halbe Preise): Die Vogesen und ihre Kampfstätten.

Auf d. Schlachtfeldern Ostpreußens

Zirkus Alb. Schumann

Donnerstag, 11. März, Anf. 7 1/2 Uhr: Sport-Vorstellung.

U. a. Arthur Saxon-Trio mit ihrer lebenden Automobilbrücke.

Der Mann mit den stählernen Nerven auf dem 9 Mtr. hohen Turm.

Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr: Ost und West

Großes patriotisch. Schauspiel aus der Gegenwart in 4 Akten.

Casino-Theater.

Kotzinger Straße 37. Täglich 8 Uhr. Das neue dreifache Volkstheater: Der Herr Kommerzienrat.

Dazu das erstklassige Spezialitäten-Programm.

Neueste Kriegsbilder usw. usw. Sonntag 4 Uhr: Die große Zeit.

WINTERGARTEN

Fritzi Massary

Olga Desmond

Anton Hekking

sowie der glänzende März-Spielplan!

Kleine Preise!

Voigt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58. Morgen Freitag, den 12. März:

Die Blinde von Paris.

Drama in 5 Akten von Albert Brû. Rosenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Zum Schluß: Weihnachtsabend im Schützengraben

Anfang 8 Uhr. Militärpersonen und deren Angehörigen vollkommener freier Zutritt zu den Stett. Sängern.

Theater-Folies-Caprice

8 1/2 Uhr. Posen-Theater 8 1/2 Uhr. Sprechstunde.

Ein angenehmer Herr. Martin Kellner a. G.

Gewerkschaftshaus

Größtes und vornehmstes Lokal der Residenz. Sonntag, den 14. März: Unterhaltungabend des Vereins Sängervereinigung I (W. d. D. N.-S.-V.) unter Mitwirkung des Fräulein Maria Schipflmann, des Gefolgsmärs Herrn Armin Liebermann.

Zonabend und Sonntag: Ein großer Vorken Gänse, Rehleuten, Rehkrücken, Spießerleuten, Poularden und anderes Tafelgeschick.

Ein großer Vorken Lauenburger Rälber, Kiepertische Maßlamm und Schweine.

Ein großer Vorken Daumbider Stangenpargel a Portion 80 Pf.

Freitag und Sonnabend, zwischen 2 bis 6 Uhr, kommen große Vorken Rälber a Hund 80 Pf., Cäsenfleisch, Schier, a Hund 1 R., Hammelkeulen a Hund 1.10 R., Ein großer Vorken Dauerware: Schinken, Leberwurst, Halberstädter Leberwurst a Hund 1.20 R., Ein großer Vorken rohes Gänsefleisch a 1.10 R., Ein großer Vorken Wild verschiedener Sorten: Reuten, Räden und Blätter zu sehr billigen Preisen zum Verkauf. 12535

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. Amt Moritzpl. 3014.

Freireligiöse Gemeinde

Am Sonntag, den 14. März, nachm. 5 Uhr, in Obiglos Festsälen, Koppensstraße 29:

70. Stiftungsfest

Konzert Kinder-Chor | Festrede, gehalten von Waldeck Manasse | Theater Kinderaufführungen

Im kleinen Saal: Tanz.

Billets für Mitglieder 25 Pf., für eingeführte Gäste 50 Pf., sind in den bekannten Billettstellen und in der Geschäftsstelle, Pappel-Allee 15-17, zu haben. 35/6

Praktisches amerikanisch. Journal für Zeitungsverlag,

bereits von vielen Druckereien mit großem Vorteil eingeführt. Musterbogen und Referenzen gern zu Diensten.

Commerz- und Disconto-Bank.

Fünfundvierzigste ordentliche Generalversammlung der Aktionäre am Donnerstag, den 8. April 1915, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Bank zu Hamburg, Neß No. 9.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, sowie Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung und Vorschlag zur Gewinnverteilung.

2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Bilanz, der Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie des Vorschlages zur Gewinnverteilung.

3. Beschlussefassung über die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, sowie über die Verteilung des Reingewinnes.

4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Dieser Generalversammlung, welche sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien spätestens am 3. April d. J. während der üblichen Geschäftsstunden in Berlin bei unserer Niederlassung bei der Bank des Berliner Kassenvereins (nur für Mitglieder des Giro-Effekten-Depots) in Hamburg, Altona, Hannover, Kiel, Leipzig, Altenburg S.-A. und Brandenburg a. H. bei unseren Niederlassungen in Chemnitz beim Chemnitz-Bank-Verein in Dresden bei der Mitteldutschen Privat-Bank A.-G. in Frankfurt a. M. bei den Herren J. Dreyfus & Co. in Köln bei Herrn J. H. Stein in Magdeburg bei der Mitteldutschen Privat-Bank A.-G. in München bei der Bayerischen Vereinsbank zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung d. selbst zu verlassen oder die Hinterlegung bei einem deutschen Notar d. nachzuweisen, daß sie einer der genannten Anmeldestellen spätestens am 3. April d. J. einen ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein des Notars in Verwahrung geben. Dieser Hinterlegungsschein gilt nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Nummern genau bezeichnet sind und wenn überdies in dem Hinterlegungsschein selbst bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei dem Notar in Verwahrung bleiben. Gegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungsscheine werden Eintrittskarten ausgestellt. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnantwortscheine und Erneuerungsscheine eingereicht werden. Hamburg, den 9. März 1915.

Der Vorstand. Lincke. Pilster.

Möbel-Angebot.

Selbst Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten Z. 3 an die Expedition des "Vorwärts". Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Kleine Anzeigen

Verkäufe.

Stoppdecken! Spottbillige Ausnahmepreise! Brauchvolle Similtelbedene Stoppdecken 4,35, 5,75, wunderbare, doppelseitige 7,50, 8,75 bis 19,50. Elegante Tüllbedende 1,85, 2,85. Stoff Teppichhaus, Dresdenstr. 8 (Hofbühnenstr.). Abkommen 10 Prozent Rabatt. 268\*

Teppiche mit keinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Portieren, Stoppdecken, Tischdecken, Divanbedene, sehr billig. Bormärkischer 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brunn, Godescher Markt 4 (Bahnhof Börs). 246/4\*

Sehr Prozent Rabatt Bormärkischer.

Gardinenreste, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,65 usw. G. Weisenberg's Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabrit an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webeschlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabrit.

Teppichdecken, 1-8 Fenster Tuchportieren, Tischportieren, Radraportieren, neue Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,50 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tischdecken, Leinwanddecken, Tischdecken 1,85, 1,95, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Teppichdecken, Similtelbedene, vornehme Ausführung 2,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabrit. 438\*

Teppiche (Farbenschleier) enorm billig. Gardinen, Stoppdecken, Gelegenheitskäufe, Rauerhoff, Gr. Frankfurterstraße 9, barriere. "Bormärkischer" 68\*

Monatsausgabe, nur wenig getragen. Valerius, Ulster, Hofen, Gesellschaftsausgabe werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind teilweise billig zu haben. Unbekannte Firma. Frau Weiß, Große Frankfurterstraße 88.

Teppich-Tomas, Dramenstr. 44 spottbillig herstellende Teppiche, Gardinen, Vorwärtstischern 5 Prozent Extrarabatt. 108\*

Geschnittenkleider, Bräutigamskostüme, Valerius, Sportjacket, Trauerkostüme, schwarze Krausermäntel, Röcke, Blusen, Kinderkleider direkt aus Arbeitsstuben spottbillig. Meyer, Blücherstraße 13, I. Etage. Sonntag geöffnet. 29658\*

Geschäftsverkäufe.

Restaurant wegen Todesfall meines Mannes billig zu verkaufen. Montag, Donnerstag. Sonnabend Marktgeöffnet. Frau Löwe, Ziegel, August-Wälderstraße 7. 12506\*

Restaurant verkauft billig, einjährigshalter, Gottschelstraße 3.

Möbel.

Preise nur jetzt im Preise, nie niedriger! Englische Bettstelle 28, Rubelbett 24, englischer Anleibehran mit Mahleibteil und Facettenspiegel 88, bettelbe etwa 30er 63 Mark, Böhmerkrant, Trumeau 30, Bettsofa, Kleiderhant mit Verriegelung 39, Sofa 36, großer Teppich, gute Qualität, schönes Muster 29, wunderbare, billige Schlafzimmer, herrliche, billige Wohnzimmer, Küche, Kamin, 16, Rohrstuhl 3,50, Waschtoilette 19, Gchlich, Alte Schöndauerstraße 32.

Möbelkredit. Komplette Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequeme Abzahlung. Kredithaus Zinkenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Bräudenstraße, nahe Panowstraße.

Kriegshalter hübsche Wohnungseinrichtung, herrliche Küche, alles noch neu, zusammen nur 2250 Mark. Rosenbalerstraße 57, Portal III bei Glas. (Generalmärkischer) Händler beiseiten. 19/6\*

Ruhbaum Kleiderhant, Bettsofa 30, Umbau, Trumeau, Kristallglas 40, Moqueitofa 25, Tischgarnitur 100, hübsche Küche, siebenstellig 65, Ständig Gelegenheitskäufe. Möbelhaus Osten, Gelegenheitskäufe, Andrenstraße 30. 568\*

Am akerbilligsten! kaufen Brautleute und Möbelkäufer gebogene Speisezimmer, Herrensimmern, Schlafzimmern, alle Holzarten, moderne Küchen, auch lahierte, Ergänzungsstücke im Berliner Möbelhaus W. Hirschowitz, nur Südost, Eilberstraße 25, an der Hochbahn. 418\*

300 Mark verkaufe nageineu, wunderbare Ruhbaum geschlichte Wohnungseinrichtung, prachtvolle Küchenmöbel 65, direkt Möbelhändler Lehmer, Große Hamburgerstraße 4. 1257b\*

Prachtvolles Vließofa, Umbau, moderne Egränze, Englischbetten, Trumeau, Garberobenkrant, Schreibstisch, Büttel, Knirrtische, Kommode, Gchafelounge, gewerblich, spottbillig. Löwestraße 16 I. 19/12

Kaufgesuche.

Fahr radankauf, Lindenstraße 27.

Moebel-Verkauf, Moritzplatz 58

Spezialität: Ein- und Zweizimmer-einrichtungen. Billigste Preise! Etübe und Küche 218, 346, 463, bis 1000, 2 Zimmer und Küche 463, 582, 656, 740, bis 2000, Schlafzimmer 188, eiche 345, eichne Speisezimmer 329, 439, Bettstelle mit Matratze 30, Trumeau 36, Verkauf Fabrikgebäude, Musterbuch gratis! Sonntag 12-2 geöffnet!

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit keiner Anzahlung schon Etübe und Küche. An jedem Stadte deutscher Kreis. Leberverteilung ausgehlossen. Bei Antrittskassen, Arbeitslosigkeit anerkannt! Rückhalt. Möbelgeschäft Goldhaus, Postenstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 29018\*

Möbelkredit edit und gegen bar. Bequeme An- und Abzahlung. Möbel-Verkauf, Brannenstraße 7. - II. Geschicht Müllerstraße 174. Sonntag von 12-2 geöffnet. 29038\*

Möbel. Gelegenheitskäufe aus Pensionatsauflösung. Etschene Anleibehran 65, Bettstellen mit Stahlmattentzen, dreiteilige Auflagen 35, Badkommoden mit Spiegel 50, Nachttische 15, Gchafelounge 18, fernere Speisezimmer, Herrensimmern, Schlafzimmern, in einfacher wie schwerer Ausführung, Teppiche, Portieren, Schreibstische, Sofas, Trumeaus, Böhmerkrant sowie alle Sorten Ergänzungsstücke, auch gebraucht, zu nie dagewesenen billigen Preisen. Hans Lennert, größtes Möbelhaus für Gelegenheitskäufe, Rothringer Straße 55, IV Etagen, Rosenaler Tor. 418\*

300 Mark verkaufe nageineu, wunderbare Ruhbaum geschlichte Wohnungseinrichtung, prachtvolle Küchenmöbel 65, direkt Möbelhändler Lehmer, Große Hamburgerstraße 4. 1257b\*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Heberleistungen angefertigt. G. Smotny, Liebfriedstr. Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 448\*

Technische Lehranstalt Dr. Werner, Berlin, Reanderstraße 3. 17/16\*

Automobilfahrer, erstklassige heilungsfähige Ausbildung, 100 Mark auch Abendkurse. Katanzahlung, Köpenickerstraße 116. 21978\*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gschinertstraße 16.

Runktopferei Große Frankfurterstraße 67. 23998\*

Wäsche wird sauber gewaschen, freien getrocknet, Laken, Leibwäsche, Abholung Sonnabends. Frau Paul, Köpenickerstraße 116. 21978\*

Gefunden u. verloren.

Goldenes Armband verloren am Sonntagabend, Schillerpromenade, Steinmehrfstraße bis Hermannstraße. Gegen gute Belohnung abzugeben bei Professor Orndt, Schillerpromenade 29. 477

Vermietungen.

Wohnungen. Charlottenstraße 87 keine Bodenmengen sofort billig. 6876\*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Tüchtige Schlosser sucht für löhnenbe und dauernde Beschäftigung Ferd. Paul Krüger, Reutbahn, Blomstraße 42/43. 477\*

Lehrling für Metallbrückeri verlangt. Fr. D. Böhmer, Neue Jakobstraße 18. 20/3

Maler zum Lackieren von Granaten und Bergzendreier sucht bei hohem Lohn H. Scholz, Friedrichstraße 16. 12565

Türschloßer. Effier verlangt Schuhwarenhaus Julius Goldmann, Köpenickerstraße 136. 12566

Korbmacher auf 98. verlangt Knitting junior, Hühnerstraße 16. 477\*

Geschäftsführer bei gutem Lohn, hochfähig und zuverlässig, mit besten Zeugnissen finden sofort dauernde Stellung. Hermann Meyer u. Co., Aktiengesellschaft, Poststraße 11/12. 477\*

Flaschenmonteur für unsere Mineralwasser-Abteilung findet dauernde, lohnende Beschäftigung. Hermann Meyer u. Co., Aktiengesellschaft, Poststraße 11/12. 477\*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Heberleistungen angefertigt. G. Smotny, Liebfriedstr. Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 448\*

Technische Lehranstalt Dr. Werner, Berlin, Reanderstraße 3. 17/16\*

Automobilfahrer, erstklassige heilungsfähige Ausbildung, 100 Mark auch Abendkurse. Katanzahlung, Köpenickerstraße 116. 21978\*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gschinertstraße 16.

Runktopferei Große Frankfurterstraße 67. 23998\*

Wäsche wird sauber gewaschen, freien getrocknet, Laken, Leibwäsche, Abholung Sonnabends. Frau Paul, Köpenickerstraße 116. 21978\*

Gefunden u. verloren.

Goldenes Armband verloren am Sonntagabend, Schillerpromenade, Steinmehrfstraße bis Hermannstraße. Gegen gute Belohnung abzugeben bei Professor Orndt, Schillerpromenade 29. 477

Vermietungen.

Wohnungen. Charlottenstraße 87 keine Bodenmengen sofort billig. 6876\*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Tüchtige Schlosser sucht für löhnenbe und dauernde Beschäftigung Ferd. Paul Krüger, Reutbahn, Blomstraße 42/43. 477\*

Lehrling für Metallbrückeri verlangt. Fr. D. Böhmer, Neue Jakobstraße 18. 20/3

Maler zum Lackieren von Granaten und Bergzendreier sucht bei hohem Lohn H. Scholz, Friedrichstraße 16. 12565

Türschloßer. Effier verlangt Schuhwarenhaus Julius Goldmann, Köpenickerstraße 136. 12566

Korbmacher auf 98. verlangt Knitting junior, Hühnerstraße 16. 477\*

Geschäftsführer bei gutem Lohn, hochfähig und zuverlässig, mit besten Zeugnissen finden sofort dauernde Stellung. Hermann Meyer u. Co., Aktiengesellschaft, Poststraße 11/12. 477\*

Flaschenmonteur für unsere Mineralwasser-Abteilung findet dauernde, lohnende Beschäftigung. Hermann Meyer u. Co., Aktiengesellschaft, Poststraße 11/12. 477\*

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 3, bis 5 Uhr angenommen.

Verkauf.

Stufenüberin im, außern Arien, Redenburgischestraße 72, Bahnhof Schmargendorf. 20/1

Verkauf. Tüchtige, für Seifen und Parfümerien sofort gesucht. Wohnungen 1-2 Uhr mittags oder 7-8 Uhr abends. - H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 508\*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Tüchtige Schlosser sucht für löhnenbe und dauernde Beschäftigung Ferd. Paul Krüger, Reutbahn, Blomstraße 42/43. 477\*

Lehrling für Metallbrückeri verlangt. Fr. D. Böhmer, Neue Jakobstraße 18. 20/3

Maler zum Lackieren von Granaten und Bergzendreier sucht bei hohem Lohn H. Scholz, Friedrichstraße 16. 12565

Türschloßer. Effier verlangt Schuhwarenhaus Julius Goldmann, Köpenickerstraße 136. 12566

Korbmacher auf 98. verlangt Knitting junior, Hühnerstraße 16. 477\*

Geschäftsführer bei gutem Lohn, hochfähig und zuverlässig, mit besten Zeugnissen finden sofort dauernde Stellung. Hermann Meyer u. Co., Aktiengesellschaft, Poststraße 11/12. 477\*

Flaschenmonteur für unsere Mineralwasser-Abteilung findet dauernde, lohnende Beschäftigung. Hermann Meyer u. Co., Aktiengesellschaft, Poststraße 11/12. 477\*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Tüchtige Schlosser sucht für löhnenbe und dauernde Beschäftigung Ferd. Paul Krüger, Reutbahn, Blomstraße 42/43. 477\*

Lehrling für Metallbrückeri verlangt. Fr. D. Böhmer, Neue Jakobstraße 18. 20/3

Maler zum Lackieren von Granaten und Bergzendreier sucht bei hohem Lohn H. Scholz, Friedrichstraße 16. 12565

Türschloßer. Effier



# Die dritte Kriegstagung des Reichstags.

## Reichstag.

Mittwoch, den 10. März 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Deßler, Helfferich, Jagow, Lisco, Soli.

Die Tribünen sind überfüllt, in der Hofloge wohnt der Reichskammerpräsident Dr. Conrad.

Präsident Dr. Kaempf

eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Nach einer Vertagung von länger als drei Monaten heiße ich Sie alle zu neuer Arbeit in diesem Hause willkommen; Sie sowohl, die Sie, zu den Fahnen einberufen, aus dem Felde herbeigeeilt sind, und Sie, die Sie in der Heimat der Kriegshilfe Ihre Tätigkeit widmen, alle von dem einen Gedanken befeuert, dem Gedanken an die siegreiche Durchführung des gewaltigen und aufgewungenen Kampfes. (Lebhaftes Bravo!) Auf allen Kriegsschauplätzen stehen wir mitten in der Entwicklung wichtiger Ereignisse. Im Westen hält unsere tapfere Armee mit edel deutscher Fähigkeit trotz aller Mühen und Strapazen eine Schlachtlinie von 400 Kilometer von den Bogenen bis zum Kanal unerschütterlich fest. (Bravo!) Im Osten leitet ein genialer strategischer Gedanke auf einer noch längeren Linie von der Dnieper bis zur Bukowina die kriegerischen Operationen; unter fast übermenschlichen Anstrengungen hat unsere Armee und die österreich-ungarische auf dieser Front Erfolge erzielt, wie sie seit dem Tage von Sedan nicht erlebt wurden. (Beifall.) Im Süden hält die tapfere osmanische Armee Wacht an den Dardanellen, die die übermächtige englisch-französische Flotte vergeblich zu überwinden versucht hat. (Bravo!) Und schließt ihre Vorposten vor bis an den Suezkanal, wo es Ägypten bedroht, den Angelpunkt des britischen Weltreichs. (Beifall.) Als das deutsche Volk vor 7 Monaten in den Kampf zog, war es von dem Bewußtsein durchdrungen, daß es sich in diesem Kampfe mit einer übermächtigen Koalition um seine Existenz handelte, um sein wirtschaftliches und politisches Leben. Niemals seit Beginn des Krieges ist das Ziel unserer Fehde, uns wirtschaftlich zu vernichten, unerschütterlicher ausgesprochen worden, als in den letzten Wochen.

Nicht mit Waffen allein, nicht allein mit den an Zahl und überlegenen Streitkräften ihrer Heere und ihrer Flotten wollen unsere Feinde uns vernichten. Nein, sie haben einen neuen Bundesgenossen, den Hunger, aufgerufen, auf den sie nicht verzichten wollen in dem Kampfe gegen den Todfeind Englands, wie das von der englischen Regierung ausgesprochen worden ist. Deutschland hat die Antwort darauf erteilt. Gezwungen, sich gegen diesen neuen Verbündeten unserer Feinde zu wehren, greift es zu dem einzig richtigen Mittel der Verteidigung, dem Angriff. Mit der Ruhe und Entschlossenheit, auf die wir Deutschen stolz sind, beginnt die deutsche Admiralität den wirtschaftlichen Krieg gegen England mit unseren Unterseebooten, deren Mannschaften und Offiziere schon so viel Beweise ihres heldenhaften Todesmutes gegeben haben. (Lebhaftes Beifall.) Deutschland aber läßt sich durch Hunger nicht besiegen. Wenn unsere Feinde glauben, uns auf diesem Wege und durch die Androhung von Repressalien, die dem allgemeinen Völkerrecht geradezu Sporn sprechen, mische machen zu können, so haben sie sich verrechnet. (Bravo! und sehr richtig!) Sie haben in ihre Rechnung nicht eingerechnet die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes, nicht den Umstand, daß wir, wenn auch keine Einschränkungen in den Lebensgewohnheiten des deutschen Volkes etwa notwendig werden, genügend Lebensmittel haben, um das Volk zu ernähren. Und was die finanzielle Macht des deutschen Reiches anlangt, so brauche ich nur daran zu erinnern, daß die zweite große Kriegsanleihe von 5 Milliarden Mark begeisterte Aufnahme im ganzen deutschen Volke fand. (Bravo!) Unsere Feinde haben nicht in ihre Rechnung eingerechnet das Organisationsvermögen des Deutschen, das selbst in unentwirrbar erscheinende Verhältnisse Ordnung zu bringen imstande ist, sie haben nicht eingerechnet die Stärke der Landwirtschaft, die Hindlichkeit und die Tatkraft unseres Handels und unserer Industrie, die in der Lage gemessen sind, neue Hilfsquellen und Wege zu finden. Vor allem aber haben sie nicht eingerechnet in ihre Rechnung die Einmütigkeit der Nation und den festen Willen zum Siege. (Lebhaftes Beifall.) Der in jedem einzelnen, vom ersten bis zum letzten, unauströbar vorhanden ist, dem gegenüber alle Härten und Schwierigkeiten, die der Krieg notwendigerweise mit sich bringt, verschwinden. Und der unüberwindbar ist, weil er sich stützt auf das tiefste Vertrauen in die Zukunft des deutschen Reiches. (Erneutes lebhaftes Bravo!) Ungeheuer groß sind die Opfer an Gut und Blut, die das ganze Volk mutig dem Vaterland darbringt, ungeheuer die Verluste an Menschenleben, die mit stillem Schmerz und doch mit Entschlossenheit getragen werden. (Beifall.) Nicht oft genug kann betont werden, daß ein Volk, das dieser Opfer, dieser Hingebungen an das Vaterland fähig ist, nicht zu besiegen, nicht zu vernichten ist. (Lebhaftes Beifall.) Wie der allmächtige Herr der Heerscharen bisher den Sieg an unsere Fahnen geknüpft hat, so wird, das sind wir sicher, auch der endgültige Sieg unserer gerechten Sache beschieden sein. Und auf den blutigen Schlachtfeldern im Osten und im Westen wird ein dauernder Friede erwachsen, der uns führt zu neuer Blüte, neuer Macht und neuer Größe unseres geliebten Vaterlandes. (Stürmischer Beifall.)

Präsident Dr. Kaempf gibt dann den Telegrammwechsel mit dem Kaiser aus Anlaß des Unterganges unseres Kreuzergeschwaders bei den Falklandsinseln sowie die Telegrammwechsel mit den Präsidenten der Parlamente Oesterreichs, Ungarns und der Türkei bekannt.

Das Andenken des verstorbenen Abg. Dr. Semler (nass.) ehrt das Haus durch Erheben von den Sigen.

Das Mandat des Abg. Dr. Weill ist erloschen, weil durch Beschluß der kaiserlichen Regierung in Elsass-Lothringen Dr. Weill seiner Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden ist, wodurch er Sitz und Stimme im Reichstag verloren hat.

Die Prüfung der Gültigkeit des Mandats des Abg. Dr. Wetterich wird auf Vorschlag des Präsidenten der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Seit der letzten Sitzung sind neu in das Haus eingetreten die Abg. Dr. Stresemann (nass.), Dr. Rosfeld (l.), Stubbe (Soz.), Freiderr v. Frankenstein (z.) und Carstens (Sp.).

Die Budgetkommission wird von 28 auf 36 Mitglieder verstärkt.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

## Der Etat.

Reichschatzsekretär Dr. Helfferich:

Der Hauptpunkt Ihres Arbeitsprogramms in dieser großen Kriegstagung ist die Feststellung des Reichshaushaltsetats, die Vereinfachung der für die Fortführung des Krieges erforderlichen Mittel. Diefer Umstände verbinde ich als Leiter der Reichsfinanzverwaltung die Ehre, Ihre Beratungen einzuleiten und Ihren Arbeiten Erfolg und Segen zu wünschen. Die Hoffnungen, mit denen das ganze Land Ihre Beratungen begleitet, werden in Erfüllung gehen, denn auch dieses hohe Haus ist von dem einen großen Gedanken durchdrungen, der heute in allen deutschen Herzen wohnt: durchhalten! Alle Kräfte einsetzen bis zum vollen Siege! — Ich glaube, eine Pflicht zu erfüllen und auch in Ihrem

Sinne zu sprechen, wenn ich ausbreite, wieviel das Reich und seine Finanzen meinem Amtsvorgänger verdanken; Sie kennen alle das vorbildliche Pflichtgefühl, die reue Umgebung, die gesunde Klugheit und die vielerfahrene Sachkenntnis, die den Staatssekretär Kühn auszeichnet. (Bravo!) Die Finanzierung der letzten Wehrvorlage durch den Wehrbeitrag war sein Werk und hat ihm seinen Platz in der deutschen Geschichte gesichert. Er glaubte, seine Gesundheit den großen schweren Anforderungen, die der Krieg an den Leiter der Reichsfinanzen stellt, nicht mehr voll gewachsen und zog daraus die Folgerung, daß es seine Pflicht sei, seinen Platz für einen Nachfolger freizumachen. Der Entschluß, das verantwortungsvolle Amt zu übernehmen, ist nicht leicht geworden. Vor mir sah ich und sehe ich ohne Unterlaß riesengroße Aufgaben, die der Krieg, der Friedensschluß und schließlich die

### militärische und wirtschaftliche Wiederherstellung

für den Leiter der Reichsfinanzen bringen werden. Aber ich fühlte auch, daß ich nicht das Recht hatte, in einer solchen Stunde klein zu sein und zu verzagen. Das Soldatenherz, das in jeder deutschen Brust schlägt, sagte mir ein lateinisches: „Du mußt!“ (Bravo!) Keine ganze Kraft und meine ganze Person soll der Aufgabe gehören, die mir in dieser unerhört ernsten und schweren, aber auch unerhört großen und stolzen Zeit anvertraut worden ist. Ich bitte dabei um ihr Vertrauen und um Ihre Mitarbeit.

Es werden schwere Fragen an Sie herantreten müssen, Fragen, die gewaltige Interessen auf sich berufen, und — das weiß ich im voraus — ich werde nicht immer das Glück haben, mit Ihnen allen einer Meinung zu sein. (Weiterkeit.) Wäre ein Hauch des Geistes, der, seit die große Stunde geschlagen, durch alle deutschen Lande zieht, künftig die Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikte auf meinem Arbeitsgebiete abmildern. Die Gegenfährlichkeit der Weltanschauungen und der materiellen Interessen werden infolge des Krieges nicht aus dem deutschen Volke verschwinden. Das ist gut, denn Reibung erzeugt Wärme. Nur darf die lebenspendende Wärme nicht zum zerstörenden Feuer und nicht zur verderbenden Feuersbrunst werden. Der wohlthätige Widerstand, der hier eingeschaltet werden muß, ist das Bewußtsein der deutschen Kulturgemeinschaft und die allumfassende Liebe zu unserem großen deutschen Vaterlande. (Lebhaftes Beifall.)

Ein finanzielles Programm für die Zukunft kann ich Ihnen noch nicht geben. Nur ein Schema gibt mehr als er hat. Es fehlt der feste Untergrund von Tatsachen, den erst der Ausgang des Krieges und die Friedensbedingungen schaffen müssen. (Sehr richtig!) An die großen Aufgaben gehe ich heran, ohne jede Befangenheit und unbetört durch Parteimeinungen. Wir alle werden in vielen Punkten unsere Anschauungen daraufhin prüfen müssen, ob sie einer Revision bedürfen. Wir werden alle mehr oder weniger umlernen müssen. (Sehr richtig!) Wir durchleben die größte Zeit, die je einer deutschen Generation gestellt war. Erleben muß auch hier „lernen“ heißen. So wie der wohlbeleibte Landwehrmann im Felde, so ist auch das erste Kriegsbündel des Deutschen Reiches um einige Pfund magerer geworden, leider aber nur äußerlich. (Weiterkeit.) Mit seinem Gesamtabschluß von mehr als 13 Milliarden ist der diesjährige Etat viermal so groß als der größte Etat, der Ihnen jemals vorgelegen hat. Circa 10 Milliarden werden für außerordentliche Kriegsausgaben verlangt. Ein Voranschlag der zu erwartenden Einnahmen und der zu leistenden Ausgaben ist bei der Unsicherheit über die Zeitdauer und die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges unmöglich. Aber wir verzichten deswegen nicht überhaupt nur auf einen Haushaltsetat. Er schafft die verfassungsmäßige Grundlage für die Reichsfinanzwirtschaft; darauf wollen wir auch im Kriege nicht verzichten. Er gibt aber auch das richtige Schema für die gesamte Wirtschaftsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung. Soweit durchführbar, haben wir von Neuforderungen abgesehen mit Ausnahme einiger zweiten Raten und einiger wichtiger Neuforderungen bei der Post. Nur bei den Kriegserfordernissen und den Kolonien haben wir von detaillierter Aufstellung abgesehen. Mit der Mobilmachung ist der ordentliche Etat für Heer und Marine gewissermaßen außer Kraft getreten; von ihrem ersten Tage an mußten die sämtlichen Wehrausgaben über den außerordentlichen Etat geleistet werden. Wir haben jetzt kein stehendes Heer, keine Friedensmarine, sondern nur ein ungetestetes Kriegsheer und eine Kriegsmarine und erst, wenn der Tag der Demobilisierung gekommen sein wird, werden die Heeres- und Flottenaufwendungen wieder im ordentlichen Etat erscheinen. Ich weiß nicht, wann dieser Tag kommt, wir hoffen alle, es wird im Laufe des kommenden Rechnungsjahres der Fall sein, jedenfalls werden wir dann

### einen Nachtragsetat

vorlegen müssen, der die dann erst zu überschenden Bedürfnisse für Heer und Marine enthalten wird. Rechnerische Gründe bestehen für die Kolonien, wo wir den Verteidigungsmaßnahmen den allerweitesten Spielraum lassen müssen. Die heldenmütige Gegenwehr, von der uns der Feind wider seinen Willen Kunde geben muß, zeigt uns, daß die Männer draußen in den Kolonien ihr möglichstes tun, um mit allen Mitteln das in harter Arbeit erworbene Land zu schützen. (Lebhaftes Beifall) und darüber hinaus den Namen, die Ehre und die Zukunft des weisen Mannes in den fremden Kontinenten zu retten. (Erneuter Beifall.)

Die Ausgaben für Heer, Marine und Reichsmilitärgericht betragen im Etat die Hälfte des normalen Jahresbedarfs. Sollten die zehn Milliarden Kriegskredite aufgebraucht werden, so würde das heißen, daß der Krieg ungefähr bis in den Spätherbst dauert. Endet er früher, so wird der ordentliche Etat mehr belastet, im anderen Fall müßten weitere Kredite verlangt werden. — Von der mit so vieler Mühe eingeführten planmäßigen Tilgung der Reichsschulden haben wir uns nicht vernachlässigt, jetzt in der Kriegszeit abzugeben. Nur die Tilgung der Kriegsanleihe selbst kann der Regelung des Friedensschlusses überlassen bleiben. Für Verzinsung wird nahezu eine Milliarde mehr gefordert, weil die Reichsschuld von fünf Milliarden bei Ausbruch des Krieges inzwischen auf fünfzehn Milliarden angewachsen ist und weiter wachsen muß, wenn der Krieg länger andauert. Wir müssen so lange wie möglich die schiefe Ebene vermeiden, Schuldenzinsen aus Schulden zu bezahlen. Im übrigen denken wir nicht daran, beim Ende des Krieges darauf zu verzichten, daß unsere Feinde, abgesehen von allem anderen, uns für den materiellen Schaden aufkommen müssen, den sie durch diesen freudlos eingeschalteten Krieg angerichtet haben. (Lebhaftes Zustimmung.)

Die Rechnung für das ablaufende Finanzjahr wird nicht mit einem Hebertrag, sondern voraussichtlich mit einem Uebertrag von etwa 38 Millionen abschließen. (Hört! hört! und lebhaftes Bravo!) Ich muß Ihre Freude aber sofort stiften, denn der Uebertrag ist rein rechnungsmäßig. (Weiterkeit.) Immerhin dürfte der Etat nicht nur äußerlich balanciert werden, sondern auch das innere Gleichgewicht in sich selber tragen. Wir dürfen die beruhigende Gewißheit in uns tragen, daß der Unterlaß, den deutsche Arbeit, deutsche Intelligenz und deutsche Methode geschaffen haben, selbst für eine Welt von Feinden schlechthin unerschöpfbar ist. (Beifall.)

Während die Friedensarbeit weiter geht, fordert der Krieg seine Rechte. Das gigantische Ringen, ohne gleichen in der Weltgeschichte, straft alle Begriffe Lügen, mit denen wir bisher zu rechnen gewohnt waren. Die Millionen der Kriegerheere, die Verluste an Menschenleben, der Verbrauch an Material, der Kummer und das Herzeleid im ganzen Lande, aber auch der Opfermut und die Tapferkeit der ungezählten Millionen sind Verfestigungen, an die sich die Menschen erst gewöhnen müssen. (Sehr richtig!) Das gilt auch für die Finanzen. Wir müssen heute mit Summen rechnen, die geradezu Schwindel erregen können.

### Der Jahresertrag mancher großen Finanzreform wird aufgebraucht durch die Kosten einer einzigen Kriegswoge.

Alle kriegsführenden Großmächte zusammen geben wöchentlich etwa 1 1/2 Milliarden Mark aus. (Hört! hört!) Wir bitten Sie um einen Kredit von 10 Milliarden. Wir sind durchdrungen von der Größe des Opfers und der schweren Last; kein Opfer und keine Last können aber zu schwer sein, wenn es sich um unser Sein und Nichtsein, um Bestand und Größe unseres Vaterlandes handelt. (Lebhaftes Beifall.) Das schwerste Opfer aber ist das deutsche Blut, das die Blüte unserer Jugend täglich vergießt in der schweigenden Selbstverständlichkeit einer heiligen Pflichterfüllung. Wir können nur geloben, alles zu tun, um den Soldaten da draußen ihre Aufgabe zu erleichtern und die Früchte ihres Heldentums zu sichern. Dazu soll auch der neue Kriegskredit dienen. Ich appelliere an Sie, auch dafür zu sorgen, daß niemand sich der patriotischen Pflicht der Beteiligung an der Anleihe entzieht. Der Erfolg der ersten Kriegsanleihe zeigt, daß sich unsere Kreditorganisation besser bewährt als die irgendeines anderen Landes. Hierdurch ist im ganzen Volke das Vertrauen geweckt worden, daß die Bürgerschaft des endlichen Sieges in sich trägt. Aber eine gewonnene Schlacht ist noch kein gewonnener Krieg. Das ganze Volk muß klar sehen, daß dieser Krieg nicht nur mit Blut und Eisen, sondern auch mit Brot und Geld geführt wird. Für diesen Krieg gilt nicht nur eine allgemeine Wehrpflicht, sondern auch eine allgemeine Sparpflicht und eine allgemeine Rahlpflicht. (Zustimmung.) Wer sich dieser Pflicht entzieht, handelt wie der Deserteur. Das deutsche Volk muß in dieser Zeitung leisten, was es irgendwie leisten kann. Wenn jeder seine Pflicht tut, dann wird auch auf diesem Felde der Sieg unser sein. (Beifall.) England und Frankreich haben unsere finanzielle Leistungsfähigkeit unterschätzt, die Kenntnis ausländischer Verhältnisse war ja nie ihre Stärke. Wenn Lord George davon sprach, daß England mit silbernen Äugeln seine Kriege gewinne, so müssen sich Wellington und der Marischall Vorwärts bei dieser Einschätzung ihrer Taten im Grabe umdrehen. Mit dem vielen Geldbeutel allein sind Feldzüge nicht zu gewinnen. Die preussischen Grenadiere, die bei Waterloo zur rechten Zeit Wellingtons Truppen herausgehoben haben, waren silberne Äugeln eine ganz unbekannte Munition. Unsere 42er Geschütze und U-Boote schießen auch nicht mit silbernen Äugeln, sondern mit gutem deutschem Stahl. (Beifall.) Auf englisch lautet das bekannte Wort von Clausewitz, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik sei; die Politik und der Krieg sind die Fortsetzung des Geschäfts. Wir Deutsche sehen im Kriege die härteste, aber auch die erhabenste Größe, die das Schicksal einem Volk zuteil werden lassen kann. Und diese Auffassung ist ein besseres Fundament als alles Gold und Silber der Welt. (Lebhaftes Beifall.) Wir müssen aber auch dem Gegner mit seinen eigenen Waffen ausreichend dienen können. Unser Vorkriegsreichtum und Volkseinkommen in Industrie und Landwirtschaft war bei Kriegsbeginn England gleichwertig, Frankreich überlegen. An dem Maßstab der ausländischen Anlagen gemessen sind wir allerdings ein armes Volk geblieben. Aber es ist falsch, die Wohlstandsumnahme eines Mannes zu beurteilen nach seinem früheren Aufwand. Den inneren Geldmarkt haben bei uns Industrie, Landwirtschaft und Handel stärker in Anspruch genommen als bei unseren ausländischen Konkurrenten. Der Verlauf des Krieges hat demjenigen Recht gegeben, die unser finanzielles Kräfteverhältnis gegenüber unseren Gegnern günstig beurteilten. Unser Bankkonto und unser Staatskredit haben sich weit besser gehalten als die Kreditverhältnisse Englands und Frankreichs. (Der Staatssekretär fährt zum Beweis die bekannten Vergleichszahlen an.)

Dann ein Wort über die Kriegskosten. Die Kriegskosten Oesterreichs stehen hinter den unsrigen zurück, die wie ja genau kennen, und die Türkei hat es von jeher verstanden, ihre Kriege mit einem finanziellen Mindestaufwand zu führen. Natürlich geht es auch da nicht ganz ohne Geld ab. Der notwendige Milieuwirkung dabei wird sich Deutschland auch weiterhin nicht entziehen. (Bravo!) Die Kriegskosten unserer Feinde sind ein gutes Stück größer als die unsrigen und die unserer Verbündeten. Die Kriegskosten Englands zeigen in den letzten Monaten eine so erfreuliche Zunahme (Weiterkeit), daß sie hinter den unsrigen kaum zurückbleiben. Die englischen Kriegskosten werden bis Ende März etwa 9 Milliarden Mark betragen. England ist heute bei einer täglichen Kriegsausgabe von ungefähr 40 Millionen Mark angelangt, eine Differenz, die noch steigen wird. Die Kriegskosten Englands und Frankreichs werden das Doppelte der Kriegskosten Englands ausmachen. Wie sollen die kriegsführenden Staaten diesen gewaltigen Anforderungen gerecht werden? Die Mittel der Finanzierung eines modernen Krieges sind erstens die Aufnahme von Anleihen, zweitens die Konsumreduktion der Kriegsverweigerer und drittens die Verminderung der Ausgaben sowie Steuererhöhen. Zu neuen Steuern hat sich in großem Umfange bisher nur England entschlossen, Rußland hat sogar seine stärkste Einnahme, das Alkoholmonopol, abgekauft.

England folgt mit der Einführung der Steuererhöhung einer alten an sich gesunden Tradition. Aber auch durch die höchste Steuererhöhung können doch nur wenige Prozent der gewaltigen Kriegsausgaben gedeckt werden. Dies behält uns in unserer Haltung, von der Einbringung von Kriegsteuervorlagen zuerst noch abgesehen, solange nicht eine dringende Notwendigkeit dazu vorliegt. Auch halten wir an der Hoffnung fest, die Rechnung für unsere Kriegsausgaben beim Friedensschluß unseren Gegnern präsentieren zu können. (Bravo!) Die Konsumreduktion der Kriegsverweigerer wird nur als zeitweises Ausnahmemittel benutzt werden können. Mit unserer ersten Kriegsanleihe haben wir einen großen Erfolg erzielt und auch die verdauliche Donamonarchie kann einen ansehnlichen Erfolg ihrer Kriegsanleihe vom November verzeichnen. (Bravo!) Das beweist, daß unsere Gegner nicht nur die deutsche, sondern die Finanzkraft Oesterreich-Ungarns ganz bedeutend unterschätzt haben. England hat im November eine Anleihe in der formidablen Höhe von 7 Milliarden ausgegeben. Es hat alles getan, um ihr den Erfolg zu sichern. Die Bank von England ist mit bisher beispiellosen Erleichterungen den Notenbanken gegenüber für die Zeichnung der Anleihe vorangegangen. Wenn also England behauptet, daß der Erfolg unserer Kriegsanleihe durch die Rückwirkung der Darlehenslassen ein künstlicher sei, können wir mit viel größerem Recht behaupten, die Bank von England habe der englischen Kriegsanleihe zu einem Scheinverfolg verholfen, der Kurs unserer Kriegsanleihe hat sich zeitweise über pari gehoben und wir können unsere zweite Anleihe mit einem um 1 Proz. höheren Emissionskurs herausgeben.



Dagegen hat die englische Anleihe ihren Ausgabekurs nicht behaupten können. Und während Lord George feierlich erklärte, vor dem nächsten Juli werde ein weiterer Appell an das Publikum zur Finanzierung des Krieges nicht nötig sein, kündigt er jetzt eine neue Anleihe für die Zeit gleich nach Ostern an. (Hört! hört!) Russland und Frankreich haben bisher nicht verstanden, eine einheitliche große Finanzoperation zur Deckung ihrer Kriegskosten in die Wege zu leiten. Bei Russland hat das niemand übersehen, dagegen hatte Frankreich bekanntlich kurz vor dem Kriegsausbruch eine dreieinhalbprozentige Anleihe von 800 Millionen herausgebracht, die angeblich vierzigfach überzeichnet sein sollte. Nach Kriegsausbruch war aber ein großer Teil der Zeichner nicht in der Lage, die nötigen Einzeichnungen zu leisten. Der Plan einer gemeinsamen Anleihe von Frankreich, Russland und England ist inzwischen an dem Widerstand Englands gescheitert. (Hört! hört!) Englands finanzielle Rüstung hat seit einiger Zeit angefangen, einen schwachen Punkt zu zeigen; das ist der seit November eingetretene Rückgang des Goldbestandes der Bank von England, während bei uns Woche für Woche Millionen neuen Goldes der Reichsbank zuströmen. Allerdings ist die absolute Höhe des Goldbestandes noch kein Beweis für die Leistungsfähigkeit einer Nation. Aber für unsere gute finanzielle Lage spricht außerdem die Zunahme der Einlagen bei allen Großbanken und bei den Sparkassen um 900 Millionen Mark. (Hört! hört!). Die französischen Sparkassen haben dagegen eine Abnahme der Einlagen um 120 Millionen Francs zu verzeichnen. (Hört! hört!) Der Grund ist, daß unsere Volkswirtschaft sich in geradezu wunderbarer Weise dem Kriege angepaßt hat und daß die großen Ausgaben des Reiches ausschließlich dem inneren Markt zugute kommen. Es liegt hier ein wohlthätiger und gesunder Kreislauf vor. Wichtig ist, daß der Stand unseres ausländischen Wechselkurses schlecht war und viele Neutrale kopfschüttelten. Hier muß für die richtige Auffklärung gesorgt werden: Die Entwicklung des ausländischen Wechselkurses steht nämlich in gar keinem Zusammenhang mit der inneren Stärke unserer finanziellen Kraft, sondern beruht lediglich auf gewissen technischen Momenten unseres ausländischen Verkehrs.

Jedenfalls ist es uns bisher gelungen, den gewaltigen finanziellen Anforderungen des Krieges viel besser zu genügen als die mächtigsten unserer Feinde. Wir verdanken diesen Erfolg in der Hauptsache dem allgeröchtesten Phänomen, das uns der Krieg gesiegt hat, der Anpassungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft an die gänzlich veränderten Verhältnisse. Wir hatten vor dem Kriege einen Außenhandel von über 20 Milliarden und müssen jetzt ohne diesen Handel auskommen. Vor allem der gefährlichste unserer Feinde, England, hatte seine Hoffnung auf diese Unterbindung unseres Außenhandels gesetzt. Aber die Engländer hatten übersehen, daß Deutschlands Kräfte ausreichen, um dem deutschen Volksvölker Nahrung zuzuführen, und daß das deutsche Volk Opfermut genug besitzt, um kleine Einschränkungen willig zu tragen. Wir sind umgeben von einer Welt von Feinden. Solange uns aber unser eigener Boden bleibt, solange wird es keiner Hunger- und Erdbebenpolitik gelingen, uns die Lebensmittel abzuschneiden. (Beifall.) So ist es uns z. B. gelungen, Stickstoffdünger, den wir bisher aus dem Ausland beziehen mußten, binnen weniger Monate durch unsere einheimische Industrie herzustellen. (Beifall.) Das soll uns erst einmal ein Volk nachmachen. Unsere Feinde haben uns den Hunger- und Vernichtungskrieg angefangen. Wir wollen uns des Ernüts der dem deutschen Volk auferlegten Prüfung nicht bewußt sein und jeder muß sich als Kampfer fühlen. (Beifall.) Zeigen wir uns unseren braven Soldaten draußen ebendünig an Mut und Selbsterleugnung, an Pünktlichkeit und Disziplin; fähig wir uns mit ihnen als ein Volk, dann kann der Lohn nicht ausbleiben. Dann werden wir durchhalten bis zum vollen Siege, bis zum ehrenvollen Frieden und bis zu dem Siegespreis, der dieser ungeheueren Opfer wert ist. Dann wird das deutsche Volk vor dem Weltgericht stehen und die Zukunft wird uns gehören. (Stürmischer Beifall.)

#### Abg. Haase (Soz.):

Der Gedanke, von dem die sozialdemokratische Fraktion bei dem Kriegsausbruch geleitet wurde, geht dahin, daß es unsere Pflicht ist, alles zu tun, um das eigene Land zu verteidigen. (Beifall.) Dieses Bestreben wird nicht durchkreuzt, sondern gefestigt durch öffentliche Kritik, wo sie geboten ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Fraktion hat niemals daran gedacht, für ihre Abstimmungen am 4. August und 2. Dezember irgendeine Gegengabe zu fordern. Für sie ist die Volksvertretung kein Handelsgeschäft. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir können es aber nicht billigen, daß die Regierung einem Reichstage, der im achten Monat eines die Welt erschütternden Krieges zusammentritt, im wesentlichen nur den Etat vorlegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alles übersteigende Opfer hat das Volk bisher gebracht und werden täglich gebracht von unseren Brüdern im Felde, die stündlich dem Tode ins Auge sehen. Mit fast übermenschlicher Kraft tun sie ihre harte Pflicht. (Zustimmung), alle ohne Unterschied in gleicher Weise. Da darf sich die Regierung nicht länger der Aufgabe entziehen, dafür zu sorgen, daß

den gleichen Pflichten auch die gleichen Staatsbürgerrechte entsprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Un-erträglich ist es, daß noch immer nicht alle Staatsbürger ohne Unterschied der Klasse, der Partei, der Konfession, der Nationalität volle Gleichberechtigung haben. Die Organisationen der Arbeiter haben aus ihren Mitgliedern über 20 Armeekorps gestellt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Kriege und daheim haben sie, wie die Regierung selbst anerkannt hat, Großes geleistet. Und da soll eine Reichstagsagung vorübergehen, ohne daß die gegen diese Arbeiter gerichteten ausnahmegesetzlichen Bestimmungen des Koalitionsrechts beseitigt werden? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen die Gleichberechtigung auf allen Gebieten, und zwar nicht als Lohn für die gewaltigen Opfer, sondern als Erfüllung eines längst unabweisbar gewordenen Anspruchs. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unausgesetzt wird hervorgehoben, wir müßten dafür sorgen, daß die Stimmung unserer Brüder im Felde, die im Ertragen von Entbehrungen und Leiden Bewunderungswertes leisten, nicht herabgedrückt wird. Wer das aber will, der hat in erster Linie dafür zu sorgen, daß unsere Brüder, wenn sie heimkommen, auch nicht einen Tag in Reich, Staat und Gemeinde Bürger milderer Rechte sind. Nichts kann die Masse unseres Volkes schwerer verletzen, als das Bewußtsein, daß die, die infolge des Krieges in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt worden sind, wegen verringerten Einkommens zu Staatsbürgern niederen Grades gestempelt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Für Klassenwahlrechte darf in Deutschland kein Platz mehr sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung mit taikräftiger Initiative dahin strebt, so wird sie, gestützt durch die große Mehrheit des Volkes, alle Hindernisse überwinden, die ihr dabei im Wege stehen. Und je rascher und entschiedener sie vorgeht, um so rascher wird sie ans Ziel gelangen. Einiges könnte sofort ohne parlamentarische Erörterungen erreicht werden, wenn der Bundesrat nur den vom Reichstag längst mit Mehrheit gefassten Beschlüssen zum Reichsvereinsgesetz beitreten wollte. Wir leben aber mit steigendem Unmut, wie selbst errungene Freiheiten auf dem Gebiete des Reichsvereinsgesetzes eingeschränkt und ver-

nichtet werden. Wir werden Anträge nach dieser Richtung stellen. Verhält sich die Regierung abwartend oder ausweichend, so werden die aus dem Felde heimkehrenden Brüder mit den Daheimgebliebenen stürmisch ihr Recht fordern. Wir dürfen uns darüber keiner Täuschung hingeben, daß der Kampf um die Volksrechte und um die Demokratisierung unserer Staatsoberhäupter nachdrücklicher denn je geführt werden wird, wenn das Blut und die Gesundheit von Hunderttausenden für den Schutz des Vaterlandes hingegeben worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der herrschende Zustand kann sich nicht auf die Verfassung berufen, denn nach der Verfassung darf der Kriegszustand nur solange und insofern erklärt werden, als die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiet bedroht ist. Es dürfte aber kaum einen Menschen geben, der die Behauptung wagen wird, daß im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit gefährdet sei. Vergeblich haben wir auf die bei Ausbruch des Krieges angekündigte Aufhebung des Belagerungszustandes gewartet, die Beschränkungen haben vielmehr noch zugenommen und im Volke eine

#### Erbitterung

erzeugt, von der die herrschenden Kreise auch nicht einmal eine Vorstellung zu haben scheinen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In verschiedenen Bezirken werden Versammlungen nur gestattet, wenn das Manuskript des Redners Gnade vor der Zensur findet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wie wird die Zensur gehandhabt? Wir haben Zensoren, die sich nie mit Politik beschäftigen, kein Verständnis für sie haben, von denen aber das Schicksal politischer Versammlungen und von Zeitungen abhängt. Es spottet in der Tat jeder Beschreibung, aus welchen Gründen Zeitungen unterdrückt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus der Fülle der Beispiele, auf die wir in der Budgetkommission zurückkommen werden, sei nur eines aus jüngster Zeit hervorgehoben. In der „Königsberger Volkszeitung“ vom 22. Februar 1915 wird der Sieg in Rasuren in den lebhaftesten Farben beschrieben; es wird die geniale Strategie Hindenburgs gefeiert und daneben hervorgehoben, daß zu dem militärischen Erfolge auch die Verschaffenheit der Truppen beigetragen hat, auf die das Koalitionsrecht nicht ohne Einfluß war. Es wird gesagt: „Nicht nur siegte Hindenburg über Nikolai Nikolajewitsch, sondern auch das allgemeine Stimmrecht und das Koalitionsrecht triumphten über den Absolutismus.“ Es hätte nicht gewundert, wenn der Verfasser ein Anerkennungs schreiben bekommen hätte. Statt dessen wurde das Blatt

#### auf drei Wochen verboten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da muß einem in der Tat der Gedanke kommen, daß man den russischen Absolutismus nicht mehr angreifen und im Gegensatz zu ihm die gesellschaftlichen Einrichtungen unseres Reiches, das allgemeine Stimmrecht und das Koalitionsrecht und dessen Wirkungen nicht mehr loben darf! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erkenne an, daß die Zentralinstanz des Reiches in diesem Fall wie in anderen Fällen vermittelnd eingegriffen. Aber der Schaden ist damit nicht gutgemacht. Die freie Meinungsäußerung hat einen Schlag erhalten! Den Zensoren scheint zum Teil auch das Bewußtsein zu fehlen, daß das Verbot einer Zeitung meist unwiederbringlichen materiellen Schaden bedeutet und eine Reihe von Personen erwerbslos macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In letzter Zeit hat die Zensur die Wiedergabe der Rede des Abg. Wurm im Berliner Rathause über die Kartoffelfrage verboten und in Breslau hat die Präventivzensur es sogar gewagt,

#### die Wiedergabe einer Parlamentärsrede zu hindern.

(Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Eingriff in die Rechte des Parlamentes wird sich, davon bin ich überzeugt, keine Volksvertretung gefallen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So wie der Burgfrieden proklamiert ist, sollen nur politische Kämpfe gegen andere Parteien und Konfessionen in gebäffiger, persönlich verletzender Form vermieden werden. Das darf aber nicht zur Verleugnung der Grundsätze führen. (Zustimmung.) Es wäre geradezu ein Unglück für das Volk, wenn der Burgfrieden ein Kirchhoffrieden wäre. (Sehr wahr!) Als der „Vorwärts“ verboten war, hat der Zensur ausdrücklich zugestanden, daß auch im Zeichen des Burgfriedens jedes Blatt alle Geschehnisse im öffentlichen Leben und in der Welt im Lichte seiner Anschauungen erörtern kann. Nur unter diesem Vorbehalt hat der „Vorwärts“ erklärt, daß er das Thema: Klassengegensatz und Klassenkampf nicht berühren werde. Damit hat der „Vorwärts“ nur gesagt, daß er einen gefährlichen Kampf nicht führen werde, was er übrigens schon vor dem Verbot nicht getan hat. Wird nun den Zeitungen dieser Spielraum auch wirklich gewährt? Keiner wird das behaupten können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Woche für Woche erliegen sich Maßregelungen, gestern noch wurden in Berlin Frauenversammlungen verboten — ein Verfahren, das die gleiche Kritik herausfordert, wie ich sie vorhin übte.

#### Der Reichstagskanzler will, daß das deutsche Volk ein freies Volk

werde. Der geschilderte Zustand ist aber eines freien mündigen Volkes unwürdig und bedarf dringend der Beseitigung. Einem freien Volk gebührt die freie Rede. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ganz besonders erforderlich ist dies, sobald der Krieg seinem Abschluß entgegensteht. Das deutsche Volk darf sich nicht ausschalten lassen, wenn die Schicksalsfragen seiner Zukunft entschieden werden. Es hat dabei mitzureden und an der Vorbereitung mitzuwirken. (Lebhafte Zustimmung.) In allen Ländern läßt das Grausen des Krieges den Wunsch stärker werden,

#### dem schrecklichen Gemetzel der Völker ein Ende zu bereiten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dies auszusprechen ist kein Zeichen der Schwäche und kann am wenigsten bei uns so gedeutet werden, denn unsere militärischen Erfolge sind unbestreitbar, unser Wirtschaftsleben hat sich, durch den Krieg angeleitet, in überraschender Weise entwickelt, unsere Finanzen haben sich gefestigt. Gerade der Starke darf zuerst Frieden verlangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Meine Partei als Vertreterin des internationalen Sozialismus ist stets die Partei des Friedens gewesen und sie weiß, daß die Sozialisten der anderen Länder ebenso denken. Unser Wunsch ist ein dauerhafter Frieden, der nicht die Kräfte neuer Verwicklungen und neuer Wirtztrakt entzählt. Es soll erreicht werden, daß kein Volk ein anderes vergrößert, daß vielmehr alle Völker ihre friedliche Aufgabe in dem Austausch ihrer Kulturgüter erblicken. Der Wahn, als ob das deutsche Volk vernichtet werden könnte, ist zerstört. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unser Volk ist so wenig zu vernichten wie ein anderes, das mit aller Kraft seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit verteidigt. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bis das blutige Ringen zum Abschluß gelangt, haben wir im Innern die große Aufgabe, auf jeden Fall die Ernährung unseres Volkes sicher zu stellen. Unser Volk kann durch Hunger nicht auf die Anie gezwungen werden, das ist unsere volle Ueberzeugung. (Sehr wahr!) Es muß nur ohne Rücksicht auf Sonderinteressen die Ernährung reguliert werden. Vieles ist versäumt worden, diesen Vorkurs können wir der Regierung nicht ersparen. Meine Fraktion hat schon Mitte August und seitdem fortwährend die Regierung auf die für diesen Zweck erforderlichen Maßnahmen hingewiesen. Rechtzeitige Beschlagnahme des Getreides hätte die Ernährung des Volkes schon früher gesichert, nicht erst zu einer Zeit, wo die Vorkurspreise weit über die Koalitionspreise von 1891 gestiegen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die rechtzeitige Abschichtung und Konfiskierung großer Mengen von Schweinen hätte erhebliche Quantitäten Kartoffeln für die Volksernährung gesichert. Der unselige Gedanke, durch Erhöhung der Kartoffelpreise auf spärlichen Haushalt hinzuwirken, verdient die schärfste Zurückweisung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufgabe der Regierung ist vielmehr, die Kartoffeln zu sichern und

#### zu mäßigen Preisen

an die Verbraucher abzugeben. Jetzt darf kein Interesse dem der konsumierenden Bevölkerung vorangehen. Wer in wucherischer Absicht Nahrungsmittel zurückhält, ist rücksichtslos zu bestrafen und der allgemeinen Verachtung preiszugeben. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In einer Zeit, da die Kräfte des Volkes auf den Schlachtfeldern verbluten, ist es mehr als je unsere Pflicht, zu verhindern, daß die zurückgebliebene Bevölkerung durch Unterernährung verflummet, mehr denn je unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein gesundes und starkes Geschlecht heranwächst. (Sehr wahr!) Für diese Maßregeln ist es außer der Wochenbeihilfe usw. vor allem notwendig, zu erschwinglichen Preisen dem gesamten Volke, insbesondere seinem armen Teile, Nahrung zu schaffen. Die Steigerung der Preise, die auf keinen Fall ganz zu vermeiden ist, macht eine Erhöhung der Unterstützungsgelder zur gebieterischen Pflicht, ebenso wird das Gesetz über die Versorgung kriegsverlester Militärfamilien und der Hinterbliebenen abgeändert werden müssen. Alles weitere werden wir in der Budgetkommission besprechen, erforderlichenfalls in der zweiten Lesung des Etats. Die enormen Ausgaben, die dem Reich erwachsen, fordern ergiebige Einnahmequellen. Es ist nicht unbillig, daß diejenigen, die in dieser Zeit der Not ihr Vermögen vermehren,

#### einen großen Teil dieses Zuwachses an das Reich abgeben.

(Zustimmung links.) Der Schatzsekretär wird gewiß gern das für diesen Zweck sehr geeignete Besitztumergesetz einer näheren Prüfung unterziehen. Verbittern müßte es wirken, wenn Spekulanten und Lieferanten, die aus der Not des Volkes Gold gemünzt haben, ungeschoren davon kommen sollten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Noch nie hat der Reichstag in so schwerer Zeit seine ordentliche Tagung gehabt wie jetzt. Er hat große Aufgaben vor sich. Wir werden uns darum bemühen, daß eine wirksame und erfolgreiche Arbeit geleistet wird, damit die Aufgaben einer gedeihlichen Lösung entgegengehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Dr. Spahn (Z.):

Im Namen der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen habe ich mich gegen einige Bemerkungen des Vorredners zu wenden, vor allem gegen seine Bemerkungen über den Frieden, die im Ausland zu Mißverständnissen führen könnten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Solche Mißverständnisse sind gar nicht möglich!) Wir führen den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern um des Friedens willen, aber das muß ein Friede sein, der mehr als bisher der deutschen Arbeit und dem deutschen Unternehmungsgeist die gedeihliche Entwicklung sichert und der dem Vaterlande einen dauernden Schutz und die Gewähr seiner Größe bietet. (Lebhafte Zustimmung.) Die Erreichung dieses Zieles erfordert weitere siegreiche Kämpfe, die mit aller Kraft bis zum Ende auszufechten das deutsche Volk fest entschlossen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

#### Abg. Dr. Seyda (Pol):

Soweit wir den folgenden Etat übersehen können, enthält er keine Positionen, gegen welche wir prinzipielle Bedenken zu erheben hätten. Wir fühlen indes das Bedürfnis, auch im gegenwärtigen Augenblick unser früheres Verlangen zu wiederholen, daß sämtliche Ausnahmegesetze im Reich und in den Bundesstaaten schon während des Krieges aufgehoben werden. (Sehr richtig! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Wir behalten uns vor, im Laufe der weiteren Beratungen darzulegen, daß dies Verlangen nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch dem eigensten Interesse des Reiches entspricht. (Beifall bei den Polen.)

#### Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Abg. Dr. Seyda wünscht die Aufhebung von Ausnahmegesetzen, die sich gegen deutsche Staatsbürger polnischer Zugehörigkeit. Wir ist kein Reichsgesetz bekannt, das die Rechte dieser Bevölkerung beeinträchtigt, es sei denn der § 13 des Reichsvereinsgesetzes. Ich habe bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler und die Verbündeten Regierungen zweifellos anerkennen, daß die großen Ereignisse des Krieges eine Prüfung notwendig machen werden, wie weit unsere innere Politik einer Neuorientierung bedarf. (Hört! hört!), aber wir haben auch wiederholt die Meinung ausgesprochen, daß eine solche Prüfung nicht angängig ist während des Krieges.

(Sehr richtig! rechts.) Das ist nicht angängig, weil wir Diskussionen über Differenzen ausschalten wollen, die nicht im Interesse des Vaterlandes liegen würden, solange unsere Heere an den Grenzen kämpfen. In diesem Grundhau müssen die Verbündeten Regierungen festhalten. Damit komme ich zu den Ausführungen des Abg. Haase, die ich bedauernd (Lebhafte Zustimmung rechts) und die nach meiner Auffassung nicht geeignet sind, den Burgfrieden zu fördern, den zu halten niemand mehr bestrebt gewesen ist als die Regierung. (Ra! Ra! bei den Sozialdemokraten.) Diese Ausführungen sind auch geeignet, im Lande und jenseits unserer Grenzen Auffassungen über das Verhalten und die Gesinnung der Regierung zu verbreiten, die in den Tatsachen nicht begründet sind. Auch der Abg. Haase hat allgemein die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen bestimmte Volkskreise verlangt, speziell in bezug auf das Koalitionsrecht. Es ist mir nichts bekannt, daß das Koalitionsrecht durch Ausnahmegesetze beschränkt wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben diese Gesetze, die die Freiheit des einzelnen beschränken, jede Verfassung beruht auf der Beschränkung der persönlichen Freiheit des einzelnen im Interesse des Ganzen, aber wir haben kein Gesetz zur Beschränkung der Freiheit eines bestimmten Volksteils. Insofern sind die Ausführungen des Abg. Haase unbillig und ich weise sie mit aller Entschiedenheit zurück. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Um auch nach außen hin den Eindruck zu verwickeln, als wenn im Deutschen Reich derartige Ausnahmegesetze beständen. Wohl gibt es in der Verwaltungspraxis Verschiedenheiten in der Meinung darüber, wie ein Gesetz zu handhaben sei, ich möchte aber ausdrücklich feststellen, daß nicht nur die Reichsleitung, sondern auch die Regierungen der Einzelstaaten während des großen Krieges bemüht gewesen sind, durch die Handhabung der Gesetze zu beweisen, daß ihnen alle Parteien gleich nahe stehen und daß sie sich voll bewußt



find der Verpflichtungen gegenüber einem Volke, das mit solcher Einigkeit und Größe an den Grenzen für die Sicherheit des Vaterlandes kämpft. (Beifall.) Daran werden wir festhalten. Der Abg. Haase sagte, die verfassungsmäßige Freiheit werde beschränkt. Das ist nicht der Fall. Die Beschränkung der Freiheit des einzelnen, der Presse und der Vereine in gewissen Grenzen während des Kriegszustandes ist ein vorübergehender und verfassungsmäßig vorgehender Zustand. Man kann bei einem Krieg gegen vier Fronten das Vereinsrecht und die Freiheit der Presse nicht in dem vollen Umfange wie im tiefsten Frieden aufrecht erhalten. Wir müssen verhindern, daß Auslassungen, die das Vaterland schädigen können, über die Grenzen hinausgehen und dort in der ihnen genügend bekannten Weise von unseren Feinden entstellt und gemißbraucht werden, um die neutralen Völker gegen uns aufzuheizen. Unter diesem Gesichtspunkt wird der Belagerungszustand aus wohl-erwogenen Gründen aufrechterhalten. Damit hört die Verantwortung des Reichstages auf. Er ist dafür verantwortlich, daß der Belagerungszustand nicht länger aufrechterhalten wird, als die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Was aber die Militärbehörden, in deren Hand die vollziehende Gewalt während des Belagerungszustandes liegt, während des Belagerungszustandes tun, entzieht sich verfassungsmäßig dem Einfluß des Reichstages und der Kritik dieses Hauses. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Haase hat selbst darauf hingewiesen, daß bei Differenzen die Reichsleitung mit Erfolg vermittelnd hat. Das beweist, daß der Reichsleitung nichts ferner liegt, als die Freiheiten des Volkes über das notwendige Maß zu beschränken und daß auch die militärischen Instanzen von demselben Bestreben geleitet sind. Nichts ist unrichtiger, als wenn man im Ausland die Auffassung aufkommen läßt, daß bei uns ein Schreckensregiment herrscht. Die Meinungsfreiheit der Presse in den Fragen der Lebensmittelversorgung ist nicht beschränkt worden. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) In der Besprechung der Maßnahmen meines Ressorts hat volle Meinungsfreiheit geherrscht. Die Beschränkungen der Presse sind ganz gleichmäßig für die Organe aller Parteien gehandhabt worden. Auch hier kann also in keiner Weise von Ausnahmegeetzen gesprochen werden. (Sehr richtig!)

In der Kommission wird Gelegenheit sein, einzelne Wünsche näher zu erörtern. Eine Reihe von Wünschen des Abg. Haase halte ich für absolut diskutabel, sie sind auch Gegenstand der Erörterung und Erwägung bereits in den Kreisen der Regierung und auch anderer Fraktionen, wie ich weiß, gewesen. Als ich von dem Verhalten der Regierung während der Dauer des Krieges sprach, wurde mir aus den Reihen der Freunde des Abg. Haase zugerufen: „Und was soll machbar werden?“ Ich habe schon dem Abg. Sebda gegenüber erklärt: Die Verbündeten Regierungen sind von der Notwendigkeit und Verpflichtung überzeugt, nach Beendigung des Krieges zu prüfen, inwieweit zu einer Renorientierung unserer inneren Politik Veranlassung vorliegt. Es ist im preussischen Abgeordnetenhaus geäußert worden, daß man diese Erklärung der Regierung ernst nehmen müsse, daß ihr die Verpflichtung obliegt, die in dieser Beziehung gegebenen Versprechungen auch nach dem Kriege einzulösen. Wenn die anderen Parteien zu einer solchen Haltung der Regierung Vertrauen haben, so kann die Regierung in dieser ersten Zeit auch verlangen, daß von ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) ihr das gleiche Vertrauen entgegengebracht wird, denn nur wenn dies Vertrauen besteht, sind wir in der Lage, den Krieg so zu Ende zu führen, wie wir das wollen, das heißt zu einem Siege, der uns vor ähnlichen Neberfällen sichert, der uns die Möglichkeit gibt, die Früchte unseres Sieges und unserer Betriebsamkeit in Zukunft zu ernten, ohne daß man sie uns in der Weise streitig macht, wie das jetzt geschieht. (Bravo!)

Damit schließt die erste Lesung des Etats; er wird der verstärkten Budgetkommission überwiesen.

Die nächste Sitzung beraumt Präsident Dr. Kaempf an auf eine halbe Stunde später, 6 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung: Stickstoffmonopol.

Schluss: 5 Uhr.

(5. Sitzung, Nachmittags 6 Uhr.)

Am Bundesrat: Dr. Delbrück. Das Stickstoffmonopol wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Das Kontrollgesetz und ein Gesetz über die Herausgabe von 10-Mark-Scheinen gehen an die Budgetkommission.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Dr. Kaempf beraumt die nächste Sitzung an auf Donnerstag, den 18. März, nachmittags 2 Uhr, und erhält die Ermächtigung, die Tagesordnung je nach dem Verlauf der Kommissionssitzungen festzusetzen.

Schluss: 6 1/2 Uhr.

## Politische Uebersicht.

### Demokratie und Militarismus.

Professor Dr. E. Sieper veröffentlicht im „Berliner Tageblatt“ den Brief einer „der politisch einflussreichen sozialen Oberschicht in Amerika“ angehörenden deutschfreundlichen Dame, die unter anderem schreibt:

„Was hier vor uns ist, ist ein gutes, kurzes Buch... das ein demokratisches Deutschland schildert, was sich ja auf der Basis unserer sozialen Gesetzgebung tun ließe. Der Militarismus ließe sich ja doch auch als demokratische Institution vortragen, die zur Landesicherheit notwendig ist. Kurz, es müßte ein Buch sein, das die Amerikaner in angemessener, großzügiger Weise über Deutschland belehrt, ohne agareißig zu sein. Dadurch würde der Schaden, den die Bernhardischen Schriften, die hier von der englischen Regierung in Hunderttausenden von Exemplaren in Amerika einbüden verbreitet und von den Zeitungsjungen verkauft werden, einermöglichen wieder gutgemacht.“

Prof. Sieper hält diesen Vorschlag für sehr beachtenswert. Auch er hält es für notwendig, der „schädlichen Wirkung der Bernhardischen Schriften“ entgegenzutreten und glaubt, daß dies dadurch geschehen könne, indem den Amerikanern „ein klares Bild von der Gesetzgebung, zum Beispiel auf sozialem Gebiet, und auch der militärischen Verfassung der Deutschen“ gegeben werde. Die Redaktion des „Berl. Tageblatts“ schickt diesen Erörterungen die Bemerkung voraus, daß „unseres Erachtens eine Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands in freier, heilichem und fortschrittlichem Sinne das beste Propagandamittel“ sein und besser als alle Aufklärungsschriften wirken wird“. Das ist auch unsere Meinung.

### „Burgfrieden“ in Permanenz.

Am 28. Februar fand unter Vorsitz Prof. Dr. Kahls im Reichstagsgebäude eine Zusammenkunft von etwa 70 Personen statt, die die Gründung einer „Freien Vaterländischen Vereinigung“ beschloß. Der jetzt zur Verlesung gelangten Erklärung dieser neuen Vereinigung entnehmen wir folgendes:

„Wir wissen nicht, wann der Krieg beendet sein wird. Aber das Ende des Krieges, wann auch immer es eintreten mag, darf nicht aus das Ende der aus ihm erwachsenen inneren Einheit unseres Volkes bedeuten. Der Friede wird vieles wieder aufbauen müssen, was der Krieg zerstört hat; er darf nicht gestören, was der Krieg geschaffen

Um das zu verhindern; um uns die große innere Errungenschaft dieses Krieges zu erhalten; um uns dagegen zu sichern, daß die Sonderinteressen der einzelnen, der politischen Parteien, der religiösen Richtungen, der Berufe, Stände und Klassen das Gemeinschaftsgefühl ungebührlich zurückdrängen und die gemeinschaftliche Arbeit erschweren, haben wir uns — in der Erwartung des Anschlusses gleichgesinnter Männer aus dem ganzen deutschen Vaterlande — zu einer Freien Vaterländischen Vereinigung zusammengetan.“

Von den Zielen der „Freien Vaterländischen Vereinigung“ heben wir folgende hervor:

1. Dem Deutschen darf niemand in der Welt näher stehen als sein Reichsgenosse. Wer sich dazu bekennt, hat auf die rückhaltlose Anerkennung seiner nationalen Gefinnung Anspruch. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das geltende Recht einer Durchsicht zu unterziehen.

2. Unbeschadet der durch Natur und Kultur gegebenen Gemeinschaftsaufgaben der Völker und Staaten ist die Geschlossenheit des deutschen Volkstums stärker zu betonen und durchzuführen, die Heberschätzung ausländischer Art abzustellen, Betätigung deutschen Wesens in allen seine Erscheinungsformen zu pflegen.

3. Alle Völker sind nicht nur verfassungsmäßig, sondern auch tatsächlich den für sie geistig und sittlich Befähigten zugänglich zu machen. An den Gaben der Wissenschaft und Kunst ist allen Kreisen eine gesteigerte Teilnahme zu ermöglichen.

4. Das Verhältnis zwischen der Regierung und Volksvertretung in der inneren wie der äußeren Politik ist mehr als bisher auf Offenheit und Vertrauen zu gründen, und dadurch die Arbeit beider zu heben, zu entlasten und zu vereinfachen.

Man darf gespannt sein zu erfahren, wie die neue Vereinigung diese in ihren negativen Wirkungen recht gut bekannten, in ihren positiven Erwartungen aber sehr schleierhaften Ziele zu verwirklichen gedenkt.

### Vergebliche Liebesmüh!

Die Ergebnisse der Etatberatung im preussischen Abgeordnetenhaus befriedigen nicht einmal die nationalliberale Partei. Ihr Organ, die „Nationalliberale Korrespondenz“, schreibt ärgerlich über den Mangel an Verständnis seitens der Regierung:

„Freudige Genugtuung weckt im Gegensatz zu Liebesmüh die Rede des Herrn Haenisch zum Kultubetat mit seinem unbedingten Bekenntnis zur vaterländischen Sache. Der Kultusminister, der nach Herrn Haenisch sprach, verstand die Günst der Stunde nicht. Mit der nichtsagenden Bemerkung, daß er manchen Äußerungen zustimmen könne, manchen wieder nicht, und daß man später wieder die Mängel freizugehen werde, glied er über das vaterländische Bekenntnis Haenischs hinweg. Ein Minister, der, ohne sich etwas zu vergeben, in dieser von allen im Sitzungssaale Anwesenden als denkwürdig empfundenen Stunde es verstanden hätte, über die Parteigrenzen hinweg und Meinungsverschiedenheiten hinweg in die dargebotene Hand einzuschlagen, wäre nicht nur der Vollständigkeit sicher gewesen, sondern hätte der großen vaterländischen Sache einen Dienst erwiesen. Aber Ressortbeherrschung ist ja schließlich mehr als beste Vollständigkeit. Für Herrn von Trost zu Solz ist eben auch Herr Haenisch nur ein Sozialdemokrat, genau wie Herr Liebesmüh, nur mit dem Unterschied, daß ihm der letztere geringeres ästhetisches Vergnügen bereitet.“

Genosse Liebesmüh wird sich schon darüber hinwegzusehen wissen, daß er dem Kultusminister „geringeres ästhetisches Vergnügen“ bereitet, als der Genosse Haenisch. Im übrigen verzeichnen wir die Äußerung des nationalliberalen Organs als Beweis dafür, daß sich sogar die „Realpolitiker“ der nationalliberalen Partei der Tatsache nicht zu verschließen vermögen, daß im preussischen Abgeordnetenhaus selbst das wärmste „vaterländische Bekenntnis“ keinen Deut an den bestehenden Verhältnissen ändert.

### Die Arbeit des Reichstages.

Wolffs Telegraphen-Bureau meldet: Der Seniorenkonvent des Reichstages trat vor Beginn der Plenarsitzung zu einer Besprechung der Geschäftslage zusammen und einigte sich dahin, zu zwei Sitzungen stattfinden zu lassen. In der ersten soll der Reichshaussekretär den Etat einbringen, dann der sozialdemokratische Abgeordnete Haase als Sprecher seiner Fraktion und hierauf der Zentrumsabgeordnete Dr. Spahn als Sprecher der bürgerlichen Parteien das Wort erhalten. In der zweiten Sitzung soll auf die Tagesordnung gesetzt werden: Stickstoffvorlage und sozialdemokratische Anträge, die den Kommissionen zu überweisen sind. Ferner fanden die Wahlen zur verstärkten Budgetkommission (36 Mitglieder) und zur Stickstoffkommission (21 Mitglieder) statt. Das Plenum des Reichstages soll sich bis zum 18. d. Mts. vertagen, die Zwischenzeit soll den Kommissionen zu ihrer Arbeit zur Verfügung stehen. Am 24. d. Mts. hofft der Reichstag den Etat verabschieden zu können, um sich alsdann bis zum 18. Mai zu vertagen. Die Berichterstattung über die verstärkte Budgetkommission wird amtsich sein.

### Frische Kartoffeln ins Brot.

Das Reichsamt des Innern ersucht die Bundesregierungen, darauf hinzuwirken, daß nach Möglichkeit die frischen, ungetrockneten Kartoffeln ins Brot verboden werden möchten, die Kartoffelfabrikate aber zu sparen. Es soll damit erreicht werden, die im Frühjahr durch häuslich lebhafter einziehenden Verluste an Kartoffeln herabzumindern.

### Stickstoff-Handelsmonopol.

Dem Reichstag ist ein „Ermächtigungsgesetz zur Einführung eines Stickstoff-Handelsmonopols“ zugegangen. Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesrat wird ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1922 für die a) anorganischen stickstoffhaltigen Mineralien, b) aus Naturerzeugnissen sowie aus Stickstoffprimär herstellbaren künstlichen Stickstoffverbindungen, c) aus den unter a) und b) genannten oder anderen Stoffen erzeugten stickstoffhaltigen Düngemittel ein Handelsmonopol einzuführen und die hierfür erforderlichen Düngemittel zu erlassen.

Ueber den 31. März 1922 hinaus darf das Handelsmonopol nur auf der Grundlage eines besonderen Reichsgesetzes erstreckt werden.

Die dem Ermächtigungsgesetz beigefügte Begründung lautet: „Die deutsche Landwirtschaft und Industrie, insbesondere die Sprengstoffindustrie, waren bisher für ihren Bedarf an stickstoffhaltigen Verbindungen in hohem Maße von der Zufuhr aus dem Ausland abhängig. Zwar wurden sehr große Mengen dieser Stoffe im Inland als Nebenprodukte der Kokereien, Gasanstalten usw. bei der Verarbeitung von Kohle, Torf und dergl. gewonnen, doch genügten die so erzeugten Mengen nicht, um den steigenden Bedarf der Landwirtschaft und Industrie zu decken. Dank den Forschungen deutscher Gelehrter ist es gelungen, Verfahren

auszuarbeiten, die die Gewinnung stickstoffhaltiger Verbindungen aus dem unerschöpflichen Vorrat der Luft ermöglichen. Nach dem infolge des Krieges durch das Aufhören der Einfuhr von Chilsalpeter und anderen stickstoffhaltigen Düngemitteln eingetretenen Mangel an Stickstoffverbindungen haben große Mühen und finanzielle Opfer seitens des Reiches und Preußens es während des Krieges zustande gebracht, für den Ausfall Ertrag zu schaffen und eine Stickstoffindustrie ins Leben zu rufen, die in Zukunft die Bedürfnisse der Landwirtschaft und Industrie decken kann. Zur Erhaltung dieser in Kriegsjahren geschaffenen, für die Sicherung der Ernteergebnisse der Landwirtschaft und des Rohstoffbedarfs der Sprengstoffherstellung überaus wichtigen Stickstoffindustrie auch nach dem Kriege muß deren Rentabilität sichergestellt werden. Das läßt sich erreichen, ohne daß der Landwirtschaft die ihr unbedingt nötigen Stickstoffdüngemittel gegenüber den bisher von ihr gezahlten Preisen irgendwie verteuert werden. Die Berechnung der Produktionskosten der neuen Anlagen ergibt vielmehr, daß die Landwirtschaft auf die Dauer zu geringeren als den bisherigen Preisen mit Stickstoff versorgt werden kann. Eine Sicherung der Rentabilität der neuen Anlagen und damit die dauernde Erhaltung der angebotenen Vorteile kann nur dadurch gewährleistet werden, daß die Möglichkeit der sofortigen Einführung eines Stickstoff-Handelsmonopols geschaffen wird. Bei der Notwendigkeit eines schnellen Vorgehens bietet sich dazu jetzt nur der eine Weg, daß dem Bundesrat durch ein Gesetz die Ermächtigung erteilt wird, ein Handelsmonopol einzuführen. Die vom Bundesrat zu erlassenden Vorschriften werden nur als ein Notgesetz anzusehen sein. Ueber ein endgültiges Gesetz werden zu gegebener Zeit die beiden gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zu beschließen haben.“

Unter den anorganischen, stickstoffhaltigen Mineralien (a) sind verstanden der Kalisalpeter und der Chilsalpeter. Zu den aus Naturerzeugnissen sowie aus Stickstoff primär herstellbaren künstlichen Stickstoffverbindungen (b) gehören hauptsächlich folgende Stoffe: Salpetersäure, salpetrige Säure, Ammoniakgas, Kalistickstoff. Die Vorschrift unter c) umfaßt hauptsächlich künstlich hergestellte salpetersäure, salpetrige Säure und salpetrige Salze (Kalisalpeter, Natriumsalpeter, Kalisalpeter, Ammonialsalpeter, Natriumnitrit, schwefelsaures Ammoniak, Darnstoff und Guanidin).“

### Verteuerung von Gas und Elektrizität.

Die Stadt Karlsruhe wird vom 1. Mai d. J. ab (vorerst auf ein Jahr) auf den Gaspreis einen Kriegszuschlag von 2 Pf. für den Kubikmeter und auf den Preis des elektrischen Stromes einen Zuschlag von 10 Pf. für die Kilowattstunde legen. — Für die Aufbringung der notwendigen Mittel wären andere Wege wirklich zweckmäßiger.

### Minister a. D. von Wehner gestorben.

Der frühere Kultusminister Anton Ritter von Wehner, bayerischer Staatsrat im außerordentlichen Dienst, ist Mittwoch nachmittag in München gestorben.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Musterung der österreichisch-ungarischen Wehrpflichtigen.

Berlin, 10. März. (B. Z. B.) Der I. und I. Generalkonjulg Scharbaj erklärt folgende Kundmachung an die österreichischen und ungarischen Wehrpflichtigen.

1. Die in den Jahren 1891, 1895 und 1896 geborenen österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen bzw. bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen werden in der Zeit zwischen dem 15. und 31. März einer militärärztlichen Untersuchung unterzogen werden.

Die Untersuchung findet in den Räumen der Landwehr-Inspektion, Berlin, General-Pape-Strasse,

in der Zeit zwischen 9 Uhr vormittags und 12 Uhr mittags statt. Zu erscheinen haben:

Jahrgang	deren Familiennamen mit dem Buchstaben beginnt	Musterungstag
1891	A-F	15. März
	G-M	16. "
	N-R	17. "
	S-Z	18. "
1895	A-F	19. "
	G-M	20. "
	N-R	22. "
	S-Z	23. "
1896	A-F	24. "
	G-M	26. "
	N-R	27. "
	S-Z	29. "

Am 30. und 31. März zwischen 9 und 12 Uhr haben im obenbezeichneten Musterungsorte zur Musterung zu erscheinen alle diejenigen der Jahrgänge 1891, 1895 und 1896, die aus einem einschubbaren Grunde an dem für sie bestimmten Tage nicht erscheinen konnten, ferner alle diejenigen der Jahrgänge 1878—1890 und 1892—1894, die bisher ihrer Landsturmmusterungspflicht noch nicht entsprochen haben. Ueberdies haben an einem der letztbezeichneten Tage sich der Landsturmmusterung zu unterziehen alle in den Jahren 1878, 1879, 1880 und 1881 geborenen Landsturmpflichtigen, die nach dem 33. Lebensjahre die österreichische oder ungarische Staatsbürgerschaft, bzw. die bosnisch-herzegowinische Landesangehörigkeit erworben haben und früher in der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht wehrpflichtig gewesen sind.

2. Dieser Aufruf gilt für alle diejenigen der vorbenannten Jahrgänge, welche in Groß-Berlin, Provinz Sachsen oder im Herzogtum Braunschweig ihren ständigen Wohnort haben.

Eine persönliche Vorladung erfolgt nicht.

3. Die zur Musterung Erscheinenden haben ihre heimatischen Ausweispapiere (Reisepaß, österreichisches oder ungarisches Arbeitsbuch, Heimaßschein) mitzubringen.

4. Die bei der Landsturmmusterung zum Dienst mit der Waffe geeignet befundenen Landsturmpflichtigen haben am 15. April bei ihrem zuständigen Landwehrergänzungs-Bezirkskommando einzutreffen. Genaue Weisungen erhalten dieselben gelegentlich der Musterung.

5. Von der Musterung ausgenommen sind:

a) die Militärgastisten des Ruhestandes und des Verhältnisses außer Dienst, dann alle, die beim Militär gedient haben und in einem staatlichen Versorgungsgenusse stehen.

b) Personen, welche mit dem Mangel eines Fußes oder einer Hand, Erblindung beider Augen, Taubstummheit, Arretismus oder gerichtlich erklärtem Irrensinne, Wahnsinn oder Wüßstinn behaftet sind, sofern ihre Betreuung vom Landsturm dienste nicht obnedies schon bereits ausgesprochen wurde, ferner sonstige Geisteskranke und Fallsichtige, wenn ein diesbezüglicher Nachweis bei der Musterung vorliegt.

Der I. u. I. Generalkonjulg: Scharbaj.

### Unanbringliche Feldpostsendungen.

Feldpostbriefe mit Wareninhalt (Päckchen) nach dem Heere, die aus irgendeinem Grunde dem Empfänger nicht ausgehändigt werden können, müssen an den Absender zurückgeschickt werden, wenn dieser nicht durch einen Vermerk, wie z. B. „Wenn unbestellbar, zur Verfügung des Truppenteils“ oder „Wenn unanbringlich, zur Verfügung der Truppe“, den Wunsch ausgedrückt hat, daß sie in solchem Falle



den Kameraden des Adressaten zugute kommen sollen. Oft genug bedauern es die Absender, für die der Inhalt der Sendung nach der Rückkunft vielfach keinen Wert mehr hat, daß die Liebesgabe, die den zunächst Bedachten nicht erreicht hat, nicht wenigstens seinen Kameraden zuteil geworden ist. Man unterlasse es deshalb nicht, derartige Päckchen mit dem Freigebewerke zu versehen. Nebenbei sind auch gedruckte Zettel mit solchen Vermerken im Handel zu haben; ihre Verwendung ist um so bequemer, als sie auf der Rückseite gummiert sind und daher vor dem Gebrauch nur angefeuchtet zu werden brauchen. Die Geschäftsführer, die Feldpostartikel feilhalten, können zur Förderung der guten Sache viel beitragen, wenn sie den Käufern solche Zettel anbieten oder bei versandfertigen Waren den Vermerk auf die Aufhängeklammer aufdrucken lassen.

## Aus der Partei.

**Befähigung eines sozialdemokratischen Stadtrats.** In einer der letzten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung in Luckenwalde wurde der Stadtratsmitglied Genosse Otto Schulze zum Magistratsmitglied gewählt. Der Gewählte ist nunmehr befähigt worden. Seine Einführung findet dieser Tage statt.

### Von der Schweizerischen Sozialdemokratie.

Die Geschäftsleitung der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei veröffentlicht in der Parteipresse einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder zum Protest gegen das Verbrechen, das der Faschismus an den fünf Dummmitgliedern mit ihrer Verurteilung begangen, nachdem er zuvor Adamowitsch und Burgew und sieben andere Genossen zu schweren Strafen verurteilt hatte. Der Protest schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß er zu einer einheitlichen Aktion der Arbeiter aller Länder gegen die faschistische Herrschaft führen möge.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich veröffentlicht in einer 40 Seiten starken Broschüre den Jahresbericht für 1914, der in diesen Beziehungen in dieser schweren Zeit noch Befriedigung bietet. Natürlich enthält der Bericht auch kritische Betrachtungen über den Krieg und die Stellungnahme der Genossen dazu in mehreren kriegführenden Ländern. Es wird aber dennoch mit Siegesgewißheit die Zukunft beurteilt, da die oppositionellen Stimmungen, die der Krieg auslöst, größer und stärker sein werden als die entgegengekehrten. Die Hoffnung der bürgerlichen Welt in den Kriegführenden wie neutralen Ländern, mit dem Kriege auch den Sozialismus zu begraben, wird sich nicht erfüllen, sondern eine schwere Täuschung erfahren. . . . Keine Verdrossenheit, keine Entmutigung darf und daher erfassen, nein, Kampfesmut und Pflichtgefühl muß uns alle befeuern. Das große, gewaltige Ideal, das der Sozialismus auf seine Fahne geschrieben, Völkervereinigung, Freiheit und Wohlfahrt für alle, die Menschenwürde tragen, muß noch wie vor die Parole sein, für die wir kämpfen trotz alledem und alledem.

Aus 28 Gemeinden enthält die Broschüre Berichte von Parteiorganisationen über die Wirkungen des Krieges und die getroffenen Notstandsmaßnahmen, wobei unsere Genossen mit Initiative und Arbeitskraft voran gingen und befruchtend mitwirkten. Auch den parlamentarischen Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion enthält die Broschüre.

In 115 Parteiorganisationen vorhandenen 8741 Mitglieder zeigen zwar eine etwas geringere Zahl wie 1913, indes handelt es sich dabei nur um den Wegfall einiger Organisationen (wie des sozialdemokratischen Schulvereins und einiger anderer Vereine), so daß sich der Stand der Partei gut behauptet hat.

Auch die sozialdemokratische Partei des Kantons Basel veröffentlicht ihren Jahresbericht für 1914. Die Parteiorganisation hat sich ebenfalls gut behauptet und zählte Ende 1914 mit 2188 Mitgliedern nur um 63 weniger als Ende 1913, welcher Verlust hauptsächlich auf das massenhafte Einrücken der ausländischen Mitglieder des dortigen deutschen Arbeitervereins in den Militär- und Kriegsdienst zurückzuführen ist. Die übrigen Vorkriegs-Parteiorganisationen zusammen erfuhr eine geringe Mitgliederzunahme. Zur tatkräftigen Förderung der sozialdemokratischen Jugendbewegung durch die Partei wurde zwischen beiden eine zweidienstliche Vereinbarung getroffen.

Wiegen die Verhältnisse auch in den andern Kantonen so, so hat die Schweizerische Sozialdemokratie das kritische Jahr 1914 gut überstanden.

## Aus Industrie und Handel.

### Aufflärende Worte über die Kriegsanleihe!

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Zeichnungsaufforderung auf die neue 5proz. Deutsche Reichsanleihe (Zweite Kriegsanleihe) enthält den Vermerk „unföndbar bis 1924“.

Diese Bedingung ist in manchen Kreisen des Publikums als ein Nachteil für den Erwerber der neuen Schuldverschreibung aufgefaßt worden, während sie in Wirklichkeit einen großen Vorteil darstellt. Was befragt denn die Bestimmung „unföndbar bis 1924“? Nichts anderes, als daß das Reich die Anleihe mindestens bis zum Jahre 1924 mit 5 Prozent verzinsen muß, und daß es vorher weder den Zinsfuß herabsetzen, noch vorher den Anleihebetrag zurückzahlen darf. Der Anleihebesitzer bleibt mithin bis zum Jahre 1924 in dem ungehörten Genuß des für ein Wertpapier von dem Range der Deutschen Reichsanleihe außerordentlich hohen Zinsfußes von 5 Prozent. Will das Reich nach dem Jahre 1924 nicht mehr 5 Prozent Zinsen zahlen, so muß es dem Anleihebesitzer die Wahl lassen zwischen Kapitalrückempfang und niedrigerem Zinsfuß. Das heißt, wer heute 98 1/2 M. für 100 M. Renditeertrag der neuen Reichsanleihe zahlt, muß, wenn das Reich nach dem Jahre 1924 nicht mehr 5 Prozent geben will, die vollen 100 M. ausgezahlt erhalten. So und nicht anders ist die Bestimmung „unföndbar bis 1924“ aufzufassen. Ganz irrig ist die Annahme, daß der Anleihebesitzer sich vor dem Jahre 1924 das für die Anleihe aufgewandte Geld nicht wieder verschaffen kann. Die Reichsfinanzverwaltung zahlt zwar, wie schon oben gesagt, das Kapital vor dem Jahre 1924 nicht zurück. Es wird aber jederzeit möglich sein, ein Wertpapier von den hohen Zinssätzen der Deutschen Reichsanleihe durch Vermittlung der Reichsbank oder anderer Banken und Bankiers zu veräußern, und nach menschlischer Voraussicht wird der Anleihebesitzer bei einem Verkauf für 100 M. Anleihe nicht nur den aufgewandten Betrag von 98,50 M., sondern wahrscheinlich einen nennenswerten Aufschlag erzielen.

Eine Schuldverschreibung des Deutschen Reichs ist jederzeit zu Geld zu machen. Entweder, wie schon gesagt, durch Verkauf, oder, wenn das Geld nur vorübergehend gebraucht wird, durch Verpfändung der Anleihebesitzer bei den öffentlichen Darlehnskassen. Wer durch Inanspruchnahme der Darlehnskassen sich Geld zum Erwerb von Kriegsanleihe beschafft, braucht auch nicht zu befürchten, daß nach einigen Monaten oder überhaupt zur Unzeit die Rückzahlung von ihm verlangt wird. Die Darlehnskassen sind eine öffentliche Einrichtung, die gerade in erster Reihe den Zweck verfolgt, den Eigentümern von Wertpapieren eine Geldbeschaffung durch Verpfändung ihrer Papiere zu ermöglichen. Das Publikum darf infolgedessen mit Bestimmtheit auf größtes Entgegenkommen der Darlehnskassen rechnen. — Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß den zum Zwecke der Einziehung auf die neue Kriegsanleihe zu entnehmenden Darlehen bis auf weiteres ein Vorzugzinsfuß — zurzeit 5 1/2 statt 5 3/4 Prozent — eingeräumt wird.

Alles in allem: es gibt zurzeit keine bessere Kapitalanlage als die Deutsche Kriegsanleihe. Und so begreiflich und wünschenswert es auch ist, wenn das Publikum bei der Verwendung seiner Spargelder Ueberlegung und Vorsicht läßt, so darf es doch im vorliegenden Falle ohne weiteres das Sicherheitsgefühl haben, daß den Interessen des Vaterlandes und den eigenen Interessen nicht besser als durch eine rege Beteiligung an der Zeichnung auf die Kriegsanleihe gedient werden kann.

### Ein dänisches Ausfuhrverbot.

Die dänische Regierung hat die Ausfuhr lebender Schweine verboten. Auch die Ausfuhr lebender Rinder soll demnächst verboten werden, um der dänischen Landwirtschaft einen genügenden Bestand an Jungvieh zu sichern.

## Soziales.

### Versicherungspflicht einer Haushälterin.

Eine Haushälterin ist unter Umständen als Angestellte versicherungspflichtig. Diese bemerkenswerte Entscheidung hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte neuerdings getroffen. Die Entscheidung betraf eine Haushälterin, die einem frauenlosen Haushalt vorsteht, einen Dienboten zur Verfügung hat und monatlich

ein festes Wirtschafsgeld erhält, obgleich sie in größerem Umfang niedere Arbeiten wie Reinmachen, Staubwischen, Stopfen usw. verrichtet. Der Zeit nach entfiel sogar der größte Teil ihrer Tätigkeit auf häusliche Arbeiten, die auch zu den Aufgaben des Dienboten gehören. Selbst das zeitweilige Aufsichtigen der Kinder und die Anwesenheit im Zimmer bei Anfertigung der Schularbeiten ist nicht höher zu bewerten. Die Reichsanstalt ist aber der Ansicht, daß diesen Verrichtungen Obliegenheiten und Befugnisse höherer und selbständiger Art gegenüberstehen. Zur Ausführung der größeren Arbeiten war ihr ein Dienstmädchen unterstellt. Diefem gegenüber hatte sie Anordnungs- und Aufsichtsbefugnisse. Sie erhielt auch monatlich ein festes Wirtschafsgeld. Wenn sie auch darüber Rechnung zu legen hatte, so hatte sie doch innerhalb dieser Grenze ein gewisses freies Verfügungsrecht über das Geld und trug eine selbständige Verantwortung über dessen Verwendung. Eine derartige Selbständigkeit geht nach der Ansicht der Reichsanstalt über die Befugnisse eines gewöhnlichen Dienboten hinaus. Die höheren Tätigkeiten würden ausreichen, um die Angestellte über die Klasse der Dienboten hinauszuhoben. Beide Tätigkeiten stünden einander mindestens gleich. Die Anordnungs- und Aufsichtsbefugnisse würden eine Stellung verleihen, die über die eines Dienstmädchens hinausgehoben sei.

### Das Mantelgeld vor dem Kaufmannsgericht.

Eine krasse Illustration zu dem bei uns leider immer noch herrschenden Fiskalunwesen lieferte eine Verhandlung, die vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattfand.

Der Beklagte, ein Konfektverpacker Sawahl, leit in seine Zweiggeschäfte, deren er eine ganze Anzahl unterhält, junge Mädchen als „Fiskalleiterinnen“ ein, nachdem sie eine Kaution von mehreren hundert Mark haben stellen müssen. Nach den Aufzeichnungen des Beklagten stellen sich dann nach einigen Monaten fast regelmäßig Mantel heraus, für welche die jungen Mädchen mit ihrer Kaution haften müssen. In dem verhandelten Falle stellte nun der gerichtliche Sachverständige fest, daß nach den Aufzeichnungen zwar auch hier ein Mantel von 231 M. vorhanden sei, daß aber die Bücher des Beklagten in keiner Weise als maßgebend angesehen werden könnten. Die Buchführung sei im höchsten Grade mangelhaft, nicht einmal ein eigenes Konto habe jeder Fiskal, auch gebe es kein richtiges Kassabuch. Der Beklagte vermochte auch selber nicht festzustellen, wann er die Kaution von der Klägerin bekommen hatte.

Auf Grund dieses Gutachtens wurde dieser weislich, der Klägerin die volle Kaution von 200 M. nebst 3 Proz. Zinsen herauszugeben.

## Jugendbewegung.

### Ueber die Zukunft des Jungdeutschlandbundes.

Zuferte sich nach der „Jugendfürsorge“ Generalfeldmarschall F. v. Heer von der Galtz aus Konstantinopel in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Stuttgarter Ortsgruppe des Jungdeutschlandbundes folgendermaßen:

„Darüber, daß der Jungdeutschlandbund sich nicht nur im Beginn des Krieges, sondern auch noch während desselben glänzend bewährt hat, herrscht zurzeit im Vaterland nur eine Stimme. Dies wird unserer gemeinsamen Sache, wie ich hoffe, einen endlichen Sieg verleihen. Deutschland wird einer kräftigen Jugendergiehung für die Zukunft in erhöhtem Maße bedürfen. Es muß in unseren Gauen ein stolzes, heldenhaftes Geschlecht emporkommen, wenn Deutschlands Fahnen für alle Zeiten hochgehalten werden sollen. Wenn auch der gewaltige große Krieg glücklich für uns beendet sein wird, so bleibt doch in der Welt noch viel Feindschaft und Haß gegen uns übrig, die der schmälende Reiz auf Deutschlands Gebeihen gefäß hat. Wir werden das alte Soldatenpatriotismus beherzigen müssen: Nach dem Siege binde den Helm fester! Wie sich die Organisation nach dem Friedensschluß gestalten wird, ist heute schwer zu übersehen. Ich würde es jedoch für segensreich halten, wenn die bisherige freie und freiwillige Tätigkeit nicht beeinträchtigt würde. Eine vollständige Verstaatlichung könnte leicht verderblich wirken.“

Daß nach dem Kriege die Jugendergiehung stärker noch als vorher gepflegt werden muß, ist auch unsere Ansicht. Nur meinen wir, daß die Erziehung unserer Jugend nicht ausschließlich nach den Grundfäden eines alten Soldatenpatriotismus orientiert werden darf.

**Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz  
gefallenen Genossen!**

Am 24. Februar starb infolge einer Verwundung in Belgien der  
Landsturmmann  
**August Käppen**  
aus Glafeto im Alter von 43 Jahren. 190/19  
Sozialdemokr. Wahlverein für Lichtenrade und Umgegend.

**Deutscher  
Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirkverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der  
Autoführer  
**Karl Lehmpfuhl**  
von der Firma Automobil-  
Betriebsgesellschaft, Chaussee-  
straße 117, am 7. März im Alter  
von 29 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenten!**

Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 11. März, nach-  
mittags 8 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Jüdisch-Apostel-  
Kirchhofes, Schöneberg, Tempel-  
hofer Weg, aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
Kreis Niederbarnim.**  
Bezirk Lichtenberg.

Am 6. März verstarb im Alter  
von 54 Jahren der Genosse,  
Schiffbauer  
**Paul Halpapp**  
Grüneberger Str. 14 (Gruppe 6).

Die Einäscherung findet heute  
Donnerstag, den 11. März, nach-  
mittags 4 Uhr, im Krematorium,  
Gefäßstraße, statt. 12/7

Rege Beteiligung erwartet  
Die Bezirksleitung.

Am 2. März verstarb im fernem  
Osten mein lieber Mann, der  
Bekannt  
**August Görlitz**  
im Alter von 39 Jahren an  
Herzschlag.

Die trauernde Witwe  
**Wina Görlitz.**  
Du gingst von mir mit schwerem  
Herzen  
Und hofftest auf ein Wiedersehen;  
Doch größer sind jetzt meine  
Schmerzen,  
Da dieses nicht mehr kann ge-  
schehn.  
Ruhe sanft in fremder Erde.

Am Montag, den 8. März, ent-  
schied sanft mein lieber Mann und  
alter Vater meines Kindes, unser  
Sohn, Bruder, Onkel, Schwager  
und Schwiegerohn, der Bergelber  
**Oskar Thomas.**

Am Namen der Hinterbliebenen  
bitte um stille Teilnahme:  
**Helene Thomas**  
geb. Solweller.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 12. d. Mts., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Jüdisch-Apostel-  
Kirchhofes aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
Kreis Niederbarnim.**  
Bezirk Hüttersdorf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Handels-  
mann  
**Franz Fellingner**  
Schulstraße 2  
verstorben ist.

**Ehre seinem Andenten!**

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 12. März, nach-  
mittags 8 Uhr, vom Trauer-  
haus aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
261/4

**Verband der Hut- und Filzwaren-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**  
Ortsverwaltung Berlin.

Allen Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, Invalide  
**Adolf Weber**  
am 7. d. M. im Alter von  
64 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenten!**

Die Beerdigung findet am  
Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
vom Anhalts-Friedhof in Buch  
aus statt.

Uebelst Befehl des Umbrummen  
3.26 Uhr.  
Jahrelange Beteiligung erwartet  
71/10 Der Vorstand.

Den Mitgliedern seiner zur Nach-  
richt, daß unsere Kollegin, die  
Volantier  
**Berta Milde**  
von der Firma Singer u. Co.  
„Bormars“ am 8. März im Alter  
von 54 Jahren verstorben ist.

**Ehre ihrem Andenten!**

Die Einäscherung findet heute  
Donnerstag, den 11. März,  
mittags 12 Uhr, im Krematorium,  
Gefäßstraße, statt.

Den Mitgliedern seiner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Drochschaffner  
**Bernhard Gutschwager**  
von der Firma Kroll, Volener  
Straße 28, am 8. d. Mts. im  
Alter von 55 Jahren ver-  
storben ist.

**Ehre seinem Andenten!**

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 13. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Nikolai-Kirch-  
hofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
61/16 Die Bezirksverwaltung.

Am Sonntag, den 7. März,  
starb ganz unerwartet durch Un-  
glücksfall unser lieber Kollege,  
der Werkzeugmacher  
**Reinhold Kula**  
Rohoder Str. 21  
im 55. Lebensjahre.

Wir betrauern in ihm einen  
Kollegen, der sich durch seinen  
wahrhaft edlen Charakter bei uns  
ein lebendes Gedenden ge-  
sichert hat.

Dies zeigen tiefbetraut an die  
Weiter, Kurzwangestellten und  
Kollegen und Kolleginnen der  
Firma Ludwig Löwe, Sünber-  
Rantage.

Die Beerdigung findet morgen  
Freitag, den 12. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem Fried-  
hof der Gemeinde Bergfelde bei  
Hohennemendorf statt.

Auf dem russischen Kriegs-  
schauplatz fiel am 24. Februar  
unser lieber Kollege und treuer  
Freund, der Bohemler  
**Gustav Hellwig**  
im 38. Lebensjahre.

Seine vornehme Gesinnung,  
sein lauter Charakter sowie sein  
lebenstüchtiges Wesen sichern ihm  
bei uns für alle Zeiten ein treues  
Gedenken. 76/1

**Das Personal  
von Bad Königstadt**  
Gollnowstr. 41.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme sowie für die reichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung unseres  
lieben Sohnes 68/1

**Paul Molek**  
sprechen wir hiermit allen Be-  
wandten, Freunden und Bekannten  
unseren herzlichsten Dank aus.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Henkel's  
Brot-Soda**  
für alle  
Kuchengeräte

**Arbeiter-  
Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.

**Sozialdemokr. Kreiswahlverein  
Niederbarnim.**  
Bezirk Pankow.

Am Dienstag früh 9 Uhr ver-  
starb unser Mitglied, der  
Brauereiarbeiter  
**Armand Kasbaum**  
im Alter von 47 Jahren.

**Ehre seinem Andenten!**

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 12. März, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des neuen Wankow-Friedhofes in  
Schönholz aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

Hiermit die traurige Nachricht,  
daß mein lieber Mann, unser  
guter Vater, Schwager und Onkel  
**Gustav Paerschke**  
(Schulstraße 42) nach langem,  
schwerem Leiden am 9. d. M.  
sanft entschlafen ist. 23/1

**Die trauernden Hinterbliebenen**

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Kapelle des Sühnel-  
Kirchhofes in Stahndorf aus statt.

Uebelst des Juges vom Bah-  
hof Charlottenburg 1.54 Uhr.

Am Sonntag, den 7. März,  
starb ganz unerwartet durch Un-  
glücksfall unser lieber Kollege,  
der Werkzeugmacher  
**Reinhold Kula**  
Rohoder Str. 21  
im 55. Lebensjahre.

Wir betrauern in ihm einen  
Kollegen, der sich durch seinen  
wahrhaft edlen Charakter bei uns  
ein lebendes Gedenden ge-  
sichert hat.

Dies zeigen tiefbetraut an die  
Weiter, Kurzwangestellten und  
Kollegen und Kolleginnen der  
Firma Ludwig Löwe, Sünber-  
Rantage.

Die Beerdigung findet morgen  
Freitag, den 12. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem Fried-  
hof der Gemeinde Bergfelde bei  
Hohennemendorf statt.

**Dankagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau  
**Marie Wagner**  
geb. Piwonka  
sage allen Beteiligten, insbesondere  
den Kollegen der Firma Glo-  
genhoff u. Co., meinen herz-  
lichsten Dank. 35/1

**Georg Wagner**  
nebst Tochter.

**Extra-Unterstützungskasse  
für Buchbinder u. verw. Gewerbe**  
zu Berlin.

Sonntag, den 11. März 1915, vormittags 10 Uhr:  
**General-Versammlung**  
Tresorerer Straße 116. 12545

Tagesordnung: 1. Verlesung der Protokolle. 2. Bericht des Remanens  
und Entlastung des Vorstandes. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand. J. W.: H. Rhanda, Vorsitzender.



### Die Kämpfe bei Münster.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

In den Vogesen, dem schönen Bergland auf der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, stehen unsere Truppen vor schweren Aufgaben, die mit den Bedingungen der Kämpfe in den Karpaten und in Serbien zu vergleichen sind. Es ist ein Gebirgskrieg mit all der Romantik, aber auch mit all den Schwierigkeiten, die die Berge den Truppen entgegenstellen. Von solchem Gelände gibt die Karte, so groß auch der Maßstab sein mag, ein unzureichendes Bild, und nur persönlicher Augenschein an Ort und Stelle kann eine wahre Vorstellung von den erstaunlichen Leistungen unserer Truppen geben, die sich hinter den nüchternen Worten der amtlichen Geschäftsberichte verbergen. Die Karte der Vogesen zeigt zwischen Tal und Gipfel bedeutende Höhenunterschiede; aus einer mittleren Höhe von 200 Metern am Westrand der Rheinebene erhebt sich das Bergland bis über 1400 Meter. Die Einzelheiten des Geländes aber, die im Gebirgskrieg eine bedeutendere Rolle spielen, als beim Kampf in der Ebene, lassen sich aus der Karte nicht erkennen. Karte und Wirklichkeit zeigen im Gebirge nicht selten Abweichungen, die für die Führung von entscheidender Bedeutung sein können, und nur unmittelbare Anschauung kann die Grundlage für die Operationen schaffen, die den Erfolg verbürgt. Auf der Karte kann die Befestigung eines Punktes eine taktische Notwendigkeit scheinen, während in Wirklichkeit der Besitz desselben Punktes die allgemeine taktische Lage verschlechtern könnte, so daß die zu bringenden Opfer zu dem Gewonnenen in keinem Verhältnis stehen würden. Die Vogesen sind dem Deutschen weniger bekannt als die übrigen Bergländer seiner Heimat, aber sie stehen an Schönheit und Reichtum der Formen, in denen sich der scharfe Charakter des Berges mit den weichen Formen des Thüringer Waldes verbindet, keinem nach. In dem „Loch vor Velfort“, dessen Festungsgebiet die Uebergänge aus dem südlichen Elsaß nach Frankreich sperrt, beginnen die Vogesen. Bereits 20 Kilometer nördlich der Festung gipfelt der Stamm mit 1245 Meter im Weißen Belchen, und nordöstlich vorgelagert überragt der Große Belchen (1423 Meter) seine Umgebung. Von diesem höchsten südlichen Teil, den Oberen Vogesen, senkt sich das Bergland mäßig über die Mittleren und Unteren Vogesen gleichlaufend mit dem Rheintal zu dem Hügelland der Rheinpfalz.

Größere zusammenhängende Operationen fanden nur in dem offenen Süd-Elsaß statt, in das die Franzosen wiederholt den Einbruch von Velfort der versuchten, ohne dauernde Erfolge erringen zu können. Es ist nur ein ganz schmaler Streifen dieses der Grenze, den sie zu behaupten vermochten. Nordwestlich Colmar tritt die deutsche Gefechtslinie auf französisches Gebiet über. Wie auf der ganzen Westfront, so sind auch im Süd-Elsaß und in den Vogesen die Operationen vorübergehend in einen Stellungskampf übergegangen, dessen Eintönigkeit einzelne offensive Unternehmungen unterbrechen. Ihren Schauplatz bildeten in letzter Zeit die Oberen Vogesen, in denen der Gegner Schritt für Schritt gegen den Stamm zurückgedrängt wird. Die Einnahme des Hartmannsweilerkopfes südwestlich Sulz ist noch in Erinnerung, und dieser Tage meldete die Oberste Heeresleitung siegreiche Kämpfe bei Münster.

Die Leistungen unserer Truppen in diesen Gefechten sind über alles Lob erhaben. Hier ist kein langames Vordringen unter der Erde mit Raufgraben, Schützengraben, Sappen und Minenstollen in einem Gelände, das Zusammenhang und Ueberflut bietet. Die Oberen Vogesen sind vielmehr ein dicht bewaldetes, zerstücktes Bergland, in dem nur wenige aus dem Rheintal gegen den Stamm führende Täler durchgehende Verbindungen zur französischen Grenze öffnen. Rablöse Seitentäler und Tälerchen zerlegen das hübsche Gelände in ein Gewirr vieler Kluppen und „Köpfe“, die Querverbindungen erschweren und den militärischen Operationen bisweilen im vollen Sinne des Wortes unüberwindliche Hindernisse in den Weg zu stellen scheinen. Die leichte Verteidigungsfähigkeit der Strahlen und Wege zwingt aber den Angreifer, diese zu verlassen und sich über steile Abhänge auf und ab den Weg zu bahnen. Geröll und umgestürzte Bäume, die das Alter oder das Feuer der schweren Artillerie gefüllt haben, decken die Hänge und jeder Stein, der ins Rollen kommt, droht den Hintermann zu erschlagen. Unten am Hang sinkt der Fuß in weichen Schnee, weiter hinauf ist selbst mit Eisstollen nur ein mühsames Vordrängkommen über gefrorene Hänge. Kein Wortlich betrachtet, sind solche Mitternachts bereits eine gute Leistung. Der deutsche Soldat aber, der den Winterfeldzug in den Vogesen führt, sieht sich einem entschlossenen und gewandten Gegner gegenüber, der ihn nicht nur vom halben Hang aus kunstvoll angelegten Feldbänken und hinter sicherer Deckung von der Höhe aufs Korn nimmt, sondern der vorwärts der eigenen Stellung in den dunklen Kronen mächtiger Kaminen nistet, aber und hinter dem Angreifer unsichtbar lauert, um den sicheren Schuß abzugeben. Diese „Baumhäuser“ erleichtern die höchsten Gipfel mit Steigeisen, binden sich oben fest und decken sich durch Zweige gegen Sicht von unten; nur wenige von ihnen kommen lebend von ihrem Hochsitz herunter, denn mit Recht findet diese hinterlistige Kampftat keine Gnade vor den Augen unserer Soldaten. Ist der Höhenkamm genommen, dann macht der Feldboden nicht selten den Ausbau einer Stellung unmöglich, und eine Mauer aus zusammengetragenen Felsblöcken und Steinen muß notdürftigen Schutz gegen das Feuer des Gegners geben, der sich von Neuem auf der nächsten Höhe über dem Tal festgesetzt hat.

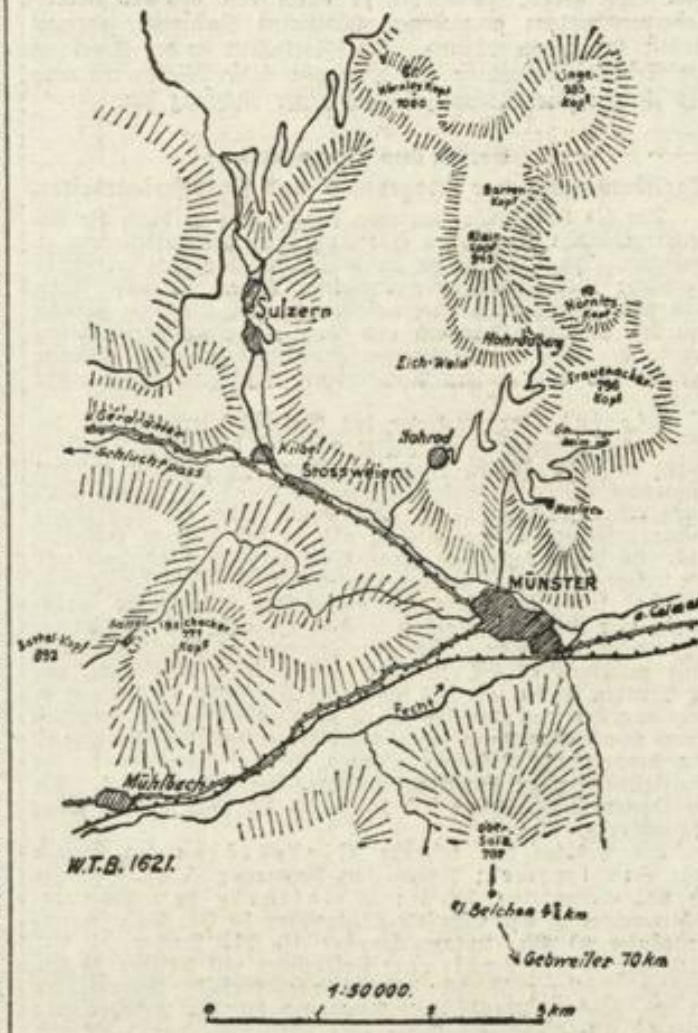
Solcher Art waren die Bedingungen, unter denen die Kämpfe nördlich und südlich Münster vom 19. bis 23. Februar geführt wurden, an denen fast alle deutschen Stämme zum Schuß des Elfs teilnahmen.

Das Städtchen Münster liegt in dem malerischen Tal der Recht, durch das Bahn und Straße von Colmar nach Gerardmer auf der französischen Seite der Vogesen über den bekannten Schluchtpass, eine der wichtigsten Querverbindungen der Oberen Vogesen, führen. Münster war in deutschem Besitz, aber die Franzosen hielten die Höhen unmittelbar nordwestlich und südwestlich des Ortes, von wo ihre „Baumhäuser“ eine unerwünschte Wirkung gegen unsere Schützengraben hatten. Besonders bemerkbar machte sich einer dieser unsichtbaren Felsbänke, den unsere Leute „August“ taufte. An seinem Platze wurden später 30 Konfervenbüchsen gefunden, ein Beweis, wie lange sich „Baumhäuser“ in ihrem Versteck halten können. Die südlich und nördlich an Münster angrenzenden deutschen Stellungen waren von den Franzosen überhöht, die die talaufwärts gelegenen Ortschaften und die für den Gegner als rückwärtige Verbindung wichtige Schluchtstraße deckten. So erwies sich die Verchiebung der eigenen Stellung als notwendig, um taktisch günstiger Stellungen zu gewinnen. Der Führung war die Schwierigkeit der Aufgabe bewußt, aber sie wußte, daß die Truppen sie lösen würden. Gefangene Franzosen sagten später aus, daß man auf ihrer Seite nicht an die Möglichkeit eines Angriffs geglaubt hätte. Die Geschichte hat um die Kämpfe am Gaisberg und an den Epicherer Höhen im August 1870 einen romantischen Schleier gewoben; der Sturm auf den Parren-, den Klein- und Reichsacker-Kopf stellt sich als eine unvergleichlich schwierigere Leistung dar. Bayerische und württembergische Infanterie und Pioniere haben ihn am 10. und 20. Februar ausgeführt.

Bis zum 19. Februar zog sich die deutsche Stellung im Norden von Münster über Haslach-Geneungshaus-Frauenacker-Kopf, dann im weiten Bogen nach Osten zum Linge Kopf, während sie südlich des Ortes über den Ober-Solberg zum Klein-Belchen verlief. Das Tal zwischen Münster und dem einen Kilometer nordwestlich gelegenen Stohweier trennte den Angriffsraum in zwei natürliche Abschnitte. Es war anzunehmen, daß der lang hingestreckte, das Tal abschließende Ort Stohweier von den Franzosen

hartnäckig verteidigt werden würde, eine Voraussetzung, die Gefangene nachträglich bestätigten. Es wurde daher beschlossen, den Angriff über die Berge seitlich der Straße so vorzutragen, daß Stohweier von beiden Seiten umfaßt, geräumt werden mußte. Den Kämpfen bei Münster waren deutsche Angriffe im Gebirge vorangegangen, durch die der Gegner mehrere Kilometer zurückgedrängt worden war. Von dort her erfolgte der Anmarsch gegen das obere Rechtal, der sich infolge der verschneiten Höhen, die sich über 1100 Meter erheben, und über die Schneeschuttruppen Wege gebahnt hatten, sehr schwierig gestaltete.

In den frühen Stunden des 19. begann der Angriff auf der ganzen Linie; Bayern und Württemberger trugen ihn vor. Bereits im Laufe des Vormittags nahm württembergische Landwehr die Vorberge dicht westlich Münster und den Kleinen Gornles-Kopf.



Indessen gewannen die Truppen des südlichen Abschnittes im Rechtal nur langsam Raum an den Hängen des Reichsacker- und Sattel-Kopfes. Besonders schwere Kämpfe entwickelten sich im nördlichen Abschnitt, aus dem Parren-Kopf und Klein-Kopf wie natürliche Festungen hervorragen. Ein bayerisches Regiment und württembergische Landwehr haben hier Außerordentliches geleistet; die Bayern waren junge Truppen, die hier ihre Feuertaufe erhielten, die aber eine Ausdauer und Unerbittlichkeit bewiesen, wie die ältesten kampferprobten Bataillone. Den Spaten in einer Hand, das Gewehr in der anderen, Eisstollen an den Füßen, krochen sie die fast senkrechten, glatten Hänge hinan, von der Höhe und von Panzschüssen überall umlauernd und beschossen. Fünfmal erklommen die Tapferen die steilen Höhen und fünfmal wurden sie von dem übermächtigen Feuer des Gegners zur Umkehr gezwungen. Aber immer wieder sammelten sie sich auf der Straße, die im halben Dong eingeschunnte, einige Deckung bot und wo sie in ihre Ränkel gebüllt eine lange Nacht verbrachten. Am zweiten Tage, dem 20., gab der 6. Artillerie den blutig erkaufte Stamm in ihre Hände. Die Reiben der Führer und der Mannschaften waren lichter geworden; ein Bataillons-Kommandeur, der seinen Leuten vorausstürmte, fiel, als er eine Handgranate in die französische Stellung warf. In ihr und hinter ihr am jenseitigen Hang war die weiße Erde mit den dunklen Gestalten gefallener Alpenjäger besät; nur wenige entgingen dem Tode durch Flucht. Sie sind in den französischen Alpen zu Hause und der Gebirgskrieg ist ihr eigentliches Element; jeder einzelne ist ein Scherschädel. Bei diesen ausgezeichneten Eigenschaften des gefährlichen Gegners sind die Leistungen unserer jungen Angriffstruppen, die nicht aus den Bergen stammen, ganz besonders bemerkenswert. Fünf Tage und fünf Nächte lagen sie unter freiem Himmel in den verschneiten Gefechtsstellungen und lebten von dem Brot und den Konferven, die sie mitgenommen hatten. Erst am 23. Februar war die Lage vollkommen geklärt und die ganze Stellung, gegen die der Angriff angefaßt war, in deutschen Händen.

Eigentümlich hatte sich die Lage bei dem Dorfe Stohweier entwickelt. Als der Gegner am 21., dem 3. Gefechtstage, den Ort noch nicht geräumt hatte, wurde beschlossen, ihn im Sturm zu nehmen. Bayerische Kavallerie, württembergische Landwehr und badiischer Landsturm gingen im Tal gegen die schmale Ostfront des Dorfes vor, das sie im erweiterten Raufkampf von Haus zu Haus nahmen. Die Lage des siegreichen Detachements gestaltete sich indessen recht schwierig, da der hartnäckige Gegner das unmittelbar westlich angrenzende Dorf Nibel und die südlich und nördlich anliegenden Hänge behauptete und von dort die Verbindung nach Münster unter Feuer hielt. Da kam die Artillerie dem bedrängten Detachement zu Hilfe, indem sie den Alpenjägern das Verbleiben in Nibel unmöglich machte und den Nachbortruppen das Vorgehen über die Stohweier von beiden Seiten beherrschenden Höhen erleichterte. Nibel wurde am frühen Morgen des 23. besetzt und damit war der Zusammenhang der neu gewonnenen Linie vom Parren- und Klein-Kopf über Eichwald bis zum Reichsacker-Kopf und Sattel hergestellt. Das Ziel fünfjähriger schwerer Kämpfe war erreicht, und wieder begann unter Leitung und Beistand der Pioniere die Arbeit mit Beispide und Spaten, die in dem unübersichtlichen, Ueberwachsenen begünstigten Waldbergen ebenso wichtig, wie im Feldboden schwierig ist. Was den Graben an Tiefe fehlt, muß in der Höhe durch mühsam aufgetürmte, erdbedeckte Steinmauern gewonnen werden, und an manchen Stellen kann den fehlenden Laufgräben nur die geschickte Führung des Schützengrabens ersetzen. Mächtig sorgsam ausgebaute Unterstand der Alpenjäger leisten gute Dienste, nach dem er an der neuen Front verhärtet und vor allem gründlich gereinigt worden ist.

Das Ergebnis der heißen Gefechtstage waren außer rund 800 gefallenen Franzosen 600 Gefangene und mehrere Maschinen-gewehre. Die Beute an sonstigem Material konnte in dem unübersichtlichen Gelände noch nicht abschließend festgestellt werden. In den Vogesen nahmen wir die feindliche Hauptstellung auf den Höhen östlich Sulzern in einer Breite von zwei Kilometern sowie den Reichsackerkopf westlich Münster im Sturm. In der Gegend südöstlich Sulzern nahmen wir Hohrobburg. wurden die Orte Forod und Stohweier nach Kampf, der Sattel nördlich

Mühlbach im Sturm genommen. So lauteten die Mitteilungen der Obersten Heeresleitung über die Kämpfe bei Münster. Von denen, die sie lasen, ahnten wohl nur wenige etwas von dem stillen Heldentum unserer Jünger und Mütter, die Grenzstadt in den Vogesen halten. R. T. R.

### Beschlagnahme von Gerste.

Der Bundesrat hat eine Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Gerste beschlossen. Nach dieser Verordnung sind mit dem Beginn des 12. März 1915 die im Reich vorhandenen Vorräte an Gerste für das Reich beschlagnahmt. Ausgenommen von der Beschlagnahme sind Vorräte, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaats, des Kommunalverbands, in dessen Bezirk sie sich befinden, oder der Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin stehen, sowie alle Vorräte, die 10 Doppelzentner nicht übersteigen. Trotz der Beschlagnahme dürfen Halter von Zuchtstieren und Pferden sowie Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe ihre Vorräte zum Füttern in der eigenen Wirtschaft verwenden, Landwirte aus ihren Vorräten das zur Frühjahrbestellung erforderliche Saatgut zur Saat verwenden, Landwirte und Händler unter gewissen Bedingungen für Saatweide Saatgerste liefern, endlich Unternehmer landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe ihre Vorräte zur Herstellung von Nahrungsmitteln, von Gersten- und Malzaffee und Bier sowie von Grünmalz für Branntweinbrennerei und Preßhefefabrikation verwenden; im übrigen ist die Malzbereitung nicht zulässig; Bierbrauereien dürfen aus ihren Vorräten nur soviel Gerste verarbeiten, wie zur Herstellung ihrer Malzkontingente noch erforderlich ist.

Die Verordnung führt eine Anzeigepflicht für jedermann ein, der mit dem Beginn des 12. März 1915 mehr als zehn Doppelzentner Gerste oder mehr als einen Doppelzentner Roggenvorräte an Gerste und Hafer in Gewahrsam hat. Die Anzeigen sind der zuständigen Behörde bis zum 25. März 1915 zu erstatten.

Durch Enteignungsanordnung der zuständigen Behörden geht das Eigentum an den beschlagnahmten Vorräten auf das Reich, vertreten durch die Zentraleinkaufsgesellschaft, über. Von der Enteignung sind ausgenommen: der Halter von Zuchtstieren und Pferden sowie bei Landwirten, die zum Füttern in der eigenen Wirtschaft erforderlichen Vorräte, das zur Frühjahrbestellung erforderliche Saatgut, Saatgerste aus gewissen landwirtschaftlichen Betrieben, endlich bei landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben die zur Herstellung von Nahrungsmitteln, Gersten- und Malzaffee, Bier oder Grünmalz für Branntweinbrennerei und Preßhefefabrikation bestimmten Vorräte, die Bierbrauereien jedoch nur diejenigen Vorräte, die sie nach zur Erfüllung ihres Malzkontingents bis zum 30. September 1915 benötigen.

Für unausgedroschene Gerste enthält die Verordnung Sonderbestimmungen. Die Verteilung der verfügbaren Gerstenvorräte über das Reich für die Zeit bis zur nächsten Ernte wird der Zentraleinkaufsgesellschaft zur Beschaffung der Heeresverpflegung übertragen, die ihrerseits die Gerste nur an die Heeresverwaltungen, die Marineverwaltung, die Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler zugelassenen Stellen abgeben darf. Auf Gerste, die nach dem 12. März 1915 aus dem Ausland eingeführt wird, erstreckt sich die Verordnung nicht. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Gleichzeitig hat der Bundesrat eine Verordnung betreffend Änderung der Bekannmachung über die Höchstpreise für Roggen, Gerste und Weizen vom 19. Dezember 1914 beschlossen. Nach dieser Verordnung sind die Höchstpreise für inländische Gerste gegenüber den Dezemberpreisen um 50 % für die Tonne erhöht worden. Die Altpreis fallen dafür vom 1. März 1915 abweg. Auch diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

### Der Kriegsgewinn und seine Besteuerung.

Von sozialdemokratischer Seite ist gleich zu Beginn des Krieges angeregt worden, die bestehende Reichsvermögenszuwachssteuer Kriegsgewinn anzugehen und die während der Kriegszeit angesammelten Gewinne auf diese Weise wieder der Reichskasse zuzuführen. Im Krieg und durch den Krieg braucht niemand reicher zu werden als er schon ist; wer in der Zeit der allgemeinen Not soviel erwirbt, daß er nicht nur auskömmlich leben, sondern noch Kapital anhäufen kann, der mag seinen Ueberfluß hergeben für diejenigen, die durch den Krieg in Not geraten sind. Den Sparstrumpf des armen Mannes, den während des Krieges vielleicht zurückgelegten Notpfennig wird man deswegen nicht anzutasten brauchen, wo aber aus dem Nichts oder aus kleinen Vermögen größere und große Vermögen entstanden sind, darf und soll ganz entschieden zugegriffen werden.

Neuerdings ist dieser Grundgedanke wieder in der Diskussion aufgetaucht. Der konservative Abg. v. Hennig-Tecklin hat im Abgeordnetenhaus eine Steuer auf den Kriegsgewinn angeregt, und die Presse beschäftigt sich lebhaft mit diesem Vorschlag. Es sind dabei Bedenken geltend gemacht worden, die gegenüber dem v. Hennig'schen Vorschlag ihre Berechtigung haben, die aber sofort zerstreut werden, wenn man die Verwirklichung der Idee auf der von uns vorgeschlagenen Grundlage ins Auge faßt.

Die Gewinnbesteuerung der einzelnen Kriegsgeschäfte würde wie eine indirekte Steuer wirken, und sie würde nur den Gewinn aus den eigentlichen Kriegslieferungen erfassen, nicht aber den Gewinn, der durch Spekulationen auf die allgemeine Volksnot erzielt wird. Die Vermögenszuwachssteuer umfaßt hingegen jeden Gewinn mit Ausnahme des Teiles, der sofort wieder verbrannt worden ist; dieser aber wird durch die Einkommensteuer erfasst, deren Ausgestaltung als Ergänzung der zu treffenden steuerlichen Maßnahmen wünschenswert ist. Den Hauptgegenstand der Besteuerung muß aber der Gewinn bilden, der gar nicht verbrannt werden kann, sondern zurückgelegt als Kapital akkumuliert wird. Und dieser aufgeschobene Gewinn wird von der Vermögenszuwachssteuer getroffen, gleichgültig, aus welcher Quelle er entspringen je mag.

Es handelt sich also um nichts weiter als darum, das im Friedenszeit beschlossene Reichsbesitzsteuergesetz vom 3. Juli 1913 kriegsbrauchbar zu machen, und das kann durch Änderung weniger Paragraphen bewirkt werden. Die geradezu lächerlich niedrigen Steuerhöhen von 0,75-2,5 Prozent müssen höher angefaßt werden, je höher, desto besser; eine Grenze von der vollständigen Besteuerung des Gewinns (kleinste Vermögen und Zuwächse etwa ausgenommen) gibt es da überhaupt nicht. Im übrigen kann es sich nur um unbedeutende Änderungen rein technischer Natur handeln, wie z. B. um die Festsetzung der Erhebung auf einen früheren Zeitpunkt als den im Gesetz vorgegebenen 1. April 1917 und eine noch sorgfältigere Kontrolle.

Je früher diese gefeherberisch ganz einfache Aufgabe gelöst



Wird, desto höher wird man die Steuerlast nehmen dürfen, ohne daß das Gesetz den Charakter der — mit Unrecht — so sehr gesuchten „Expropriation“ trägt. Jede Verzögerung bedeutet Vermehrung der Schwierigkeiten und Verringerung der Erträge.

Wäge also der neue Reichsfinanzsekretär rasch zuzugreifen und gründliche Arbeit machen!

## Die militärische Bedeutung der Eisenbahnen.

Von H. M. S.:

Die Bedeutung der Eisenbahnen für den Verlauf der Operationen ist durch die letzten großen Siege im Osten wieder ins hellste Licht gerückt. Die deutschen Eisenbahnen sind ein hervorragendes Instrument der Heeresleitung, das von den Militär-Eisenbahnbehörden mit feiner und sachkundiger Hand geführt wird.

Sämtliche Eisenbahnen Deutschlands befinden sich seit dem Tage der Mobilmachung im Kriegsbetriebe. Das bedeutet, daß die Bahndirektionen bezüglich der Einrichtung, Fortführung, Einstellung und Wiederaufnahme des Bahnbetriebes den Anordnungen der Militärbehörde Folge zu leisten haben. Die Ausführungsanweisungen für die Regelung des Kriegsbetriebes gibt der Chef des Reichseisenbahnwesens im Großen Hauptquartier durch die Militär-Eisenbahnbehörden-Linienkommandanturen an die „Bahnbevollmächtigten für Militär-Angelegenheiten“, die schon im Frieden für jede Eisenbahnverwaltung (Eisenbahn-Direktion) bestimmt sind. Die Linienkommandanturen sind dafür verantwortlich, daß den Anforderungen der Heeresleitung so entsprochen wird, wie es nach der Leistungsfähigkeit der Bahnen nur irgend möglich ist. Ein enges Zusammenarbeiten der Linienkommandanturen und Bahnbevollmächtigten ist Voraussetzung für den Erfolg der Arbeit ist, liegt auf der Hand.

Im Unterschied zum Heimatgebiet führen in den eroberten Gebieten die Militär-Eisenbahnbehörden — Militär-Eisenbahn-Direktionen und Linienkommandanturen — auch den Eisenbahn-Betrieb selbständig. Hierzu sind ihnen Eisenbahntruppen sowie Eisenbahn- und Betriebskolonnen, Eisenbahn-Telegraphen-Kolonnen usw. unterstellt. Diese Kolonnen werden aus Personal der Heimatverwaltungen gebildet, das in den Heeresdienst übertritt. Truppenverschiebungen im Kriege werden meist kurzer Hand befohlen. Sie können sich nur dann pünktlich vollziehen, wenn die Linienkommandanturen weit vorausschauend vorgesorgt haben, ohne Nahrung, Zeitpunkt, Richtung, Beginn und Ende der bevorstehenden Transportbewegungen mit Bestimmtheit voraussagen zu können. Darin liegt der wesentliche Unterschied zwischen den Anforderungen an die Eisenbahnen im Frieden und im Kriege und gleichzeitig die schwierigste Aufgabe für die Linienkommandanturen und Bahnbevollmächtigten.

In erster Linie richtet sich die Vorkehrung darauf, daß auch bei plötzlich eintretendem Bedarf Vorräte zur rechten Zeit zur Stelle sind. Die diesbezüglichen Verfügungen der Militär-Eisenbahnbehörden sind von der jeweiligen Kriegslage abhängig; sie müssen darauf Rücksicht nehmen, welcher Art die abzubehandelnden Verbände sein werden und welche Transportrichtungen in Frage kommen.

Die Linienkommandanturen entwerfen den Fahrplan für die Militärtransporte, der die beste Zugfolge bei vollster Betriebssicherheit bieten muß. Auch die Verpflegung von Mann und Pferd während der Eisenbahnfahrt bedarf der gründlichsten Vorbereitungen.

Für das Heimatgebiet setzen die Bahnbevollmächtigten das Ergebnis der vorbereitenden Arbeit der Linienkommandanturen in die Tat um; für sie fällt erschwerend ins Gewicht, daß, wie oben erwähnt, ein großer Teil des Eisenbahnpersonals, wie auch des Wagenparks und der Lokomotiven zum Betriebe auf den eroberten Bahnen abgegeben ist.

Die militärischen Stellen sind bei ihren Anordnungen natürlich ebenso wie die Eisenbahnverwaltungen bemüht, den Personenvverkehr — auch mit Schnellzügen — nicht wesentlich zu stören, während der Güterverkehr den großen Militärtransportbewegungen ganz oder teilweise weichen muß.

Sobald der Befehl zum Truppentransport an die Linienkommandanturen ergeht, gilt es schleunigst in enger Fühlung mit den Truppenbehörden und unter Berücksichtigung der Bahnverhältnisse das Ein- und Ausladegebiet zu bestimmen, dort die Vorbereitungen für das Ein- und Ausladen von Truppen zu treffen und die pünktliche Heranführung der Vorräte an die Ein- und Ausladeplätze zu bewerkstelligen. Die untergebenen Dienststellen und Nachbargelände erhalten Mitteilung über die Lage, damit sie die nötigen Maßnahmen für die Transportdurchführung, für die Verpflegung der Truppen, die Versorgung der Lokomotiven mit Wasser und Kohle usw. treffen können.

Die Linienkommandanturen und Bahnbevollmächtigten verfolgen mit angepanntester Aufmerksamkeit bei Tag und Nacht den Lauf der Transportbewegung durch ihr Liniengebiet. Trotz der notwendigen Schulung unserer Eisenbahner sind Störungen solcher gewaltiger Transportbewegungen wohl möglich. Da gilt es Störungen in ihren ersten Anfängen zu erkennen und zu beseitigen, unter Umständen auch bei größeren Störungen mit energischer Hand verantwortungsbewußt einzugreifen, um durch Anweisung der Transportbewegung oder sonst geeignete Maßnahmen dem vorzubeugen, daß die Truppe nicht rechtzeitig an den Feind kommt.

Die Vorbereitungen der Linienkommandanturen und Bahnbevollmächtigten im Auslandsgebiet müssen derartig sein, daß sich die Truppenausladungen und der Abfluß der entleerten Güge ohne Verzögerung vollziehen, da sonst die nachfolgenden vollen Güge aufgehalten werden und die ganze Bewegung ins Stocken gerät. Die Ableitung der entleerten Güge, die sich oft zu Hunderten folgen, muß nach wohl erwogenem Plan erfolgen, damit schwer entwirrbare Verküpfungen wichtiger Bahnlinien vermieden, die Vorräte vielmehr ohne Aufenthalt neuen Aufgaben zugeführt werden können. (S. 2. A.)

## Gewerkschaftliches.

### Die Regelung der Arbeitsvermittlung und die Unternehmer.

Die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen sind bekanntlich bemüht, das gegenwärtige Interesse für die öffentlichen Arbeitsnachweise wachzuhalten und eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung herbeizuführen. Bei den Unternehmern herrscht ein anderes Bestreben. Diese haben ihre eigenen Nachweise bei Kriegsausbruch mehrfach eingestellt. Und es ging auch so. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes in Mannheim-Ludwigshafen schloß bei Ausbruch des Krieges ebenfalls seine Pforten und die Unternehmer bezogen ihre Arbeiter durch den städtischen Arbeitsnachweis. Am 22. Februar richtete plötzlich die Geschäftsstelle des Unternehmerverbandes an ihre Mitglieder das folgende Schriftstück:

Rachstehend bringen wir Ihnen den Wortlaut der heute an die Bürgermeisterei in Mannheim und Ludwigshafen gerichteten Schreiben zur Kenntnis:

„Nachdem durch die Übernahme großer Heereslieferungen ein dringendes Bedürfnis nach Fabrikarbeitern entstanden ist und auch der Grund des damaligen Zusammengehens durch die reichliche Arbeitslosigkeit in der von uns vertretenen Industrie in Wegfall gekommen ist, hat unser Ausschuss auf dringendes Verlangen unserer Mitglieder beschlossen, den Arbeitsnachweis der Industrie

Mannheim-Ludwigshafen am Montag, den 1. März, wieder zu eröffnen.“

Von diesem Tage an ist also der Arbeitsnachweis der Industrie wieder allein zu benutzen und sind Selbststellungen von Arbeitern seitens der uns angeschlossenen Werke zu unterlassen.

Hochachtungsvoll

Die Geschäftsstelle.

Nach dieser Arbeitgeberverbands-Vogel wird also dem „dringenden Bedürfnis nach Fabrikarbeitern“ in der einfachsten Weise dadurch abgeholfen, daß man den Unternehmern die Möglichkeit zur Beschaffung dieser Arbeiter einschränkt, indem man sie lediglich auf die Benutzung eines einzigen Nachweises verweist, der noch dazu längere Zeit nicht funktioniert. Dazu kommt, daß gerade dieser Nachweis vor dem Kriege von den Arbeitern als Nachregelungsbureau angesehen wurde. Es wäre also durchaus verständlich, wenn die geachteten Fabrikarbeiter ihm auch jetzt in weitem Maße aus dem Wege gehen, zumal sie ja durch den von den Arbeitgeberverbänden gemiedenen städtischen Nachweis jederzeit Arbeit bekommen können. Ein Fortschritt in der Regelung der Arbeitsvermittlung ist deswegen diese Wiedereröffnung des Unternehmer-Nachweises nach keiner Richtung hin.

### Berlin und Umgegend.

#### Tarifbewegung der Wagenbau- und Karosseriearbeiter.

Der bis Ende März laufende Tarifvertrag ist durch die Arbeiter gefündigt worden, um eine zeitgemäße Lohnaufbesserung zu erreichen. Die Vertreter der an dieser Tarifbewegung beteiligten Verbände (Holzarbeiter, Metallarbeiter, Maler, Sattler) haben eine neue Tarifvorlage ausgearbeitet, die am Dienstag zunächst von den Vertrauensmännern und dann von einer Versammlung der in den Wagen- und Karosseriefabriken beschäftigten Arbeiter beraten und nach einigen Änderungen einstimmig angenommen wurde.

Siering, der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, begründete die Vorlage. Er führte aus, die beteiligten Verbände haben nicht die Absicht, einen Kriegstarif zu schaffen, der den außergewöhnlichen Arbeitsverhältnissen während des Kriegs Rechnung trägt. Wenn dies der Fall wäre, hätten erheblich höhere Löhne gefordert werden müssen, als in der Vorlage enthalten sind. Es kommt darauf an, einen Tarif zu schaffen, der auch nach der Kriegszeit Geltung hat und möglichst alle Betriebe der Branche umfaßt. Deshalb müßten die allgemeinen Verhältnisse berücksichtigt und Lohnsätze gefordert werden, die auch nach dem Krieg angemessen erscheinen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wird nicht gefordert, es soll bei der wöchentlichen Arbeitszeit von 52 Stunden bleiben, die jetzt schon allgemein üblich ist und nur in einzelnen, dem gegenwärtigen Tarif nicht unterliegenden Betrieben etwas überschritten wird. Hinsichtlich der geforderten Lohnsätze ist den Verhandlungen Rechnung getragen, die sich inzwischen in der Spezialisierung der einzelnen Arbeitsgebiete vollzogen hat. Die geforderten Stundenlöhne sind 12 bis 15 Pf. höher als die Sätze des bisherigen Tarifs.

Die Vorlage sieht folgende Mindestlöhne pro Stunde fest: Stellmacher: Kasten- und Radmacher 85 Pf., Einbauer 80 Pf., Kastenheifer 75 Pf.; Metallarbeiter: Schmiedeschürmmeister 85 Pf., Schmiede-Stodgesellen 70 Pf., Schlosser und Feilbänker 80 Pf., Autogenarbeiter 85 Pf., Dreher 85 Pf., Klempner 85 Pf.; Lackierer: Lebergeher und Abfeger 85 Pf., sonstige Lackierer 78 Pf.; Sattler: perfekte Wagenfasser 90 Pf., sonstige Sattler und Tapezierer 80 Pf., Arbeiterinnen 45 Pf. Alle Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde mit der Maßgabe, daß durch diese Zulage die vorstehenden Mindestlöhne erreicht werden müssen.

Hinsichtlich der im alten Tarif vorgesehenen Bestimmungen über die Affordarbeit werden folgende neue Forderungen aufgestellt: Auf die bestehenden Affordpreise wird ein Aufschlag von 15 Proz. gewährt. Während der Dauer des Tarifvertrages dürfen die festgesetzten Affordpreise nicht veräußert werden. — Werden Affordarbeiter vorübergehend in Lohn beschäftigt, so ist ihnen der durchschnittliche Affordverdienst der letzten sechs Wochen zu zahlen.

Nach dem alten Tarif sollten die Arbeitskräfte „nach Möglichkeit“ von den paritätischen Arbeitsnachweisen der Holzarbeiter und der Lackierer sowie von den Verbandsarbeitsnachweisen der Metallarbeiter und der Sattler bezogen werden. — Im neuen Vertrage soll die oft von den Unternehmern zur Umgehung der Arbeitsnachweise benutzte Einschränkung „nach Möglichkeit“ fortfallen und eine Einstellung ohne Benutzung des Arbeitsnachweises nur dann zulässig sein, wenn dieser innerhalb 30 Stunden die verlangten Arbeitskräfte nicht stellen kann.

Ferner fordert die Vorlage, daß den Arbeitern Urlaub bei Fortzahlung des Lohnes gewährt wird, und zwar 3 Tage nach zweijähriger, 6 Tage nach vierjähriger Beschäftigung im Betriebe. — Die Beilegung aller Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage soll durch eine paritätische Schlichtungskommission, und wenn hier keine Einigung zustande kommt, durch das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts endgültig erfolgen. — Der Tarif soll bis 31. März 1917 gelten.

Die Vorlage wird nun den Unternehmern eingereicht, und soll dahin gewirkt werden, daß der Vertrag möglichst mit allen Betrieben abgeschlossen wird.

### Deutsches Reich.

#### Aus der Winnenschiffahrt.

Die Unternehmerorganisationen haben sich kürzlich mit dem in nächster Zeit zu befürchtenden noch größeren Mannschafsmangel beschäftigt und Schritte unternommen, um landsturmpflichtige Schiffsmannschaften vom Heeresdienst zu befreien. In der Versammlung des Zentralvereins für deutsche Winnenschiffahrt wurde bekanntgegeben, daß die Heeresverwaltung bereit sei, durch Freistellung von Mannschaften der Winnenschiffahrt entgegenzukommen.

Die Organisation der Schiffsmannschaften hat von Beginn des Krieges an alles getan, um vorzubeugen und die jetzt eingetretenen Schwierigkeiten zu verhüten. Sie gab die Parole aus, daß die Schiffsmannschaften bei der Winnenschiffahrt bleiben sollten; sie sorgte dafür, daß schiffahrtskundige Mannschaften, die auf Landbeschäftigung nahmen, sich wieder der Schiffahrt zuwandten. Es wurde den Mannschaften erklärt, daß sie trotz der reduzierten Besatzung von Lohnforderungen Abstand nehmen müßten und für die größere Arbeitsleistung besondere Entschädigung nicht verlangen sollten. Kurzum, was sich irgendwie im Interesse des Gewerbes tun ließ, wurde unternommen. Was taten aber einflußreiche Unternehmer? Sie kürzten die Löhne und drohten weitere Beschränkungen an. Diese traten dann auch mit Beginn dieses Jahres in Kraft. Ja, sie entließen Mannschaften, die sich im Interesse der Schiffahrt von den Landbetrieben entfernt hatten. Diese Maßnahmen durchkreuzten die Aktionen der Mannschaftsorganisation.

Dazu kommt die Schwierigkeit der Mannschaftsvermittlung. Hier herrscht eine Zersplitterung, die sicher nirgends zu finden ist. Die Schiffer im Gebiet der Elbe, der Oder und der märkischen Wasserstraßen sind in nahezu 1000 Orten ansässig. Es bestehen fast 40 Umschlagsplätze. Die Arbeitsvermittlung erfolgt auf Schiffermärkten, d. h. die Schiffer kommen an einem Ort zusammen. Dortin kommen die Unternehmer und suchen sich die Leute aus. Auch in den Schifferquartieren, das sind Wirtschaften an den Umschlagsplätzen, in denen die arbeitslosen Schiffer Quartier nehmen, wird Arbeit vermittelt. Außerdem bestehen an allen Umschlagsplätzen private Arbeitsnachweise. Die Unternehmer senden außerdem oft ihre Angestellten auf die Dörfer oder in die Quartiere, je nachdem Nachfrage oder Angebot stärker ist. Ferner bestehen zehn Arbeitsnachweise des Unternehmerverbandes, die allerdings den Charakter von Kontrollbüros haben und zur Kennzeichnung der

organisierten Mannschaften dienen. Dann unterhalten die Mannschaften selbst 9 Arbeitsnachweise, die gegenwärtig den größten Einfluß haben, vom Unternehmerverbande aber besampft werden. Es herrscht also in der Arbeitsvermittlung ein wildes Durcheinander. Oftmals tritt deshalb in einzelnen Gegenden ein Mannschafsmangel auf, der bei ordentlicher Arbeitsvermittlung nicht eintreten würde. Es fehlt eben eine zentrale Ueberbrückung. Nur die Nachweise der organisierten Mannschaften sind zentralisiert, und somit in der Lage, die Arbeitskräfte schnellstens dorthin zu dirigieren, wo sie gebraucht werden.

Während des Krieges wurde nun vom Transportarbeiterverband der Vorschlag gemacht, die Arbeitsvermittlung gemeinsam zu regeln; aber diese Bestrebungen blieben erfolglos, weil der Unternehmerverband prinzipielle Bedenken hatte. Er sagt jetzt in seinem Jahresbericht von 1914, daß er eine Parität ablehnt, weil nur Unternehmernachweise bei Ausständen sich bewährt hätten. Der Radikalkurs der Unternehmer kommt also zuerst; sie nehmen absolut keine Rücksicht auf die Lage und die Bedürfnisse des Gewerbes. Jetzt verlangen die Unternehmer beschließliche Maßnahmen, um die Mannschaften zu zwingen, sich dem Willen der Unternehmer unter allen Umständen zu unterordnen.

Es wäre deshalb durchaus angebracht, wenn den Herren im Unternehmerverbande einmal auseinandergesetzt würde, daß die gegenwärtige Zeit nicht dazu angetan ist, immer und immer wieder den Herrn-im-Haus-Standpunkt herauszutreten. Diese Unternehmertaktik verschärft die bestehenden Schwierigkeiten. Durch ihr Vorgehen wird nicht nur die Winnenschiffahrt allmählich, sondern es werden auch die an der Winnenschiffahrt infizierten Kreise geschädigt.

### Chemigraphen und Kupferdrucker.

In dem Geschäftsbericht des Tarifamtes für das Jahr 1914 wird zunächst darauf hingewiesen, daß der Abschluß des neuen, am 1. Januar 1914 in Kraft getretenen Tarifs teilweise die Mitglieder der Tarifgemeinschaft nicht befriedigte. In Prinzipalkreisen herrschte über die Höhe der festgelegten Minimallöhne Bestimmtheit und in den Kreisen der Gehilfen befürchtete man, daß mit der Einführung der Minimallohnbestimmungen ein Sinken der allgemeinen Lohnhöhe erfolgen werde. Ueber diese Befürchtungen hätten im abgelaufenen Jahre im Tarifamt wiederholt Aussprachen stattgefunden, in denen jedoch zur Genüge festgestellt wurde, daß diese Folgen nicht eingetreten sind. Durch das Entgegenkommen auf beiden Seiten hat sich der Tarif wiederum als ein Fortschritt für das ganze Gewerbe bewährt, und es wird erwartet, daß beim Wiedereintritt der Friedensarbeit die Vorteile des Tarifs sich in höherem Maße zeigen werden, als dies zur gegenwärtigen Zeit möglich ist.

Wiederholt mußte sich das Tarifamt mit der Festsetzung der Preis- und Lieferungsbedingungen beschäftigen. Im Prinzip sei man wohl allgemein dafür, doch ein Teil Prinzipale richtete sich leider nicht danach. Das Tarifamt hat in dieser Richtung seinen ganzen Einfluß geltend gemacht und will auch in Zukunft für eine gesunde Preispolitik innerhalb des Gewerbes eintreten, die zu einer gesunden Lohnpolitik nötig ist.

Das Tarifamt mußte sich auch mit der Stellungnahme einiger organisierter Gehilfen beschäftigen, die bei tarifunfreien Firmen arbeiten. Nach einer zehnjährigen Tarifperiode müßte bei allen Gehilfen der Tarifgebende soweit Wurzel gefaßt haben, daß zu derartigen Beschwerden keine Veranlassung mehr gegeben wird.

Zum ersten Male wird im Geschäftsbericht in eingehender Weise über die Rechtsprechung der Schiedsinstanzen berichtet, die in einigen Tabellen voranschaulicht wird. Hiernach wurden von den Prinzipalen 16 Klagen eingereicht, wovon 9 Fälle als berechtigt anerkannt und eine Klage durch Einigung erledigt wurden. Abgewiesen wurden 3 Klagen und 3 durch Stimmengleichheit abgelehnt. Von den Gehilfen wurden 25 Klagen zur Entscheidung eingereicht, wovon 16 als berechtigt anerkannt und 5 durch Einigung entschieden wurden. Abgewiesen wurden 6 Klagen und eine durch Stimmengleichheit entschieden.

Der Krieg hat auch das chemigraphische Gewerbe hart beeinträchtigt. Die Zahl der arbeitslosen Gehilfen stieg in den ersten Kriegsmoenten dringend und betrug im September 896 bei 2760 vor Ausbruch des Krieges Beschäftigten. Das Tarifamt erjudete in einem Aufruf die Prinzipale, die Betriebe nicht ganz stillzulegen. Ferner wurden einzelne Tarifbestimmungen den veränderten Verhältnissen angepaßt und bestimmte Richtlinien festgelegt. Trotzdem seien aber Fälle vorgekommen, in denen bei Wiedereinstellung von Gehilfen die Löhne herabgesetzt worden sind. Das Tarifamt mißbilligt das Verhalten solcher Firmen, da durch derartige Maßnahmen der tarifliche Frieden getrübt wird und das Ansehen der Tarifgemeinschaft darunter leidet. — Eine große Anzahl Tariffunktionäre mußte mit ins Feld rücken; in allen Fällen übernahmen die Stellvertreter die Geschäfte, so daß keine Unterbrechung eintrat. Unter den im Kriege gefallenen Mitgliedern befindet sich auch der bisherige Gehilfenvorstand des Tarifamtes, Artur Gerhardt, der im Westen gefallen ist. Von den 2760 tariftreuen Gehilfen stehen zurzeit 835 im Felde, 277 sind in anderen Berufen beschäftigt und 276 sind arbeitslos.

Die Generalversammlung des Malerverbandes, die in diesem Frühjahr statutengemäß stattfinden mußte, soll nach einem Beschluß des Verbandsvorstandes, dem auch der Veirat zugestimmt hat, vorläufig unterbleiben. Veranlassung dazu sind die unsicheren politischen Verhältnisse, die ein abschließendes Urteil darüber, welche etwaigen Statutenänderungen auf längere Zeit hinaus notwendig sind, nicht zulassen. Es soll auch vermieden werden, daß die über 15 000 im Kriegsdienst befindlichen Verbandsmitglieder auf der Generalversammlung untertreten sind. — Wenn die Situation sich ändert oder besondere Verhältnisse dennoch eine Generalversammlung erforderlich machen, hält sich der Vorstand zur Einberufung einer solchen natürlich für verpflichtet.

### Ausland.

#### Die englischen Gewerkschaften und der Krieg.

In dem kürzlich erschienenen Vierteljahrsbericht der Allgemeinen Gewerkschaftsföderation von Großbritannien heißt es: „Wenn der Krieg beendet ist, wird es notwendig sein, besondere Anstrengungen zu machen, um die Verbände zu härten und ihre Position, sowohl vom Standpunkt der Klassenverhältnisse wie auch ihres Einflusses zu verbessern. Das Ziel jeder Bewegung wird es sein, zuerst die drückendsten Beziehungen unter den angeschlossenen Verbänden zu entwickeln.“

Die englische Gewerkschaftsföderation zählt bekanntlich eine Streikunterstützung für jedes im Streit befindliche Mitglied der angeschlossenen Verbände. Im letzten Quartal 1914 fanden 39 Lohnbewegungen statt, also annähernd 120 weniger als im Gesamtjahr der letzten sechs Jahre. Infolgedessen hatte die Föderation an Streikunterstützung nur 8825 Pfund Sterling oder 4498 Pfund weniger wie im vorhergehenden Quartal auszugeben. Die Gesamteinnahmen betragen in diesem Quartal 17 532 Pfund oder 334 Pfund weniger wie im dritten Quartal.

Berichte einzelner Verbände geben an, daß bis zu 20 Proz. ihrer Mitglieder ins Meer eingetreten sind. Der Verband der Werft- und Hafenarbeiter, die von dem Genossen Ben Tillet gegründet und geleitete Organisation, gibt an, daß annähernd 10 000 oder beinahe 25 Proz. seiner Mitglieder zu den Bahnen geeilt sind. Der Vorstand der Föderation stellt mit Freuden fest, daß übermäßige Arbeitslosigkeit augenblicklich nicht besteht, ist aber fest davon überzeugt, daß die schlimmste Zeit erst kommen wird, wenn der Krieg zu Ende ist. Der Vorstand hofft jedoch, daß es ihm gelingen werde, den Ernst der Lage nach dem Kriege dadurch zu lindern, daß er erwirkt, daß die Soldaten in solcher Weise entlassen werden, daß ein zu plötzlicher Zustrom von Arbeitern in gewisse Industrien verhindert wird.“

Der Bericht schließt mit einem Ausdruck des Bedauerns wegen der Störung der internationalen Gewerkschaftsbeziehungen.







**Sanalbauveranschlag Nr. 3, Untergrundbahn-**  
verwaltung: Einnahme und Ausgabe 1.356.000 M. gegen  
1.284.600 M. Der Zuschlag der Gemeinde Wilmersdorf zu dem Be-  
triebe ist mit 134.600 M. errechnet.

Die Kanalbauverwaltung schließt in Einnahme und Ausgabe  
mit 164.000 M. gegen 453.600 M. des Vorjahres ab.

**Lichtenberg.** Während im Vorjahre der Etat mit insgesamt  
29,2 Millionen Mark abschloß, ist er für das neue Rechnungsjahr  
auf 25,7 Millionen Mark herabgesetzt worden. Immerhin sind  
auf noch 125 Pros. Zuschlag zur Einkommensteuer nötig, um  
das Gleichgewicht herzustellen. Auch diese Erhöhung der Steuer  
um 25 Proz. würde nicht ausreichen, den Etat zu balancieren, wenn  
nicht durch die Aussetzung der Schuldentilgung über eine Million  
erspart würde. Die Schulden sind inzwischen von 50,6 auf  
62,3 Millionen Mark angewachsen und belasten den Haushaltsplan  
mit 3,7 Millionen Mark.

Das Ergebnis der städtischen Werke ist wie folgt veranschlagt:  
Ueberschüsse des Gaswerks 1914 1.401.400 M., 1915 1.481.175 M.,  
des Wasserwerks 1914 741.622 M., 1915 800.500 M., des Elektri-  
zitätswerks 1914 333.328 M., 1915 296.800 M. Die Schuldentil-  
gung ist auch hier ausgefällt und dadurch sind 93.263 M. gespart  
worden.

**Freibriefsliste.** Der Hauptveranschlag des neuen Etats schließt mit  
einer Ausgabe von 1.997.550 M. gegen 1.750.485 M. im Vorjahre ab  
An eigenen Einnahmen sind 1.047.050 M. gegen 773.485 M. eingestellt.  
In dieser Summe sind jedoch als Ueberschüsse aus den Vorjahren  
127.703 M. gegen 32.500 M. enthalten. Durch Steuern sind  
950.500 M. aufzubringen. Der Einkommensteuerausschlag ist auf  
140 Proz. veranschlagt und soll 392.000 M. bringen. Grund- und  
Gebäudesteuer erscheinen mit einem Ertrage von 182.000 M. für be-  
baute und 208.000 M. für unbebaute Grundstücke. Aus dem Ver-  
kauf der Lebensmittel, für die zunächst 80.000 M. ausgegeben werden  
sollen, wird ein Erlös von 70.000 M. erwartet.

Der Schuldendienst der Gemeinde verschlingt 681.230 M. Da-  
von entfallen auf Verzinsung 470.704 M. und auf Tilgung 210.526 M.  
Die Schulden sind mit 10,5 Millionen auf 11,2 Millionen Mark an-  
gewachsen.

### Kartoffelkäufe.

**Neußlin.** Vom Magistrat erhalten wir nachfolgende Zuschrift:  
„Die geringe Entnahme von Bezugsscheinen für Kartoffeln aus  
den städtischen Beständen hat die Veranlassung hervorgerufen, daß  
die Einrichtung sich den Bedürfnissen unserer Bevölkerung nicht  
voll anpaßt. Infolgedessen hat die eingesezte Kommission be-  
schlossen, vom Montag, den 15. d. M. ab in den Steuerabteilungen  
auch Kartoffelbezugsscheine für 1,50 M. einzuführen, welche zum  
Bezuge von 25 Pfund berechnen. Der in einem Eingelohnt zum  
Ausdruck gebrachte Gedanke, den städtischen Kartoffelverkauf auch  
für die Abgabe von 5 Pfund einzustellen, ist wegen Fehlens jeder  
zweckmäßigen Verkaufseinrichtung, wie Markthallen und dergl.,  
nicht durchführbar. Die Zufuhr von Kartoffeln ist durch das Frost-  
wetter augenblicklich noch sehr beschränkt. Sollte es der städtischen  
Verwaltung gelingen, noch größere Kartoffelbestände zu beschaffen,  
so wird voraussichtlich neben den städtischen Verkaufsstellen wieder  
der Vertrieb der Kartoffeln durch Händler ins Auge gefaßt werden.“

— Der Einkauf von Kartoffeln durch die städtische Kommission  
hat nicht bei einer Stelle erfolgen können, weil umfangreiche Be-  
stände nicht mehr vorgefunden wurden. Bei den Ende voriger  
Woche eingetragenen Kartoffeltransporten befand sich ein Wagon,  
dessen Inhalt nicht einwandfrei war und der der sonst geübten  
sorgfältigen Kontrolle entgangen ist. Infolgedessen ist bei der am  
Montag, den 8. d. M., erfolgten Kartoffelausgabe ein Teil der  
teilweise frankten Kartoffeln in die Hände unserer Bevölkerung  
gelangt. Das Vorkommen wird in der städtischen Verwaltung be-  
dauert. Die hierdurch geschädigten Bürger können die frankten  
Kartoffeln bei der zuständigen Kartoffelausgabestelle gegen gesunde  
Kartoffeln umtauschen. Die neuerdings eingetragenen Wagen-  
ladungen sind völlig einwandfrei und von vorzüglicher Beschaffen-  
heit. Es befinden sich unter denselben die besseren Marken wie  
Daber, Magnum bonum, Uptodate.“

Wir möchten zu dieser Zuschrift bemerken, daß wir es außer-  
ordentlich bedauern würden, wenn der Magistrat wieder die Kar-  
toffeln an Händler abgeben würde. Zunächst soll man doch  
warten, ob man mit dem neuen System nicht bessere Erfahrungen  
macht wie mit dem Verkauf durch die Händler. Der Neußliner  
Magistrat weiß doch ganz genau, daß ein großer Teil der Händler  
nicht die Verpflichtung erfüllt hat, die sie zu erfüllen hatten. Aber  
der Verkauf durch die Händler würde auch eine Verteuerung der  
Kartoffeln mit sich bringen. Denn die Kartoffeln, die jetzt circa  
5,50 M. im Einkauf kosten, könnten kaum unter 6 M. an die  
Händler abgegeben werden. Dann würden sie aber die Ver-  
braucher nicht unter 7 M. bekommen. Trägt man sich also mit  
dem Gedanken, wieder Händler zu berücksichtigen, so tritt man für  
eine Verteuerung dieses so notwendigen Nahrungsmittels ein.  
Diese Rücksicht auf die Händler, die immer wieder aus Grund-  
besitzereigenschaften gefordert wird, ist vollständig falsch, weil die Hän-  
dler, wie wir nochmals betonen, in vielen Fällen ihre der Stadt  
gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt haben.

**Weißensee.** Die Gemeinde gibt aus ihren Beständen Ef-  
kartoffeln an solche Einwohner ab, deren Einkommen 2100 M.  
pro Jahr nicht übersteigt. Der Verkauf erfolgt in der Gemeinde-  
schule in der Wörthstraße. Der Preis beträgt pro Viertelquintner  
1,40 M. Die Abgabe erfolgt nur gegen Gutscheine, die vorher im  
Wohlfahrtsamt, Pfistoriusstr. 24, zu lösen sind.

### Ergebnis der Gemeindevahlen in Notwales.

Bei den am Montag in den Bezirken 2 und 4 stattgefundenen  
Ergänzungswahlen für die dritte Abteilung wurden unsere beiden  
Kandidaten, Gewerkschaftssekretär Dietrich Dömer und Gastwirt Ger-  
mann Uebel ohne Gegenkandidaten gewählt. Ihr Stimmrecht aus-  
geübt haben im 2. Bezirk von 1453 eingeschriebenen Wählern 209,  
im 4. Bezirk von 1270 eingeschriebenen Wählern 211. Wenn man  
in Betracht zieht, daß ein großer Teil der Wähler zu den Frauen  
einzurechnen ist und daß bei der letzten Wahl nur etwas mehr als die  
doppelte Stimmzahl erzielt wurde, so kann man das Ergebnis der  
diesmaligen Wahl als sehr befriedigend bezeichnen.

**Folgen des Krieges.** Die hiesige Filiale der Deutschen  
Anteilnehmer und Arbeiter (Sitz Neßlin) hat ihrem Personal zum  
15. März d. J. wegen Einstellung des Betriebes gekündigt. Hier-  
durch werden etwa 300 Arbeiter und Arbeiterinnen, die zum größten  
Teil hier und in Potsdam wohnen, beschäftigungslos.

## Berichtszeitung.

### Sperrung eines Telephons.

Ein Rechtsstreit, der auch in seinen früheren Stadien  
schon wiederholt in der Presse Erwähnung gefunden hat, ist  
am Dienstag endgültig vom Reichsgericht erledigt worden.  
Es handelt sich um die Frage, ob einem Fernsprechteil-  
nehmer der Anschluß wegen Verleumdung der  
Telephonistinnen von der Post gesperrt werden  
kann. Das ist vom Reichsgericht bejaht worden.  
Der Sachverhalt des Streits war folgender:

Der Rechtsanwalt Dr. Pächter in Berlin ist, wenn er bei  
einem Ferngespräch unterbrochen oder sonst gestört worden ist,  
wiederholt gegen die Telephonistinnen ausfällig geworden. Er ist  
deshalb wegen Verleumdung der Beamtinnen mehrfach bestraft und  
ihm schließlich der Telephonverkehr wiederholt gesperrt worden.  
Dann wurde ihm der Anschluß wieder gewährt, aber nur unter  
der ausdrücklichen Bedingung, daß er nicht selbst den Fernsprecher  
benutzen dürfe, sondern nur seine Frau und seine Angestellten.

Dieser Bedingung ist P. nicht nachgekommen. Er hat mehrfach  
selbst telephoniert und sich im April 1912, als er nach seiner Be-  
hauptung bei einem Telefongespräch dreimal gestört wurde, wieder  
dazu hinreichend lassen, der bedienenden Telephonistin das Wort  
„Kamel“ zuzurufen. Darauf sperrte ihm die Post den Anschluß  
wiederum und gab ihn auf seinen mehrfachen Antrag erst sechs  
Monate später wieder frei. P. erhob nun gegen den Reichspos-  
tsekretär eine Klage auf Schadenersatz wegen der Sperrung, indem  
er behauptet, die Sperrung sei rechtswidrig; das Reich habe kraft  
seiner Monopolstellung für den Fernsprechverkehr einen Kontra-  
ktierungszwang, es dürfe infolgedessen den Anschluß nicht ver-  
weigern; die Vorschrift in § 5 der vom Reichskanzler erlassenen  
Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechtgebührenordnung,  
wonach der Post das Recht eingeräumt ist, wegen ungebührlichen Be-  
nehmens eines Fernsprechteilnehmers gegenüber den Beamten des  
Vermittlungsamts ohne Kündigung den Anschluß aufzugeben, sei  
rechtswidrig, weil sie im Telegraphengesetz keine Grundlage  
finde; die Wiedereingewährung des Anschlusses erst sechs Monate nach  
seinem Antrag sei eine ungebührliche Verzögerung, die nicht zu-  
lässig sei.

Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin haben die  
Klage abgewiesen. Zu dem gleichen Ergebnis gelangte das Reichs-  
gericht, indem es die von dem Kläger eingelegte Revision zurück-  
gewiesen hat. Zur Begründung dieser Entscheidung führte der  
III. Zivilsenat aus: Die Telegraphenverwaltung bewegte sich  
vollkommen innerhalb ihrer zuständigen Rechtschranken, wenn sie  
dem Kläger den Telephonanschluß entzog. Dem Reichskanzler ist  
vom Gesetz die Befugnis erteilt, überhaupt die Bedingungen für  
den Fernsprechanhluß und für dessen Entziehung festzusetzen.  
Wenn der Reichskanzler in § 5 der Ausführungsbestimmungen  
bestimmt hat, daß jedem Fernsprechteilnehmer die Benutzung  
untersagt werden kann, wenn er sich Verleumdungen von Beamten  
zuschulden kommen läßt, so bleibt der Reichskanzler damit voll-  
kommen innerhalb der Schranken des Gesetzes. Deshalb braucht  
auf die weitere Frage, ob es zulässig war, daß dem Kläger bei  
der Wiedereingewährung des Anschlusses zur Bedingung gemacht  
wurde, daß nicht er selbst, sondern nur seine Frau und seine Ange-  
stellten den Apparat benutzen dürften, nicht eingegangen zu wer-  
den. Was den zweiten Fall des Klageanspruchs anlangt (Schaden-  
ersatz dafür, daß der von dem Kläger im Mai 1912 begährte An-  
schluß erst im Oktober 1912 gewährt wurde), so handelt es sich hier-  
bei um nichts anderes als um die Aufhebung der Sperrung. Die  
Post war, da sie das Recht hatte, den Anschluß wegen ungebühr-  
lichen Benehmens zu entziehen, auch befugt, den Wiederanschluß  
erst in einer ihr angemessenen erscheinenden Zeit zu gewähren. Es  
hat aber auch, abgesehen von den Hauseigentümern, zu denen  
Kläger nicht gehört, niemand sonst nach dem Gesetz ein absolutes  
Recht auf die Gewährung von Fernsprechanhluß. Anders verhält  
es sich bei dem Anschluß an das öffentliche Fernsprechnet. Das  
Gesetz gibt aber keine Handhabe, irgendwie, namentlich im Wege  
der Zivilklage, gegen die Telegraphenverwaltung vorzugehen, wenn  
sie von der ihr zustehenden Macht einen Gebrauch macht, der dem  
davon Betroffenen nicht als richtig erscheint. Ein solches Recht ist  
im Klageverhältnis nicht verfolgbar.

### Unschuldig.

Beschuldigungen durch die eigene Tochter haben seiner-  
zeit zur Verurteilung der Witwe Rosa Markus geb. Cine-  
mann geführt, die gestern unter der Anklage des Diebstahls  
vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I als Berufsinstanz  
stand.

Anfang dieses Jahres waren in der Wertheimischen Filiale in  
der Königstraße besonders zahlreiche Diebstähle vorgekommen.  
Eines Tages war die dort angestellte Detektivin Meher von einer  
Käuferin auf zwei Frauen am Wäschebalken aufmerksam gemacht  
worden, die besonders eifrig auf der Suche nach neuen Hemden-  
mustern sich betätigten. Die beiden verdächtigen Frauenspersonen,  
die dann als die Witwe Markus und deren Tochter Frieda Weinberg  
festgestellt wurden, wurden plötzlich festgehalten und zur Ver-  
urteilung geführt. Bei dieser wurden bei der Tochter fünf Hemden  
zugute gefordert, die sie aus den Auslagen des Kaufhauses hatte  
verschwinden lassen. Die Angaben der Tochter belasteten auch die  
Mutter, die sich gegen den Vorwurf des Diebstahls entschieden  
wehrte, so daß auch sie unter Anklage gestellt wurde. Vor dem  
Schöffengericht waren beide Frauen, die gebürtige Russe sind,  
von dem Amtsgerichtsrat v. Tredow zu je 4 Monaten Gefängnis  
verurteilt worden mit der Begründung, daß sich Deutschland gegen  
derartige Vertreter des Ruhestums besonders energisch wehren  
müsse. Während die Tochter sich bei dem Urteil beruhigt hatte und  
die Strafe zurzeit verbüßt, hatte die Mutter, die gleichfalls sofort  
in Haft genommen worden war, Berufung eingelegt, und zwar, da  
sie des Schreibens und Lesens unfähig ist, durch drei Kreuze  
statt ihrer Namensunterschrift. In der Verhandlung vor der  
Strafkammer führte Rechtsanwalt Dr. Frey unter Vorlegung  
beweisstärkender Schriftstücke aus, daß die Angeklagte nur bereits  
gekaufte Sachen habe umzutauschen wollen, wies auf die völlige Un-  
bescholtenheit der alten Frau hin und geißelte scharf die Tochter,  
die ihre Mutter ungeschuldig mit ins Verderben gezogen habe. Der  
Verteidiger beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof entsprach  
diesem Antrage im Gegensatz zum Staatsanwalt, der auf Verwer-  
fung der Berufung plädiert hatte.

## Kleine Nachrichten.

### Einen Ausschnitt aus der Schlacht bei Soissons

gibt in einem Feldpostbriefe, den der „Lübecker Volksbote“ ab-  
druckt, ein Lübecker an seinen Freund. Er schreibt:

Mein lieber Freund!

Wir lagen im Quartier in G. . . . mit dem 2. Bataillon der  
. . . . Vertragen konnten wir uns ganz gut. Da hier es plötzlich  
eines Tages, das 2. Bataillon der . . . fertig machen. Wir hörten  
hoch auf, ob wir es auch vielleicht sein sollten, doch wir hatten uns  
nicht verkehrt. Keiner wußte, was eigentlich los werden sollte. Die  
großen Frachtkaros hielten auf der Straße; Bataillone einsteigen,  
und dann in voller Hast zum Bahnhof. Nicht lange nachher fauste  
der Zug auch schon los. In der Bahn wurde sich allerhand erzählt  
und gemurmelt. Nach der Fahrt mußten wir noch drei bis vier  
Stunden laufen, ehe man am rechten Ort war. Dann wurde  
Quartier in total von der Artillerie zerstörten Häusern bezogen.  
Das war noch 2 Uhr. Die Nacht dauerte nicht zu lange, denn schon  
um 5 Uhr wurde Alarm geblasen. Es hieß Sturmgepöhl fertig  
machen und sofort antreten zum Anmarsch in den Schützengraben.  
Um 6 Uhr war alles fertig. Es ging aber nicht in den Schützengra-  
ben, sondern in die Sappen. Da hier es, sich still hinsetzen und  
sich nicht sehen lassen, um das Artilleriefeuer zu verhalten. Punkt  
12 Uhr soll es zum Angriff übergehen. So wie der erste Kanonen-  
schuß von unserer Seite fällt, ist die Uhr 12 und dann geht es los.  
Der erste Schuß fiel, doch ehe er freipierte, war alles raus aus den  
Gräben — und haste nicht, so kannst du doch, alles was das Zeug  
halten konnte, ging es drauf. In drei Minuten war der erste  
Graben genommen. Von unserer Seite waren 100 Gefährte auf-  
gefahren, dann die feindlichen dazu, da wurde gefeuert was das  
Zeug halten konnte. Unter diesem Kanonenboom gingen wir  
vor; in eine solche Lage muß man sich hineinbeugen können. Es  
hatte schon einige Tage geregnet, der Boden war so aufgeweicht,  
daß viele die Stiefel dabei verloren. Sie liefen so weiter. Andere  
hatten sich in Draht Hindernisse verwickelt; die hatten den Rod aus-  
gezogen und gingen in dem s a r m e l n drauf los. Einige liefen  
auf Platterminen und mußten so ihr Leben büßen. Es war gerade  
die Zeit, wo die Franzosen abfielen. Dabei wurden sie überfallen

und verkrachten sich in einer Schützengrabenhöhle. Es waren  
600 Mann, darunter viele Schwarze. Zwei der Unsrigen hatten  
die Feinde in der Höhle entdeckt und schossen hinein. Das Feuer  
wurde erfolglos erwidert. Glücklicherweise kam ein Pionier des  
Breges. Der sagte, Ihr könnt Euch freuen, daß Ihr mich getroffen  
habt, denn ich habe Bomben bei mir. So begann die Schlacht der  
drei gegen die Ueberzahl. Einer rief auf Französisch in die Höhle  
hinein: „Kommt Ihr nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ Die  
Antwort waren Gewehrknallen. „So, nun kommen wir“, sagte der  
Pionier und warf die erste Bombe hinein. Da ging das Geschrei  
in der Höhle los. Schon bei der zweiten Bombe kam einer nach  
dem anderen heraus und so zogen unsere drei Mann mit den  
vielen Gefangenen ab ins Dorf. In den Schützengraben lagen die  
Franzosen wie abgemäht, einer auf dem anderen. Auf Wieder-  
sehen!

### Der Direktor als Kritiker.

Der Leiter des Potsdamer Schauspielhauses, Herr Agel Desmar,  
hatte im Herbst vorigen Jahres im Einverständnis mit einer Pots-  
damer Zeitung unter einem Pseudonym zunächst die Kritik über sein  
eigenes Institut übernommen, um im Publikum „diejenige Stimmung  
zu erhalten, von der zu erwarten war, daß sie sich in einen leb-  
haften Theaterbesuch umsetzen würde“. Das ist ihm auch geglückt,  
und in einem Artikel des erwähnten Blattes steht Herr Desmar mit  
Stolz auf seine Doppelleistung zurück. Das „Berliner Tageblatt“  
hatte dies Benehmen sanft getadelt. Schärfer urteilten die „Mensch-  
Neuesten Nachrichten“:

„Nicht nur gegen eine Verallgemeinerung dieses neuen Brauches“,  
sondern schon gegen die Tatsache, daß in einem Fall einem  
Theaterdirektor im Verein mit einem Zeitungsverlag der Streich  
geklafft ist, dem Publikum kritischen vorzuziehen, die nichts anderes  
als Reflektierartikel sein konnten, läßt sich „eintges einwenden“. Viel-  
leicht erfährt man noch den Namen der Potsdamer Zeitung, die sich  
zu dem unwürdigen Treiben hergegeben hat. Von solchen „Sufaren-  
stücken“ wollen wir auch während des Krieges nichts wissen, und  
wenn jemand die Lächer auf seiner Seite hat, so ist das noch lange  
kein Beweis dafür, daß sein Gebaren erlaubt ist.“

### Rezept zur Verlegung von Parteikonflikten.

Auch die holländische Arbeiterpartei ist zurzeit mit inneren  
Streitigkeiten reich gesegnet, und im Zentralorgan „Het Volk“  
nehmen die polemischen Judikrien einen schredenerregenden Umfang  
an. Eine Polemik des „Volk“ mit dem Abgeordneten Duijs hat  
nun der Redaktion eine Judikrien eines Parteigenossen aus der  
Provinz eingetragen, die mit folgender gemüthlicher Aufforderung  
schließt: „Seht einmal, Redaktion und Duijs, seid nicht so reizbar!  
Wir sind gegenwärtig alle ein bißchen nervös und schreiben leicht  
etwas, was uns später leidtut. Beurteilen wir einander doch etwas  
gemüthlicher und bringen wir nicht bei jeder Gelegenheit in die Höhe  
wie eine Flohgeißelhaft. Etwas Verträglichkeit verhilft so viele  
Unannehmlichkeiten! Also seht doch, Redaktion und Duijs, es war  
von beiden Seiten nicht so böse gemeint! Trinkt eins darauf, wenn  
ihr einander begegnet (mit Kaffee, Tee oder Wasser, denn ich bin  
Abstinenz), raucht auch zusammen eine gute Zigarre! Dann ist's  
doch vergessen und vergeben!“ — In dem Rat des frieblichen  
Genossen ist mehr Weisheit, als auf den ersten Blick scheinen möchte.  
Aber wer hört in unseren Tagen auf Worte der Weisheit? Und  
die Leidenschaften sind nicht so schnell berrauht wie die Zigarren.

### Beschiedene Ansprüche.

Im „Anzeiger des Zeitungsverlags“ vom 5. März d. J. befindet  
sich folgendes Inserat:

Wir suchen zur  
Vertretung unseres Chefredakteurs  
eine geeignete Persönlichkeit mit langj. journalist.  
Erfahr. und Befähigung, ein zweimal täglich  
erscheinendes Blatt zu leiten. In Anbetracht der durch  
den Krieg äußerst beschränkten Redaktionskräfte ist eine  
Arbeitszeit morgens von 4 Uhr bis abends um 10 Uhr  
Bedingung, festhervorzuheben, mit klein. Unterbrechungen.  
Gut empf. Herren wollen ihre Offerten mit Gehalts-  
forderung umgehend einreich. unt. M. 848 an die Ge-  
schäftsst. des J.-B.

Ein Chefredakteur, dem eine Arbeitszeit von 18 Stunden zu-  
gemutet wird, ist wirklich nicht zu beneiden. Und die Leser eines  
solchen täglich zweimal erscheinenden Blattes sind bei aller Mühsal  
auf die durch den Krieg äußerst beschränkten Redaktionskräfte nur  
zu bedauern.

### Parteiveranstaltungen.

Münstental. Jopernia. Buch. Die Jahlabende fallen in dieser  
Woche aus.

Vernon (Bezirk Schönau). Sonntag, den 14. März, abends 6 Uhr:  
Jahlabende bei Damerom, Berliner Straße. Der wichtigen Tagesordnung  
wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. Die noch schlen-  
den Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

### Jugendveranstaltungen.

Tempelhof. Mariendorf. Heute abend 8<sup>1/2</sup> Uhr im Jugendheim:  
Vortrag des Herrn G. Eberlein über: Die deutschen Befreiungs-  
kriege. — Sonntag, den 14. März: Fäbrung durch das Aquarium.  
Treffpunkt 1/2 9 Uhr vor dem Heim, 1/2 11 Uhr vor dem Aquarium. Eintritt  
10 Pf. Abends Besuch des Jeshendorfer Jugendheims. Treffpunkt 4 Uhr  
in unserem Heim.

### Frauenveranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die  
nächste Vereinsversammlung findet Montag, den 29. März, in der  
Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, statt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende d. J. IV. Hof  
rechts, partecore, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend  
von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Artikel  
ist ein Nachsatz und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche  
Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbeurteilung  
beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der  
Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und Vergleiche bringe man in die  
Sprechstunde mit.

G. R. 7. 2. 1. Das uneheliche Kind ist nur erbberähigt am Nach-  
laß der Mutter. 2. Ja. — G. J. 83. Ja. — R. D. 100. Ja. — G. 10.  
Wegen Nervenkrankheit nur landsturmfähig. — B. D. 124. Unter-  
stützungsamt ist bei der zuständigen Steuerklasse zu stellen. Die Unter-  
stützung beträgt monatlich 6 M. Der Antrag auf Nichtunterstützung ist eben-  
falls bei der Steuerklasse zu stellen. — R. 96. Sie können durch eigen-  
händiges Testament die Erbfolge in dem von Ihnen angegebenen Sinne  
regeln. — G. M. 23. Sie können beide nochmals gemutet werden.  
Das erste Malchen bedeutet wegen Vermählung des Kindes zurückgestellt.  
Ihre Bezeichnung „J. 91“ gibt es nicht. — Neuzöln D. 2. W. Geringe  
Vermögenshöhe; dienstlos. — E. A. 86. 1. Ja. 2. Es wäre  
empfehlenswert, wenn der Leukämieerkrankte die Sache in die Hand  
nimmt. — Mara 100. Zur Weiterverlebung bedarf es keiner Bedingung.  
Sie können Nachen der niedrigsten Klasse leben, müssen aber, um Ihre  
Anwartschaft aufrechtzuerhalten, in zwei Jahren mindestens 20 Marken  
leiden. — Kölnen. Sie müssen selbstverständlich einen Paß haben. Wegen  
der Ueberfahrt erkundigen Sie sich im Bureau der Hamburg-Amerika-Linie,  
Unter den Linden. — B. M. 100. Ist gesetzlich noch nicht geregelt.  
— C. 2. 17. Durch die Unversehrtheit ist es jetzt möglich, daß solche  
Verloren zum Militär eingezogen werden können. — E. Nr. 1. Die  
Witwe erhält 400 M. und für jedes Kind 108 M. jährlich. Der Jahr-  
gang 1891 ist lange gemutet; melden Sie sich beim Bezirkskommando. —  
Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.